

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 80 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährig. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Postgeld vierjährig. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 18899.  
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends  
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Blattvorlage 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 2.50 M. pro Tausend für die Geamt-auslage, bei Zellauslage 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Geschieht täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2731.

## Tagesskalender.

Die Postverwaltung nahmte in Rostowitc weitere 11 Postbeamte.

Der Hamburger Senat hat eine neue Ley Heinze angeregt.

Im russischen Arbeitsministerium wurden die sibischen Unterschleife entdeckt.

In Spanien bereiten sich neue Auseinander vor.

## Deutschlands Auslandspolitik 1909.

Leipzig, 3. Januar.

Auf Stöck und Gegenstock folgt eine Abspaltung. Das ist auch das Resultat der Kämpfe im verflossenen Jahre, die sich auf dem Gebiet der auswärtigen Politik abgespielt haben. Sie begannen mit dem österreichisch-serbischen Konflikt, in dem es in letzter Linie um die Frage ging, ob England oder Deutschland ausschlaggebend sein wird und endeten mit Gerüchten, die nicht als schlechthin unglaublich von der Hand zu weisen sind, über ein Flotten- und Kolonialabkommen zwischen England und Deutschland.

In welchem Zeichen stand das Jahr 1908? Es krönte die Abspaltung Englands, Deutschland einzutreten. Die französisch-englischen Entente vom Jahre 1904, die aus der Marokkocrise hervorging, legte die englisch-russische Annäherung von Jahre 1907 in mittel-asiatischen Angelegenheiten, die im Jahre 1908 in Kavall gestärkt wurde. Selbst an den Verbündeten Deutschlands, an die österreichische Regierung, trat England mit Lodrusen heran. Deutschland schien von einem eisernen Ring umschlossen zu sein. In diese Situation kam die türkische Revolution und als eins ihrer vielen Resultate die Annexion Bosniens und der Herzegowina. Wie im Jahre 1905 und 1906 Frankreich von der englischen Regierung gegen Deutschland schwer gemacht wurde, so jetzt Serbien und Russland; das Ziel der englischen Politik war, Österreich zu nötigen, Konzessionen an Serbien zu machen, die als Konzessionen für Russland gelten würden, was der österreichischen Regierung die Wertlosigkeit des Bündnisses mit Deutschland vor Augen führen sollte. Das war der englische Stöck. Über das deutsch-österreichische Bündnis hielt aus, Russland musste zurückweichen. Österreich-Deutschland siegten über die Tripelentente. Das war der deutsch-österreichische Gegenstock. Zum Sieg verhalf Deutschland Österreich die Tatsache, daß die Interessen und Kräfte der an der Tripelentente beteiligten Mächte nicht gleich sind. Zunächst zeigte sich, daß von einer Erstarkung Russlands keine Rede sein kann,

dass sich nicht nur die zaristische Regierung, sondern auch Deutschland und Österreich dessen bewußt sind. Zweitens zeigte sich, daß der französische Kaiserstaat, der mehr als alle andern in allen Weltenden Geld angelegt hat, einen Krieg um jeden Preis vermeiden will. Drittens zeigte es sich, daß das Fehlen einer englischen Landarmee bei den Verbündeten Englands die Lust zu kriegerischen Abenteuern — wenn sie wirklich vorhanden wäre — sehr vermindert; denn das Risiko eines Landkriegs mit der deutsch-österreichischen Armee müßten sie allein tragen. Die Wirkung dieser Tatsachen unterstützte noch die deutsche Regierung dadurch, daß sie in der marokkanischen Frage endgültig resignierte und dadurch mitten in der russisch-österreichischen Krise den Widerstand Frankreichs gegen die verhängende Ballanpolitik Englands verstärkte.

Das Durchbrechen der englischen Offensive im März 1908 brachte als Resultat die Versuche Russlands, seinem Verhältnis zu Deutschland einen möglichst "freundlichen" Charakter zu geben. Sodann das Bemühen Frankreichs, seine deutschlandfreundliche Politik zu demonstrieren. Obwohl die Tripelentente trotz alledem weiter existiert, obwohl die Annäherung Russlands an Italien Österreich weitere Hindernisse zu bereiten versucht, wurde es der englischen Bourgeoisie klar, daß in der jetzigen Situation an ein Zurückdrängen Deutschlands nicht zu denken sei. Das ununterbrochene Hervorheben der antideutschen Spalte konnte also nur das Resultat haben, daß ein viel stärkeres Tempo der Rüstungen notwendig sei, was auch für England eine Überspannung der finanziellen Kräfte bedeutet. Das leichte Budget und die durch entsetzliche Kämpfe in der Großbourgeoisie gegen das Kleinbürgertum jagten der Partei die ersten Laster-Schichten; ein Wachsen des deutsch-englischen Gegensatzes bedeutet ein Wachsen der kriegslustigen Kreise, die in den konservativen Kartell ihren Sitz haben, d. h. zunächst den Sieg der Konservativen. So wurde im Wahlschafte eine Abschwächung des deutsch-englischen Gegensatzes — Parteiinteresse der Liberalen.

Auf deutscher Seite war das Interesse an einer Annäherung an England nicht geringer. Allzu handgreiflich ließ sich die Wirkung der Reichsfinanzreform auf die Volkskreise gezeigt. Die Furcht vor der steigenden roten Flut macht es selbst der deutschen Regierung klar, daß etwas getan werden muß, um das erschreckende Tempo, in dem die Steuerschraube arbeitet, zu verlangsamen. Selbst die Regierung kann ein Abkommen über das Plottensystem nicht von der Hand weisen, und es untersteht trotz offizieller Dementis seinem Zweifel, daß Unterhandlungen darüber mit England geführt werden. Was wie, in welchem Umfang, das bleibt natürlich vor den Augen der deutschen Heoten verhüllt. Verträge über kolonialpolitisches Fragen in Afrika, die wir schon an dieser Stelle besprachen, über die Bagdadbahn usw., sollen Deutschland und England einander näher bringen.

Wir gestehen, daß wir dieser ganzen Geschichte sehr läßt gegenüberstehen und daß wir es als einen großen Fehler betrachten würden, wollte die deutsche Arbeiterklasse aus Anlaß dieser Verjudung irgendwelche Illusionen über den „gesicherten Frieden“ usw. nähren. Die Gegenläufe der kapitalistischen Staaten werden sich mit jedem Jahr angesichts des sich immer mehr verengenden Tummelplatzes für die kapitalistische Weltpolitik vergrößern, und die Friedensschalmei, die jetzt erschallt, wird leicht sich wieder in eine Kriegstrompete verwandeln, wenn nur die materiellen Interessen zusammenstoßen. Die immer fortwährende Entwicklung der Technik, das Verschieben der Kräfte in Ostasien usw. macht jedes Flottenabkommen zum leichterbrechlichen Produkt der Stunde, und schließlich zeigt es sich immer wieder, daß in der von Gegenläufen strockenden kapitalistischen Gesellschaft gerade die Perioden der Abspaltung wieder zur Sammlung neuen Konfliktstoffes dienen. Dessen muß sich das internationale Proletariat bewußt sein, das sich während der Zusammenstöße der Jahre 1908 und 1909 leider sehr passiv verhält und auf die Regierungen nur durch die Möglichkeit einer revolutionären Aktion einwirkt, und nie darf es sich durch die aus der Not geborenen Friedensaktionen der Regierungen einsussen lassen. Wie die Kapitalisten selber alle die Friedensbestrebungen einschätzen, das bezeugt z. B. gress eine Klausur im Unleihvertrag des Wiener Bankvereins mit Bulgarien, der im letzten Monat geschlossen wurde. Es heißt dort: Falls im Frühling ein Krieg auf dem Balkan ausbricht, wird die Anleihe nicht ausgeführt. Mehr Glauben an die Aktionen der kapitalistischen Staaten, als es die Kapitalisten haben, dem Proletariat zugutezufließen, wäre doch ein wenig junibel.

## Der Preußentag.

C. B. Vorbericht, den 2. Januar 1910.

(Nachdruck verboten.)

Der dritte Parteitag der preußischen Sozialdemokratie trifft am heutigen Montag im Berliner Gewerkschaftshaus zusammen. Es ist das Merkmal, daß eine sozialdemokratische Bandtagsfraktion, Bericht über die Gesetzgebung in Preußen und ihre Tätigkeit erstattet kann. Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Bandtagsfraktion Preußen für die ersten zwei Sitzungen ihrer Tätigkeit liegt in einer sorgfältig ausgearbeiteten Abhandlung von 104 Seiten dem Parteitag vor. Berichterstatter, auf dem Parteitag, ist Landtagsabgeordneter Genosse Helmuth. In den Vordergrund stellt der Bericht die Frage, die naturgemäß auch auf dem Preußentage im Mittelpunkt des Interesses und der Erörterung stehen wird: die Eroberung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen. Genosse Landtagsabg. Stöckel wird über die Wahlrechtsfrage referieren. Von einer Reihe Organisationen, u. a. von Magdeburg, Frankfurt, Spandau-Osthaveland sind Anträge gestellt worden, die eine energische Wiederaufnahme und Fortführung des Wahlrechtskampfes durch umfassende

## Seuilleton.

### Des Reiches Kommen.

Novelle von Timm Kröger.

Nachdruck verboten.

#### Erstes Kapitel.

Wo immer sie sich trafen, der Notar und der Geistliche stritten sie sich. Ihre Ansichten näherten sich zu sehr, um voneinander lassen zu können, wichen aber zu viel voneinander ab, sich ganz zu einigen. Nun waren sie im Knidweg einer Dorfgemeinde auseinandergestritten. Der Notar und sein Sekretär im weichen Landauer, der Geistliche am Wagentritt im Gehrock, einen derben Wanderstock in der Rechten — jener auf dem Wege nach dem Dorfe, dieser daher kommend. Der Propst war ein rüttiger Fußgänger, die Krankenvisiten machten er und sein Handstock immer zusammen.

Das Gespräch kam auf eine vor wenigen Wochen vorwördevolle, stadtbetonten Persönlichkeit. Wie ein Armenhäuser hatte der Mann gelebt, in seinem Nachlass fand man märchenhafte Schätze.

Der Geistliche schalt ihn einen Materialisten, der Jurist meinte, man könne ebensogut „Idealist“ sagen, er sah schmal und känftlich, ein bisschen pedantisch und signalmeisterlich aus, holte auch jetzt, seine These zu verteidigen, zu einer Abhandlung über die Psyche des Geistigen aus. Der zufgte zwar Verkehrsmacht zusammen, so viel er lassen könne, tue es aber nur wegen der Idee, die in der blauen Münze ihren Niederschlag finde. Er wolle zwar mächtig sein, diente aber nicht daran, von seiner Machtfülle Gebrauch zu machen. Geiste vor Ruhm und Ehreucht, sei er ein verlappter Donnergott, der seinen Hammer nie fliegen lasse. Er ließe sich nicht allein in

häßige Gewänder, sondern wolle die Welt auch überreden, daß er keinen besseren Rock bezahlen könne.

Der Propst, eine hochgemästete, prächtige Priesterfigur, wollte das wohl gelten lassen, meinte aber, man dürfe es nicht Idealismus heißen. Unter Idealismus verstehe er die Aufopferung gegenwärtiger Güter zur Errichtung eines künftigen Guts, und zwar eines Guts, das nicht nur sittlich sei, sondern auch über unsre Zeitlichkeit in eine unsrer Erfahrung verschlossene Welt hinausstrahle.

So stritten sie. Beim Abschied fragte der Notar: „Sie kommen von Westerhüsen?“

„Und das soll wahr sein.“

„Und waren bei Peter Schmidt?“

„Stimmt.“

„Da habe ich auch zu tun.“

„Ich hörte schon, Peter Schmidt will Testament machen.“

„Richtig. Aber um drei Uhr muß ich in Bültenbrooks damm sein. Da ist Erbteilung; auf dem Rückweg fahre ich bei Peter Schmidt vor. Er ist ja schon lange frank.“

„Sie besuchen ihn, wie ich höre, zuweilen. Halten Sie ihm für Verfügungsfähig.“

„Peter Schmidt ist bei gefunder Vernunft,“ antwortete der Propst.

Wolltet auch keine Gefahr im Verzuge ob, ich melne im Verzuge einiger Stunden? Es paßt mir besser für den Rückweg. Auf Bültenbrooks damm bin ich gemeldet; was ich da zu tun habe, ist eigentlich meine Sache. Wenn keine Bedenken sind, dann will ich das Geschäft bei Peter Schmidt auf den Abend verschieben. Was meinen Sie, hat das Gefahr?“

„So wie Peter Schmidt jetzt ist,“ erwiderte der Geistliche, „ist er schon lange. Es liegt freilich ein Herzfehler vor, es kann über kurz und lang zu Ende gehen, heute aber war er ganz gut.“

„Dann will ich es bei meinem Plan lassen.“

„Wissen Sie um Schmidts Verhältnisse Bescheid?“ fragt der Propst wieder an. „Da ist ein Bruder in Amerika, ich glaube, den wollen die beiden holen. Peter und der andre, der die Stelle hat (Hinnerk heißt er ja wohl) übergehen. Mir schien das nicht in Ordnung zu sein, und da habe ich dem Kranken ein bisschen ins Gewissen geredet. Wie stehen Sie dazu?“

„Will mal sehen. Es kommt ja auf die Umstände an.“

„Die Umstände, glaube ich, sind die, daß Peter eine tüchtige Schale Born mit ins Grab nehmen möchte und daß der andre seinen Segen dazu gibt.“

„Wenn das ist, Propst, dann wird die Gewissenspaube wohl am Platze gewesen sein.“

Nun schieden sie wirklich. Der Wagen bewegte sich stöhrend und jedernd dem Dorf entgegen und stieß den weich in die Postler gekleidten Notar und dessen Schreiber hin und her. Das Dorf war weitläufig gebaut, jeder Hof in eigenem Ackerland, hinter Koppel und Hecken leuchteten Wiesen auf. Wiesen von abgeblättertem Grün. Ein Kenner hätte aus der Farbe folgern können, daß der Untergrund Moor sei, ein schwärzlich dunkles Moor wuchs hinter ihnen auf. Und es reichte bis zum Himmelstrand. Es war eine eigentümliche Gegend, trozig konnte man kaum nennen, sie atmete aber viel Eigenart und hatte eine keine Ausnahmen zulassende Folgerichtigkeit der Ursprungsgedanken, wirkte freudig und unbedeutend zugleich. Dem Wagen begegneten wenig Menschen, die aber stampften mit einer gewissen Unerschöpflichkeit, die Mühe rückend, vorüber. Die Bewohner waren wie die Gegend: offenkundige Unehrlichkeit und Unwahrheit seitens; meistens sahen sie aber nur eine Sette der Dinge, misslich für die, die nicht nur Flächen erblickten.

Der Vogelsang ist, sagen die Gelehrten, nicht nur ein Lied der Liebe, er ist vor allen Dingen der Kriegsruf für die „Gewere“ des Futterplatzes. Daran wurde man gewöhnt beim Anblick der Höfe in ihrer fröhlichen Einsam-

1910-3423

Demonstrationen und Anwendung scharfer Mittel fordern. Die Anträge der Wahlvereine zu Breslau und Berlin VI haben unter den Kampfmitteln, deren Anwendung unmittelbar in Aussicht genommen werden soll, den politischen Massensturm hervor, wie er seit dem Jenaer Parteitag in das taktische Programm der deutschen Sozialdemokratie aufgenommen ist. Die Berichte der Fraktion und des geschäftsführenden Ausschusses der preußischen Landeskommision haben über die weiteren Kampfmittel besondere Vorschläge noch nicht zur Debatte gestellt. Im Bericht der Fraktion wird jedoch der Wechsel der politischen Situation, der durch den Zerfall des Blocks und die unverhüllte agrarisch-klerikale Vorherrschaft in Deutschland eingetreten ist, eingehend gewürdigt, daß schmackhafte Verhalten der Freisinnigen in den Blockzeiten, namentlich bei Mandatswahl und bei der Verhandlung der Wahlrechtsanträge im preußischen Abgeordnetenhaus, dargestellt und daran geschlossen, daß trotz des Dinauswurfs der Freisinnigen aus der Reichstagmehrheit eine irgendwie in Betracht kommende Förderung des Kampfes für das gerechte Wahlrecht von ihnen nicht zu erwarten ist.

Außer dem Bericht der Funktionäre der preußischen Sozialdemokratie und der Wahlrechtsfrage stehen die Referate des Geistes und des Landtagsabg. Eibl in eich über die Verwaltung Preußens und des Geistes Landtagsabg. Hirsch über das preußische Kommunalprogramm auf der Tagesordnung. Zur Bekämpfung der rechtsliberalen Übergriffe der Verwaltungsbehörden beantragt der erste Berliner Wahlkreis, eine Zentralstelle zu errichten, die sicherlich ein großes Tätigkeitsgebiet vorfinden wird. Auch bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie in den Gemeinden tritt die Wahlrechtsfrage naturgemäß immer stärker für die gesamte Arbeiterklasse in den Vordergrund.

Für die Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen. Es wird angestrengter Arbeit bedürfen, um das reiche Programm des Parteitags in dieser Zeit zu erledigen.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Aus dem gewerkschaftlichen Musterlande.

Der Besuch des Präsidenten der American Federation of Labor in Europa, und namentlich seine Reise im Berliner Gewerkschaftshaus, haben bekanntlich eine teilweise wenig erquickliche Debatte hervorgerufen, in der sich namentlich einige Gewerkschaftsorgane bewogen fühlten, Parteiorganen und Parteigenossen Gewerkschaftsfeindlichkeit sowie Voreingenommenheit und Gehässigkeit gegen Gompers vorzuwerfen, ja ihnen zu unterstellen, sie hätten den Anschluß der American Federation of Labor an die gewerkschaftliche Internationale hintertreiben wollen. Dabei hatten die Parteiorgane und Parteigenossen nichts andres getan, als pflichtgemäß darauf hingewiesen, wie die Zustände in Nordamerika entgegen den schönfärberischen Darstellungen Gompers' und seiner speziellen Freunde in Wirklichkeit sind. Seitdem sind nun die sozialistischen Kritiken unter anderen auch durch die Stimmen deutscher Arbeiter, die nach Nordamerika ausgewandert waren, bestätigt worden, und der Grundstein, das Verbandsorgan der Maurer, schreibt in seiner Neujahrsnummer: Einen kleinen Einblick in die Erwerbs- und Organisationsverhältnisse in Kalifornien gewährt der nachfolgende Brief eines im Jahre 1909 nach dort ausgewanderten vertriebenen Kollegen aus der Provinz Schleswig-Holstein, der stets ein treues Mitglied unserer Organisation war:

San Francisco, 10. November 1910.

Mein Freund!

Na los Versprechen, das ich gab, einzuhören, will ich nun einmal darüber schreiben, was ich hier in der freien Welt zu sagen habe. Zunächst ein paar Worte über die gegenwärtige wirtschaftliche Konjunktur. Sie nicht gerade als sehr gut bezeichnet werden kann. Noch die Belohnungen der Maurer-Kollegen soll dieser ungünstige Stand der Konjunktur nicht mehr vorübergehende Erscheinung sein, die mit den Zeichen, die wir in der letzten Woche hatten, aufzutun beginnen. Der Zeit der Wahlen soll dieser Behauptung nicht - aus gleich, ob Präsidentenwahl oder Wahl für die Wahlperiode - das ganze Geschäftsjahr immer mehr aber wieder abweichen. Hierüber kann ich Dir vielleicht leicht auf eigene Erfahrung etwas mehr berichten.

Na etwas über meine Erfahrungen, die ich während meines kurzen Aufenthalts hier als Maurer gemacht habe. Durch gute Quellen war es mir geglaubt, hier als Maurer Arbeit zu finden. Auf dem ersten Bau habe ich drei Tage gearbeitet. Die Arbeitszeit betrug acht Stunden, morgens von 8 bis 12 Uhr und abends von 1 bis 5 Uhr. Die Wöhrelei innerhalb dieser Arbeitszeit war aber wohl schlimmer, als man es in Hamburg oder den Altkönigshöfen gewöhnt ist. Im wahrsten Sinne des Wortes hat man nicht einmal soviel Zeit, um seine Notdurft zu verrichten. In einem halb Stein starkem Mauerwerk müssen 4000 Steine verpaßt werden - vermauern kann man es nicht nennen. Das Mauerwerk wird gleich innen und außen gefügt.

seit. Zuweilen quoll über die Hofwälle ein Peitschenknall und predigte: Soweit wie meine Schwung reicht, nenn ich Grund und Boden mein.

Hinter dem Gefährt lag ein großer Wald, den hatte man durchfahren, da war es kahl und schattig gewesen. Der Dorfweg war trodener und sandiger, es ging bergan, aber nach nicht langer Zeit hatte man den höchsten Punkt

Auf dem Boden saß Hein Möller, erster Führerhund bei dem Gespannhalter des Städtchens, hier im Dorn geboren und sich noch immer von hier fühlend, immer das Leitseil in Händen habend, wenn der Justizrat seinen Sprengel bereiste. Der Rat kennt ihn, und er kennt den Rat, sie verstehen sich und sind miteinander vertraut. Hein kennt aber nicht allein den Rat und die Gegend, er kennt auch die Geschichten, die der Westwind in dem Eichenkranz der Häuser raunt. Und der Wind kam gerade vom Moor und störte das Gedächtnis des Justizrats auf. Der fragte:

Hein, was war das für einer, der hier bei Nacht und Nebel mit seines Bruders Braut über das Moor nach Amerika ging?

Wenn man von Hein Möllers Gesicht sagen wollte, es sei gutmütig und ehrlich aus, so hieße das Eulen nach Athen tragen; denn das versteht sich bei einem so alten Führermann von selbst. Ein bisschen Aufdruckspassage war freilich dabei. Seine Stimme ein wenig besetzt, wenn er sprach, lächelte er lustig und lustig vom Kinn bis zur Nase zugleich mit den Augen.

Ja, entgegnete er, Herr Rat, das war Hinnerk Schmidt, und der, der nach Amerika ging, war Hans Schmidt, und die Dirn, das war Mars Lüders seine Anna.

Nun erinnerte sich der Justizrat. Es waren dieselben Schmidts, bei denen er heute abend ein Testament aufnehmen wird.

Hein, dann ist Hans wohl der Bruder, von dem der Propt sagte?"

"Das ist ja Herr Rat."

Letzteres geschicht mit dunklem Farbe, der zum Mauern benötigt wird. Eine besondere Farbe wird auch nicht gebraucht, sondern die Arbeit des Maurers wird mit der Mauerfarbe vermischt.

Nachdem ich drei Tage geschicht hatte, sollte ich mich in die Organisation der Maurer einzufügen lassen, wozu ich mit Freuden bereit war. Aber das ist mir nicht so leicht. Die Aufnahme neuer Mitglieder kann nur in der Versammlung der Mitglieder vorgenommen werden. Bis zum Versammlungstage mußte ich noch ein paar Tage warten. Jeden Dienstag ist hier Mitgliederversammlung. Die Aufnahme war weiter erforderlich, daß zwei von mir mir am Bau zusammenarbeitenden Kollegen bezeugen, daß ich Maurer sei. Dies zeugnis wollten die zwei Kollegen gern für mich ablegen. Gegen einen Mitgliedsbuch aus Deutschland hatte man nichts einzubringen; aber die beiden Zeugen waren nicht erschienen, und darum konnte meine Aufnahme nicht vollzogen werden; ich wurde vielmehr auf die nächste Versammlung vertrostet. Bei dieser Versammlung sollte ich dann gleich einen Ausweis mitbringen, aus dem ersichtlich sei, daß ich mich zum Erwerb des amerikanischen Bürgerrechts gemeldet hätte. Als ich zu diesem Zweck nach dem Rathaus ging, wurde mir bedeutet, daß ich vorläufig kein Bürger werden könnte, weil ich noch nicht englisch schreiben und sprechen könne.

Es ist mir dann gelungen, an einem andern Bau Arbeit zu bekommen; aber nach einem halben Tage mußte ich die Arbeit wieder einstellen, weil ich kein Mitglied der Organisation bin. Nach diesen trüben Erfahrungen habe ich zunächst den Eindruck gewonnen, daß in einer organisierten Männerverbände mehr Kollegialität und Solidarität herrscht, als unter den Mitgliedern der amerikanischen Maurerorganisation gegenüber einem zugewanderten ehrlichen Kollegen. Ein ordentliches Statut, wonach alle Maßnahmen der Organisation begründet werden, scheint nicht vorhanden zu sein. Die Beschlüsse der einen Versammlung werden durch die folgende Versammlung wieder umgestoßen. Ebenso geht es mit den Verträgen, die fast willkürlich festgesetzt werden. Wenn in der Kasse Ecke ist, wird viel bezahlt, und wenn sich der Kassenbestand erhöht hat, wird wieder weniger bezahlt.

Einen einheitlichen Arbeitslohn - wie in Deutschland im Maurergewerbe fast überall - kennt man hier nicht. Um den Schutz für Leben und Gesundheit ist es hier an den Bauten sehr traurig bestellt, kein Schutzherr, keine Abdeckung der Balkenlagen. Wer das Unglück hat, kann hier vom obersten Geschoss ohne Aufenthalt bis unten in den Keller purzeln. Baubuden, Aborten oder Verbandlasten sind unbekannte Dinge an der Bauweise. Das Mauerwerk wird durchweg über die Hand gehauen. Die Behandlung, die sich die Maurer hier gefallen lassen, würde man in Deutschland auch dem einsältigsten und rücksätesten Kollegen nicht bieten dürfen.

Die Willkür der Unternehmer oder deren Stellvertreter findet keine Grenzen; selbst in Hamburg, wo sich die Herren nach dieser Richtung sehr viel leisten, würde man nicht wagen dürfen, sowohl zu gehen. Um alle diese Sachen stimmt sich die Organisation hier aber nicht.

Der Teufel möge Euch in Deutschland vor einer solchen Arbeitsweise bewahren. Jetzt arbeite ich bei einem Verwandten, der sich einen Platz gekauft hat, um fünf kleine Familienhäuser darauf zu errichten. Diese Häuser werden bis in Sockelhöhe aus Mauerwerk hergestellt, der obere Teil wird aus Holz aufgebaut. Bei dieser Arbeit bin ich bald als Maurer und bald als Zimmermeister beschäftigt, gerade wie es paßt.

So viel für heute; wenn ich das nächstens wieder schreibe, werde ich meine Erfahrungen bedeutend bereichert haben und Dir davon erzählen.

Mit freundlichem Gruss

Diesen Schreibes fügt die Abdankung des Grundstein hinzu: Der Gezelte des Teufels ist ein alles Mitglied unseres Verbands und uns als ein zuverlässiges Werkzeug betrachtet, keinerlei Werte, Unwahrheiten zu schreiben und das hätten wir den Brief auch nicht abgestellt, denn ja haben wir aus die Dinge doch nicht vorgezeigt. Das sind trübe Bilder, die der Kollege L. A. zeigt. Wir möchten jedoch zu bedenken geben, daß in diese bei dem kleinen Wiederausbau abnorme Verhältnisse hereinkommen, die vielleicht keinen Schluss auf die jüngeren Städten zulassen.

Nach den Briefen bisher veröffentlicht haben, nach den Mitteilungen nordamerikanischer Zeitungen und der nordamerikanischen Parteipresse, namentlich die Newyorker Volkszeitung, sowie nach den Berichten, die die Studienkommission des Verbands der Lithographen und Steindrucker veröffentlicht hat, deutet uns, daß der Grundstein seinen Optimismus noch etwas mehr wird dämpfen müssen, wenn er vor weiteren Enttäuschungen erwartet bleiben will. Immerhin ist es erfreulich, daß dieser Brief gerade in den Spalten des Grundstein erscheint.

Nun nahm sich der Justizrat vor, noch mehr bei dem Testamente ein Auge darauf zu haben, daß dem Amerikaner kein Unrecht widerfahren.

Er sah in die Weite und sah die furchtbare Wucht der Gegend.

"Sehen Sie," wandte er sich an seinen Gehilfen, "wie groß und schön und gewaltig!"

Der überlegte gerade, ob er wohl zum Skatabend rechtzeitig nach Hause komme, oder diese Date seines Dienstes schwängern müsse; mitten hinein fiel die Gewalt der Gegend.

"Sie besieben, Herr Rat?"

"Das da!" Und des Justizrats Hand machte einen Bogen: "Wir wollens ansehen; halt mal still, Hein!"

Hinter dem Moor begann das Land des Dufts und der blauen Poetie; der Uferboden und seine Heken schwangen sich mit einer gewissen Federlichkeit hinab. Beide Herren sahen an Hein Möller vorbei und über Hein Möller hinweg in die Gegend.

Der Notar schwieg, sein Gehilfe auch, der Rat sah sich, der andre folgte ihm und machte mir der Gegend sein Kompliment. "Man kann weit leben," sagte er.

Und dann fuhr man weiter.

Der Justizrat interessierte sich für mancherlei, so daß er mit Dachreth gedekelte Hörnerhäuser und trug je einen Begleiter eines Turzofenschäfers, die menschlichen Wohntypen vor, beim einfachen Windfang anfangend; er tat dies, aber die Achsenrichtung der meistens mit der Kreuzhölle gegen die Windrichtung gestellten Gebäuden. Da hörte man freilich die überall als Windbrecher hingepflanzten Eichen und Pappeln nicht entbehren. Hein hatte das mit angenommen, er drehte sich um und bemerkte:

"Herr Rat, nehmen Sie nicht zu ungern! Aber was Sie da sagen, das kommt daher, daß der alte Mann Hans Pahl und vor ihm sein Schwiegervater Mars Böge alle Häuser mit den Säulen in den Westen stellt. Und weil der Weg nach Westen geht, da ruft dann der Westwind voll aufs Dach. Und das ist nicht zu schließen.

## Leipzig und Umgebung.

Maßregelung von Glasarbeitern vor dem Weihnachtsfest.

Bei der Firma E. Helleth & Co., Glas- und Spiegelmanufaktur, wurden am 27. Dezember die Glasmacher entlassen, weil diese einen von der Firma begangenen Tarifbruch zum Gegenstand von Verhandlungen machen. Schon lange war das mit der Firma M. Schulz tariflich geregelt Arbeitsverhältnis der neuen Firma recht unangenehm, wurde jedoch eingehalten.

Wegen des Arbeitsmangels und um Entlassungen vorzubringen, erklärt sich die organisierten Glasmacher vor Weihnachten einverstanden, die Arbeitszeit zu verkürzen, was ja auch mit einem Lohnausfall verbunden war.

Am 27. Dezember wurde es den Arbeitern aber klar, daß der dort hanternde Geschäftsführer zu einem Schlag gegen die Organisation auszuholen beabsichtigte: es wurde trotz Arbeitsmangels ein Unorganisierter eingestellt. Als die Kollegen darüber vorstellig wurden (zumal die neue Firma bereits früher Arbeitskräfte durch die Organisation bezogen hatte), erfolgte die sofortige Entlassung.

Den von den Arbeitern gestellten Entschädigungsansprüchen konnte sich die Firma nicht entziehen, und so sind diese zugunsten der Arbeiter erledigt.

Ob dieses Auftreten des Geschäftsführers besonderen Wünschen oder Hoffnungen der Firma entspricht, werden wir vielleicht später erfahren.

Was auf Weiteres ist diese Firma gesperrt.

Zentralverband der Glasarbeiter,

Filiale Leipzig.

## Deutsches Reich.

### Jur Tarifbewegung im Baugewerbe.

Die Lage im Baugewerbe spaltet sich mehr und mehr zu. Die Bauunternehmer, die in ihrer Fachpresse Fanfare der Hoffnung auf eine bessere Konjunktur erklingen lassen, verhalten sich den Forderungen der Bauarbeiter gegenüber strikt ablehnend, obwohl doch die Bauarbeiter unter der Krise schwer genug sitzen und noch leiden. So sind die Tarifverhandlungen in Danzig gescheitert. Die Vertreter der Unternehmer erklären категорisch, daß von einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit unter 10 Stunden, sowie von einer Erhöhung des Stundenlohns in den nächsten fünf Jahren absolut keine Rübe sein könnte. Über einige nebenstehende Bestimmungen wurde eine Einigung erzielt. Nach 3½ Stunden Verhandlung wurden die weiteren Verhandlungen auf unbestimmt Zeit vertagt.

Dass sich die Bauunternehmer überhaupt darauf vorbereiten, mit der Bauarbeiterchaft in diesem Frühjahr einen rücksichtslosen Kampf anzunehmen, beweist ein Schreiben, das der Verband der Baugewäste von Berlin an seine Mitglieder gerichtet hat und in dem es unter anderem heißt: Wie sich die Verhältnisse nach dem 1. April 1910 gestalten werden, ist demnach noch gänzlich ungewiß. Wenn man berücksichtigt, welche großen Schwierigkeiten der Verständigung über das Tarifmuster noch entgegenstehen, wenn man die Unsicherheit hinsichtlich der Lohnfrage bedenkt, wird man vorsichtigerweise immerhin mit einer Verschärfung der Situation im kommenden Frühjahr rechnen müssen. Wir erachten es demgemäß für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse in die Verträge die Streitklausel aufnehmen und bei Ihren geschäftlichen Dispositionen die Möglichkeit des Scheiterns der Tarifverhandlungen nicht außer acht lassen.

Die Schermacher sind also lampenflickig und geben den Bauarbeiterkampf eins aufzuspielen. Da die Bauarbeiter aber nicht nötig sind, zu tanzen, wie die Herren sind, so werden sie wohl den Bogen in die Hand nehmen und den Bauarbeiter ein Lampenflickig gelgen.

Der Verband der Gipser, Steinläufer- und Zuläuferschaften des Deutschen Reichs hat in seiner Generalversammlung zur Tarifbewegung Stellung genommen und einstimmig folgende Thesen aufgestellt: 1. Die Verhandlungen wegen eines neuen Arbeitsvertrages erfolgen nur durch die Betriebsräte des Verbands. 2. Zwei Kommissionen werden gebildet, eine, welche mit den Gehilfenorganisationen in einer größeren, welche berechtigt ist, die Abmachungen der Gehilfenorganisationen für den Centralverband zu prüfen. 3. Sämtliche Tarifverträge, die im nächsten Frühjahr ablaufen, werden ohne Ausnahme geändert. 4. Einweiter kommt für alle Bezirke ein Tarifvertrag zu stande, oder es wird gar kein Vertrag abgeschlossen. 5. Wäre noch beschließen, in welcher Weise die Mittel zum Kampfe aufgebracht werden sollen.

## Der staatliche Kampf gegen das Koalitionsrecht.

Die Bureaucratie des führenden Staats in Deutschland schleift in beinahe dankenswerter Weise täglich Material zusammen, mit dem der Arbeiterschaft augenfällig nachgewiesen werden kann, was sie vom "Vater Staat" zu erwarten hat. So jetzt die preußische Eisenbahnverwaltung wieder als Helferin der Sozialdemokratie auf dem Plan erschienen mit einer Verfügung, die sich den fröhlichen in dieser Sache erlassenen würdig anreihet. Sie richtet sich, wie jetzt üblich, gegen den Transport-

Wahl und Mars Böge, daß sie hohe Sparren aussiegen. Hans Pahl meint, das gibt Platz auf dem Böhn, und Heu und Korn, sagt er, gehören ins Haus und nicht in Diemen. — Da kann der Bauer nichts bei tun, da muß er bauen, wie der Zimmermann will.

„Also nicht nur die Bauern, sondern auch die Zimmerleute haben hier ihren eigenen Kopf. Es mag wohl was dran sein.“

„Dachhäuser,“ fuhr Hein fort, „sollen ja nun nicht mehr sein. — Sehen, Herr Rat,“ der Sprecher zeigte auf einen Neubau, „nun macht man Kniestöcke und legt ein Dach von Pappe darauf. Die sind niedriger und flacher.“

„Tawohl,“ warf der Rat ein, „aber es sieht übel aus.“

„Gleich kommt,“ singt Hein nach Weile wieder an, „gleich kommt Peter Schmidt seine Verlehnslate, wo Sie nachher hin sollen, die ist aus roten Steinen und hat Säulen vor der Tür. Sieht ganz schmutig aus.“

Sie fuhren langsam an dem gelobten Haus vorüber. Wegen den roten Steinen, den weißen Fugen, den in Zement abgeputzten Säulen schrie es förmlich aus dem Gebüsch heraus, wie schmutig es sei.

Hinnerk Schmidt, der die Stelle hat, wohnt man altmodisch, Säulen hat er aber auch vor der Tür.“ Hein Möller zeigte auf das mit altem, breitem Strohdach zwischen den Bäumen hervortretende Bauernhaus. „Er könnte gern neue Brondämmen aufsetzen, hat ja Geld genug.“ — „Sieh, da steht er am Hektar!“ setzte der Sprecher mit gedämpfter Stimme hinzu.

Um Hektar stand ein magerer, kaum mittelgroßer, in Weste und Beinkleid von Blauleinen gekleideter, rodlloser Mann von unbestimmtem Alter. Er war im Begriff, seine auf den Melkplatz treibende Herde hineinzuzählen. Als der Wagen näher kam, zog er die Mühe. Sie war abgetragen und saß auf braunblonden, wirren Haaren.

Hinnerk Schmidt setzte sie rasch wieder auf, um eine Dunglarre, worauf man eine kleine Schaufel legt, aus der Fahrstraße auf die Seite zu schieben.

[Fortsetzung folgt.]

arbeiterverband, aber rüchtiger gegen dessen Reichsleitung der Eisenbahner, und hat folgenden Wortlaut:

#### Bekanntmachung betreffend den Deutschen Transportarbeiterverband.

Der Deutsche Transportarbeiterverband und dessen Reichsleitung der Eisenbahner entfalten eine lebhafte agitatorische Tätigkeit, um auch die Eisenbahnbediensteten zum Austritt aus einer Organisation zu verleiten und sein Verbandsorgan: "Werks der Eisenbahner unter ihnen zu verbreiten."

Der Verband verfolgt ordnungseindürbliche Bestrebungen und hat sich zum Ziel gesetzt, den Frieden zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern zu stören. Die Einladungen zu seinen Versammlungen lädt er in der Regel durch Inschriften und gedruckte Karten ergehen, die harmlose Unterschriften, wie z. B. "Club Nobilis" tragen, um die Einladeten über den wahren Charakter der Veranstaltung zu täuschen. Auch schickt er unaufgefordert Mitgliedskarten an und sucht deren Annahme dadurch zu erleichtern, daß er für die erste Zeit keine Beiträge fordert. Nach § 2, Absatz 3 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der Preußisch-Hessischen Staatsseisenbahnverwaltung ist die Teilnahme an ordnungseindürblichen Bestrebungen und Vereinen verboten. Wir fordern daher diejenigen, welche sich schon zum Betrieb haben verleiten (1) lassen, auf, sofort ihr Auscheiden aus dem Transportarbeiterverband herbeizuführen. Bedienstete, die trotz des Verbots an dem Transportarbeiterverband teilnehmen, ihn fördern oder unterstützen, haben, da derartige Bestrebungen mit der Beschäftigung in der Staatsseisenbahnverwaltung unvereinbar sind, unnachlässliche Auflösung des Dienstverhältnisses zu erwarten.

Ein verbotenes Unterstüzung ist auch in dem Halten des Verbandsorgans Werks der Eisenbahner zu erblicken. Bedienstete, denen Mitgliedskarten oder Exemplare des Werks unaufgefordert zugehen, werden diese zweckmäßig an die Dienstvorstehrer abgeben, um nicht fälschlicherweise (2) in den Verdacht der Teilnahme an den Bestrebungen des Verbandes zu geraten. Wir vertrauen der Einsicht unserer sämtlichen Angestellten und Arbeitern, daß sie sich von dem Transportarbeiterverband und ähnlichen ordnungseindürblichen Organisationen fernhalten, und uns keinen Anlaß geben, von der Strafandrohung Gebrauch zu machen.

Diese Bekanntmachung ist in den Werkstätten, Aufenthaltsräumen der Arbeiter und "Zorn", dem Publikum nicht allgemein zugänglichen Stellen ohne Verzug zum Aushang zu bringen. Auf kleinen Stationen kann der Aushang unterbleiben, die Bekanntmachung ist dann durch Umlauf zur Kenntnis zu bringen. Die Dienststellenvorsteher haben dafür Sorge zu tragen, daß jeder Arbeiter von der erlassenen Anordnung Kenntnis erhält; auch jeder neu eintretende Arbeiter ist über das bestehende Verbot zu unterrichten. Exemplare der Bekanntmachung sind bei Mehrbedarf bei dem Zentralbüro anzufordern.

Diese Verfassung ist ein neues Zeugnis realistischer Bürokratenwillkür; sie ist aber auch ein schönes Zeugnis für die rastlose Tätigkeit des Transportarbeiterverbandes, die den Bürokraten in den Direktionen in das Klappernde Gebel gebracht hat. Mögen die Herren auch noch glauben, mit papieren Verordnungen den Vormarsch der Organisation aufzuhalten, früher oder später werden sie doch zu der Erkenntnis kommen müssen, daß sich Kulturbewegungen doch durchsetzen, wenn nicht mit, so gegen den Willen der Herrschenden und ihrer Bürokratie.

Zur Sölderbewegung im Vogtland berichtet die Vogtländische Zeitung, daß in Plauen eine Versammlung der Söldner und der Arbeiterinnen sich mit dem Vorschlag der Unternehmer, 18 Pf. im Winter und 17 Pf. im Sommer zu zahlen, beschäftigt, jedoch beschlossen habe, für Sommer und Winter den gleichen Satz von 18 Pf. zu fordern, da dieser Satz schon an und für sich ein Entgegenkommen der Söldner usw. bedeute.

#### Ausland.

Die Arbeitslosigkeit in Italien und die Arbeitsgenossenschaften. Eine Kommission von Vertretern italienischer Arbeitsgenossenschaften ist am 20. Dezember vom Ministerpräsidenten Sonnino empfangen worden. Die Kommission, der u. a. die Genossen Samoggia und Baldini angehörten, unterbreitete dem Kabinettchef die Forderungen der Kooperativen, die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Emilia und Romagna streben. Sie setzte auseinander, daß die 3,2 Millionen lire, die die Regierung für die Arbeiter in diesen Gegenden für den laufenden Winter ausgeworfen hat, ganz ungültig sind, da es sich darum handelt, rund 115 000 Arbeitslose zu beschäftigen. Es wurde der Vorschlag gemacht, die inneren Wanderungen und den Arbeitsaustausch zwischen den verschiedenen Regionen zu regeln, anstatt ihm dem Zufall zu überlassen. Weiter schlug die Kommission vor, die großen Arbeiten der Staatsbahnen den Genossenschaften von Bologna, Ferrara und Ravenna zu übergeben, die im Stande sind, jede gesetzliche Garantie zu bieten. Was die Verbarmachung in der Provinz Rom und in Südalitalien betrifft, so vertrat die Kommission den Standpunkt, daß ihre Ausführung ohne das Heranziehen der norditalienischen Arbeitsgenossenschaften unmöglich sein würde. Sonnino versprach, die Vorschläge eingehend zu prüfen. Der heutige Kabinettchef steht im Ruf, ein großer Freund des Genossenschaftswesens zu sein.

kleine Gewerkschaftsnachrichten. Den Kunst- und Bauschlossern in München wurde von dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Tarif für den 31. März genehmigt. Von der Kündigung werden 800 Schlosser betroffen.

Der Syndikus des Deutschen Werkmeisterverbandes, Reichstagsabgeordneter Pottkof, hat seine Stellung im Verbande wegen "Unstimmigkeiten" niedergelegt.

## Soziale Rundschau.

### Die Wirkung der Krise im Jahre 1908.

Aus den Rechenschaftsberichten der Arbeiterversicherung kann man die Wirkung der Krise beobachten. Fest sind die Rechenschaftsberichte der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1908 herausgegeben. Schon die Schlusszahlen der versicherten Arbeiter zeigen, daß das Jahr 1908 ein Krisenjahr war. Während die Zahl der versicherten Arbeiter entsprechend der Zunahme der Bevölkerung sonst bei 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften im Durchschnitt der letzten fünf Jahre jährlich um 388 000 Versicherte steigt, wird für das Jahr 1908 ein Rückgang von 100 500 verzeichnet. Die Zahl der Versicherten blieb also hinter den zu erwartenden Ziffern um 488 000 zurück. Die Krise wirkt aber nicht gleichmäßig. 22 Berufsgenossenschaften berichten über Zunahme der Versicherten, so z. B. die Knappenhofberufsgenossenschaft hat noch eine Zunahme von 66 000 Versicherten. Die 22 Berufsgenossenschaften mit Zunahme zeigen eine Steigerung von 3 888 000 auf 3 918 200 Versicherte, während bei den 44 Berufsgenossenschaften mit Abnahme ein Rückgang von 5 180 208 auf 4 999 542 Versicherte, also von 180 756 eintrat. Die Krise setzte nicht gleichzeitig bei allen Gegebenen ein. Während bei den meisten Gewerben die ersten 10 Monate des Jahres 1907 noch eine Periode der Hochkonjunktur waren, war das ganze Jahr 1907 für das Baugewerbe schon ein Jahr des Rückgangs. Von den 12 Baugewerbsberufsgenossenschaften hatten 1907 nur noch die Hamburgische, die Hannöversche, die Flensburgische, und die Schleswig-Holsteinische Baugewerbsgenossenschaften.

genossenschaft steigende Ziffern. Acht Baugewerbsberufsgenossenschaften zeigten 1907 schon einen solchen Rückgang, daß die Ziffern der Versicherten bei den 12 Baugewerbsberufsgenossenschaften von 1 876 208 im Jahre 1906 auf 1 207 022 im Jahre 1907 sank. 1908 hat nur die Württembergische Baugewerbsberufsgenossenschaft eine Zunahme von 6500; bei den zwölf Baugewerbsberufsgenossenschaften sank die Zahl der Versicherten auf 1 260 270, also seit 1906 ein Rückgang von 116 938 Versicherten.

Bei der Großfeuerindustrie trat die Krise 1908 ein. Da für diesen Industriezweig eine Produktionsstatistik geführt wird, braucht man sich hier nicht auf die Ziffern der Berufsgenossenschaft zu stützen. Hier zeigt das Jahr 1908 im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild: Die mittlere Belegschaft wies auf an

	1907	1908
In den Hochöfenwerken	45201	3532
In den Gießereibetrieben	119794	118824
In den Schweißereienwerken	18881	17378
In den Flusseisenwerken	183706	179849
	367582	354083

Einen entsprechenden Rückgang zeigen denn auch die weiterverarbeitenden Industrien, der Maschinenbau, Kleinteileindustrie usw.

Besonders starke Rückgang haben auch die Holzberufsgenossenschaften, die Siegelsei- und die Zöpfereiwerksberufsgenossenschaft. Im Transportgewerbe sind die Binnenschiffahrtsgenossenschaft und die Seeverfgewerbsgenossenschaft mit Rückgang verzeichnet. Die Krise ist immer noch nicht überwunden. Während im Sommer eine leichte Besserung eintrat, und im August die Zahl der Beschäftigten über die Zahl der im August 1908 Beschäftigten stieg, zeigt nach der neuesten Nummer des Reichsarbeitsblattes der Monat November, wie wir bereits in der Weihnachtsnummer der Leipziger Volkszeitung nachwiesen, wieder einen starken Rückgang in der Beschäftigung, so daß am 1. Dezember die Zahl der Beschäftigten zwar noch etwas höher war als am 1. Dezember 1908, aber sie bleibt noch hinter der Zahl des Jahres 1907 zurück. In dem Rückgang im Monat November ist das Baugewerbe wieder am stärksten beteiligt, aber auch die Bekleidungsindustrie, die elektrische Industrie und die Nahrungsmittelindustrie verzeichnen starke Rückgänge in der Beschäftigung.

Die Wahl zur unteren Verwaltungsbehörde der Invalidenversicherung endete für den Amtsbezirk Mannheim mit einem Sieg der von den organisierten Arbeitern aufgestellten Liste. Zu wählen waren vier Beisitzer. Der Arbeitgeberrat — eine Zentralverwaltung für alle Unternehmensverbände und Mittelstandervereinigungen — hatte auch eine Liste für "Arbeiter" — Beisitzer aufgestellt. Zugunsten dieser Liste wurden die Beisitzer der Betriebskrankenkassen-Vorstände von den Unternehmen ohne Erfolg bearbeitet.

## Aus der Jugendbewegung.

Kongress der ungarischen Arbeiterjugend. Aus Budapest schreibt man uns: An den Weihnachtsfeiertagen wurde hier der dritte Landeskongress der ungarischen Jugendorganisationen abgehalten. Die Anfänge der hiesigen Jugendbewegung reichen bis in die Mitte des 40. Jahrhunderts zurück, jedoch dattert die intensivere Bewegung erst vom Jahre 1900. Die Jugendorganisationen wurden von der Jugend selbst ins Leben gerufen. Den Anstoß zu ihrer Gründung gab die hierzulande übliche grenzenlose Beihilfesausbeutung, der die proletarische Jugend vom 20. bis 30. Lebensjahr an prägt. Hier herrscht noch das Kleingewerbe vor, es wird aber durch die Konkurrenz der Großindustrie immer mehr bedrängt. Die Kleingewerbetreibenden versuchen nun durch eine ungeheuerliche Ausdehnung ihrer Lehrlinge dem drohenden Untergang zu entgehen. Als die erwachsene Arbeiterschaft am Anfang dieses Jahrhunderts für bessere Arbeitsbedingungen in den Kampf trat und ihre Gewerkschaften kräftig auszubauen begann, setzte sich auch die Jugend zur Wehr und begründete Lehrlingsorganisationen, die sich in erster Linie den Kampf für Beihilfesatz zum Ziel setzten. Dabei waren sie selbstverständlich auch bestrebt, ihren Mitgliedern eine sozialistische Erziehung zu geben. Trotz der Verfolgungen, denen sie von den Behörden ausgesetzt waren, machten diese Organisationen immer größere Fortschritte und fanden langsam Fuß in allen größeren Städten des Landes. Die Verbesserungen der Jugend wurden von den erwachsenen Genossen überall gefordert, und die Selbstständigkeit der Jugendvereine wurde von allen Instanzen der hiesigen Arbeiterbewegung anerkannt.

Als die arbeitende Jugend nach dem Stuttgarter Kongress eine intensivere antimilitaristische Propaganda zu entfalten begann, erregten sie das Mißfallen der führenden Partei, die auf sich selbst mit dem Minister des Innern und dem Staatssekretär für Handel und Industrie wegen des Wahlrechts und wegen der Besetzung der Stellen in der Landesversicherungskasse Verhandlungen pflegte. Es wurde daher den Jugendorganisationen untersagt, irgendwelche politische oder gewerkschaftliche Aktionen zu entfalten; nur das Lernen sollte ihnen gestattet sein, aber auch dies nur unter Aufsicht von Erwachsenen. Dies sollte auch nicht in eigenen Jugendorganisationen, sondern in den Gewerkschaften geschehen. Die Abhaltung von gehirnen Jugendversammlungen sollte ein Ende nehmen (das Recht auf Abhaltung von öffentlichen Versammlungen wurde zur selben Zeit von der Polizei überlaufen); auch Jugendkongresse sollten nicht mehr abgehalten werden. Die Kosten der Jugenderziehung und des Jugendorgans sollte die Generalkommission der Gewerkschaften tragen. Die führenden Genossen waren denn auch eifrig bestrebt, wenn auch nicht die Jugend zu erziehen, so doch diese von den Aktionen fernzuhalten. Je mehr man aber das tat, um so mehr flachte das Interesse der Jugend ab für die sogenannte sozialistische Erziehung, und um so weniger hielten sich die Partei- und Gewerkschaftsinstitutionen um die sozialistische Jugend. Im vergangenen Sommer erreichte die ungarische Jugendbewegung ihren Höhepunkt. Das Jugendorgan mührte sein Erscheinen einzustellen und die Generalkommission erklärte: die Jugendbewegung sei lebensunfähig, daher stelle sie die Unterstützung ein.

Die Jugend war somit wieder auf ihre eigenen Kräfte angewiesen. Sie begann sich wieder zu regen und sich auf eigene Füße zu stellen. Nach einigen Monaten eifriger Agitation erstarke die Bewegung wieder. Als die Rekruten in die Kasernen aogten, konnte ihnen wieder das Jugendorgan mitgegeben, und an den Weihnachtsfeiertagen konnte der dritte Jugendkongress abgehalten werden. Es waren hier nun 11 Organisationen mit 37 Delegierten vertreten. Mehrere Organisationen konnten die Delegationskosten nicht aufbringen, sie entschuldigten sich brieflich. Die Beratungen, die im gehirnen abgehalten werden mußten, nahmen einen stürmischen Verlauf. Es wurde einstimmig beschlossen, zur alten Taktik zurückzukehren, die Aktionen, die früher für Jugendshut und gegen den Militarismus geführt wurden, wieder auszunehmen. Auch soll die internationale Verbindung, die vernachlässigt wurde, wieder gepflegt werden.

## Aus der Partei.

Eine freie Konferenz der sozialistischen Frauen Neugards beschäftigte sich am 19. Dezember mit der Stellung unserer Parteidienststellen zu den bürgerlichen "Suffragetten", die durch eine formelle Einladung zur Mitarbeit die Veranlassung zu der Konferenz gegeben hatten und auch zahlreich in die Debatte eingriffen. Genossin Meta Stern empfahl als Referentin die

Aufnahme der Einladung und brachte eine auf organisierte Beteiligung an der bürgerlichen Stimmrechtsbewegung abzielende Resolution ein. Annahme fand eine von Genossin Anita Block vertretene Resolution des sozialistischen Landes-Frauenkomitees, wonach die Parteidienststellen zwar mit der Wahlrechtsforderung der bürgerlichen Frauen sympathisieren, aber doch den Klassenkampf für wichtiger halten und der Ansicht sind, daß das Wirken der sozialistischen Frauen für das Stimmrecht auf unabhängiger und separater Basis durch die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse erfolgen muß.

Das Staatskomitee der sozialistischen Partei des Staates New York hielt am 19. Dezember in der Metropole seine fällige Halbjahres-Sitzung ab, um hauptsächlich über die Frage weiterer Agitationsmethoden zu verhandeln. Das Ergebnis war, daß die Parteidienstleitung beauftragt wurde, für die möglichst regelmäßige Herausgabe von Flug- und Propagandaschriften sowie eines Agitator-Handbuchs zu sorgen. Der Sekretär der Staatsorganisation der Partei soll mit dem nötigen Adressenmaterial versehen werden, um ständig mit den Gewerkschaften Führung nehmen zu können; eventuell soll er Vorstandssitzungen in den Gewerkschaften arrangeren.

### Eingelaufene Schriften

Gegen das Zentrum und seine Verbündeten. Mede des Reichstagsabgeordneten Dr. Frank - Mannheim in der Reichstagsöffnung vom 18. Dezember 1909. Mannheim, Verlag der Mannheimer Aktiendruckerei (Volkstimme). Preis 15 Pf.

## Von Nah und Fern.

### Berlehrsunfälle.

Rassel, 31. Dezember. Der gestern abend von hier abgegangene Glühlitzzug 6347 fuhr auf der Station Willebadessen der Strecke Warburg - Altenbeken mit dem Glülitzzug 6988 zusammen. Der Zugführer des Glülitzugs wurde auf der Stelle getötet; mehrere Deute vom Personal der Glülitzug wurden schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend; etwa 15 Güterwagen wurden zerstört. Die beiden Gleise der Strecke sind gesperrt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht aufgeklärt.

Trenton (Missouri), 31. Dezember. Der Kalifornien-Expresszug ist in der Nähe der hiesigen Station entgleist und umgestürzt. Drei Bullmannwagen gingen in Flammen auf. Dabei verbrannten fünf Personen, neun andre erlitten schwere Verletzungen.

London, 2. Januar. Auf hoher See zwischen England und Irland stießen heute früh die beiden englischen Dampfer "Ayrshire" und "Arcadian" zusammen. Die Arcadian sank; 13 Personen sind dabei ertrunken.

### Bluttaten.

Berlin, 3. Januar. Im Hause Elisabethstrasse 53 schoß der Pfortner Wimanowski auf seinen Sohn und verlebte ihn im Gesicht schwer, worauf er sich selbst eine Kugel in den Kopf jagte; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Wimanowski war dem Trunk erlegen, weshalb es häufig zwischen den Eheleuten zu heftigem Streit kam; so auch am Neujahrstage. Als der Vater tatsächlich werden wollte, griff der Sohn ein.

Berlin, 3. Januar. Ein blutiger Ausgang hatte eine Geburtstagsfeier am Neujahrstagabend in der Koppenstraße. Dort versuchte der 54 Jahre alte Arbeiter Boller seine Frau nach kurzem Wortwechsel zu erschlagen. Er verlebte sie leicht durch zwei Schüsse und töte sich darauf selbst.

Berlin, 3. Januar. Am Neujahrstage vormittags erhängte die Frau des Arbeiters August Klocke in Alt-Geltow bei Werder ihre beiden Kinder in Abwesenheit ihres Mannes. Gestern abend wurde Frau Klocke auf dem Bahnhofsvorplatz der Strecke Potsdam-Werder tot aufgefunden, sie hatte sich von einem Zug überfahren lassen. Sie hatte Schulden und aus Angst, daß ihr Mann diese erfahren würde, beging sie die Tat.

### Erdbeben.

Freiburg, 3. Januar. In verschiedenen Orten des badischen Oberlandes wurden in der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar Erdstöße wahrgenommen. Bei Heitersheim wurden die Erdstöße am stärksten verspürt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 3. Januar. Der dritte preußische Parteitag wurde heute vormittag eröffnet. Rund 200 Delegierte sind anwesend. Ihm vorauf ging eine Vorversammlung, in der verschiedene interne Angelegenheiten erlebt wurden. Den Vorsitz führten Singer und Rudolph-Frankfurt. Den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht ergänzt Genosse Ernst durch mündliche Ausführungen. In der Diskussion regt Klüsche-Magdeburg die Bildung eines preußischen Parteivorstands an, was von Ernst in seinem Schlusswort befürwortet wird. Darauf ergänzt Heimann den gedruckt vorliegenden Bericht der Landtagsfraktion.

Guben, 3. Januar. Die Stadtverordneten erklärten die Wahlen der 3. Abteilung, in der kürzlich vier Sozialdemokraten gewählt worden waren, für ungültig.

### Griekische der Redaktion.

O. O. 18. Wenden Sie sich an die Verwaltung resp. den leitenden Arzt.

N. G. Sie sind verpflichtet die Steuern für das erste Vierteljahr zu bezahlen.

A. G. Schönenfeld. Zum freiwilligen Eintritt in das Heer ist ein Meldechein zum freiwilligen Eintritt erforderlich, der von der Exekutivkommission des Wohnortes aufgestellt wird, wenn folgende Papiere vorgelegt werden: 1. Geburtschein, 2. Einwilligungserklärung des Vaters oder Vormundes, 3. Führungszeugnis der Polizeibehörde, 4. eine obrigkeitliche Bescheinigung, daß der zum freiwilligen Dienst sich Meldende durch Zivilverhältnisse nicht gebunden ist. Wer sich schon zur Stammliste angemeldet hat, braucht keinen Geburtschein mehr beizubringen.

B. G. 1. Im Bundesrat haben Preußen 17, Bayern 6, Württemberg und Sachsen je 4, Baden und Hessen je 3, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2, die übrigen Staaten je eine Stimme. Die Gesamtzahl der Stimmen beträgt 58. Jeder Staat kann so viel Bevollmächtigte ernennen, wie er

# Vorteilhaft für Einkauf ganzer Ausstattungen

wegen Aufgabe des Geschäfts

Wurzner Strasse 10.

Die Preise sind 20 bis 80 Prozent herabgesetzt.

Möbelstücke

[21648\*]

## Fabrikarbeiter-Verband Deutschlands

Verwaltungsstelle Leipzig u. Umg.

Bureau: Volkshaus.

Mittwoch, den 5. Januar 1910, abends Punkt 8 Uhr

### General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht über das Jahr 1909; 2. Neuwahl der Verwaltung; 3. Bericht und Neuwahl der Kartelldelegierten; 4. Gewerkschaftliches.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Jahreichen und plünktlichen Besuch erwartet

NB. Sonntag, den 10. Januar 1910, 1½ Uhr: Grosser Familien-Abend in den Reichshallen, L.-Volkmarasdorf. Minervende: Leipziger Sänger. D. F.

[19]

### Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle: Volkshaus Zeltner Str. 32 Portal rechts, l.

Bureauzeiten: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abends 5—8 Uhr. Telefon 3784.

Westen. Freitag, 7. Januar, abends 1½ Uhr, Vertrauensmänner-Sitzung im Restaurant Zwei Linden, Karl-Heine-Straße. [36\*]

### Turnverein Vorwärts Leipzig-Süd (E. V.)

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.)

Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr

### General-Versammlung

im Saale des Gambrinus, L.-Connewitz.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Ergänzungswahl des Turnrates und Neuwahl der Vereinsfunktionäre. 3. Anträge. 4. Weinfesttag und Wahl der Delegierten. 5. Verschiedenes.

NB. Anträge müssen laut Statut 8 Tage zuvor beim Turnrat schriftlich eingereicht werden.

Jahreichen Besuch erwartet

Der Turnrat.

### Böttcher-, Weinküfer- u. Brauer-Kranken- u. Sterbekasse zu Leipzig und Umgegend. (E. H.)

Sonntag, 16. Jan. Generalversammlung im Rosental-Kasino nachmittags 4 Uhr Rosenthalgasse 8.

Tagesordnung: 1. Vorlesung resp. Vorlegung des Jahresabschlusses. 2. Wahl zweier Mitglieder aus der Generalversammlung zur Prüfung der Rechnungen. 3. Bericht der Revisoren. 4. Anträge und Verschiedenes. Hermann König, Vorsteher.

### Einigkeit L.-Ost

Mittwoch, 5. Januar Pflichtständchen.

abends 7½ Uhr Treffpunkt: Sophienschlösschen. [14]

Freitag, 7. Januar, abends 9 Uhr: Singestunde.

Sonntag, 9. Januar, nachm. 3 Uhr: Generalversammlung.

Plünktliches Erscheinen ist dringend nötig. Der Vorstand:

### Restaurant Stötzner

Reichstr. 30, Katharinenstr. 18. — Dienstag Schlachtfest.

### Wasserfall D'Moosblümerin.

Neue, junge, frische bildsaurere Madeln.

### Crostitzer Bierstube

Krostitzer Straße 22, Ecke Nürnberger Straße.

Unseren lieben Gästen, Freunden und Bekannten die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel.

[1426] G. Heinitz und Frau.

### Privat-Speisehaus Leipzig, Alexanderstrasse 14.

Fröhliches, gesundes neues Jahr wünschen Ihnen werten Gästen

[101] Ernst Dorusch und Frau.

### Liebolds Restaurant, Elisenstrasse 69.

Ihren werten Gästen, Freunden und Bekannten wünschen ein glückliches, gesundes Neues Jahr!

[6] Richard Liebold und Frau.

### Restaurant zur Wilhelmshöhe

Davidstrasse 2. [20]

Aller werten Gästen, Freunden und Bekannten wünschen ein frohes Neujahr! Emil Brauer und Frau.

### Goldner Winkelhaken.

Wünsche meinen lieben Gästen und Bekannten ein

glückliches Neujahr!

[1431] Paul Medam

Leipzig, Friedrichstrasse 9 und Talstrasse 20.

Unseren lieben Freunden und werten Gästen die

herzlichsten Wünsche 3. Jahreswechsel.

H. Räck und Frau [270]

Restauration, Ecke Albert- und Elisenstraße.

für Einkauf ganzer

Ausstattungen

und einzelner

Möbelstücke

[21648\*]

Allen geehrten Nachbarn, Freunden und Bekannten zur ges. Kenntnis, daß wir das Restaurant Tauchaer Str. 24

### Spezial-Ausschank des Bürgerl. Brauhaus

in Markranstädt, übernommen, renoviert und wiedereröffnet haben. Unser erstiges Bestreben wird sein, allen uns beherrschenden Gästen nur das Beste vom Beste zu dienen.

Einer gütigen Unterstützung entgegenstehend, zeichnen

71 mit Hochachtung

Ernst Jesch und Frau.

Gleichzeitig unsere herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel.

D. S.

### Alter Kurs, Gohlis.

Unseren werten Freunden u. Gästen wünscht ein fröhliches Neujahr.

Herrn Schröter u. Frau.

### Schützenhaus L.-S.

Zur Abhalt. v. Vereins- und Gewerkschaftsstagen bestens geeignet.

Der große Festsaal ist einige Wochenstage im Januar und Februar frei. — Telefon 1338.

[23822\*]

### Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten

Dampf-Bettledern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt. Großes Lager in Inletts.

Heinr. Rohr, Leipzig-Volkmarasdorf, Kirchstr. 2 Ecke Wurzner Strasse.

Reparaturen an Uhren jed. Art, nur streng solide Ausführ. u. unter Garantie bei

Gustav Kaniss Uhrmacher, Tauchaer Str. 6.

Verwenden Sie nur

### Lipsia-Senf-Essig

überall zu haben. Anerkannt beste Marke, vorzüglich im Geschmack.

### Heinr. Rehse, Kl.-Zschoch.

empfiehlt [1199\*]

### Elsen- u. Stahl-Waren

Werkzeuge, Gartengeräte usw. Spez.: Kl. Armaturen u. Rohrgussteile.

Mandelkleien-Selbe

mildeste, allen Seifen, besonders zum Waschen u. Baden, kleiner Kinder, da dieselbe einen schönen zarten und weissen Teint erzielt.

Eben. Absolvent der Schule für Naturkunde in Berlin (Dr. Max Cailitz). Telefon 14839 Leipzig-Lindenau, 5 Ellisthalallee 5. Sprechzeit: 8-9, 1-2, 6-1/8 Uhr Sonnabend und Sonntag nur von 9-10 Uhr.

zum weissen Adler, Hainstr. 9.

### Naturhellverfahren auf wissenschaftlicher Grundlage.

\* F. W. J. Müller

Eben. Absolvent der Schule für Naturkunde in Berlin (Dr. Max Cailitz). Telefon 14839 Leipzig-Lindenau, 5 Ellisthalallee 5. Sprechzeit: 8-9, 1-2, 6-1/8 Uhr Sonnabend und Sonntag nur von 9-10 Uhr.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme sowie für den vielen herrlichen Blumenstrauß beim Tode unseres geliebten Kindes

Martha Erna sagen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank.

Siebertwolffwitz, den 3. Januar 1910.

Die trauernde Familie Uhlig.

[82]

Hierdurch allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere gute, treusorgende Mutter

Grau Emilie Pauline Meissner geb. Schümichen nach langerem Leiden am 1. Januar im Alter von 48 Jahren sanft verschieden ist.

2. Kleinzschocher, den 1. Januar 1910.

Die liefräubernden Söhne Otto und Albin Meissner. Beerdigung Dienstag, mittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Klingenbergstrasse 58, aus.

### Konsumentverein Leipzig-Plagwitz u. Umg.

E. G. m. b. H.

Am 1. Januar 1910 verstarb nach langerer Krankheit unsere Arbeiterin

Emilie Pauline verw. Meissner.

Sie war nahe am 18 Jahre für uns tätig; wir werden ihr immer ein ehrendes Andenken bewahren.

2. Plagwitz, den 1. Januar 1910.

Die Gesamtverwaltung.

[17]

### Vorsicht beim Einkauf!

Verlangen Sie stets ausdrücklich

### Mampe —

### Halb und Halb

mit dem Schimmelgespann.

Feinste Likör-Mischung. [21532\*]

Die Flasche kostet 1.75 Mark.

### Überall zu haben.

Weisen Sie minderwertige Nachahmungen zurück.

Engros-Lager für Mittel-Deutschland:

Emil Philipp Nachf., Leipzig

Pfaffendorfer Strasse 12. Telefon 13366.

## Politische Uebericht.

### Laband und die preußische Wahlreform.

Um die Wahlrechtsenquete, die das Berliner Tageblatt vor einiger Zeit in Szene gesetzt hatte, haben wir uns nicht weiter beflügelt, da sie außer vielleicht von der Redaktion des Blattes und einigen Mitarbeitern der Sozialistischen Monatshefte von niemandem ernst genommen wurde. Jetzt veröffentlicht nun Professor Laband in der Deutschen Juristenzeitung einen Artikel über die Wahlreform in Preußen, der insofern beanspruchen kann, ernster genommen zu werden, einmal weil Laband nicht dieser oder jener ist, sondern weil sich Laband nicht damit begnügt, seine Stellung zu irgend einer "zeitgemäßen" Reform des Wahlrechts festzustellen. Er gibt vielmehr eine ausführliche Darstellung des Bildes, wie er sich eine Wahlreform in Preußen denkt.

Über die Notwendigkeit der Reform verliert Laband kein Wort. Sie besteht "aus formellen und sachlichen Gründen". Die Reform selber will er folgendermaßen durchgeführt haben. Zunächst hat an die Stelle der offenen geheimen Wahl durch Stimmzettel zu treten. Auch die indirekte Wahl hat der direkten zu weichen. Ebenso sind die Stichwahlen zu befehligen, die den politischen Käufchendienst befördern. An ihre Stelle hat ein zweiter freier Wahlgang zu treten, bei dem die relative Mehrheit entscheidet, ein System, wie es in Frankreich und andern Staaten bereits besteht. Aber alle diese Verbesserungen des Wahlverfahrens treten an Bedeutung zurück hinter der Frage der Wahlberechtigung. Hier macht nun Laband weitläufige Ausführungen, die die Berechtigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für das Reich und seine Wahlberechtigung für Preußen darstellen sollen. Im Reiche entspreche dieses Wahlrecht der allgemeinen Dienstpflicht und den indirekten Steuern. In den Einzelstaaten bestehen aber weder das eine noch das andre. Sodann aber könnten zwei so impoante Versammlungen wie der Reichstag und der preußische Landtag, wenn sie beide auf dem gleichen Wahlrecht beruhten, zur Gefahr für das Reich werden.

Der Wille des Volkes ist wandelbar, und die Wahlen können trotz dem gleichen Wahlrecht ein verschiedenes Ergebnis haben, nicht nur im Reich wegen der Teilnahme der außerpatriotischen Bevölkerung an den Reichstagswahlen, sondern auch in Preußen selbst. Wenn im Reichstage eine Konservativ-sozialdemokratische, im preußischen Abgeordnetenhaus eine konservativ-liberale Mehrheit vorhanden ist, welche von beiden, aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Körperschaften würde dann den wahren Volkswillen repräsentieren? Müchte nicht das politische Ansehen des Reichstages erschüttert werden, wenn die während seiner Legislaturperiode vorgenommenen preußischen Landtagswahlen ein andres Bild der Partieverhältnisse ergeben? Die später gewählte Körperschaft würde sich den Vorwurf belegen, in Wahrheit dem gegenwärtigen Volkswillen zu entsprechen.

Wenn dem allgemeinen gleichen Wahlrecht keine andern Schwierigkeiten entgegenstehen! Der von Laband angedeuteten Gefahr könnte man durch häufige Wahlen — etwa alljährliche — entgegentreten. Aber wir brauchen die Bedenken Labands nicht widerlegen, da Laband selber sich von ihnen nicht beeinflussen lässt. Er kommt nämlich zu dem Schluss, daß das preußische Wahlrecht, wenn anders es die Unterdrückung einer einzelnen sozialen Klasse durch die andre verhindern soll, erstens allgemein und zweitens gleich sein muß. Von einer Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts, so schreibt er wörtlich, kann keine Rede sein, ganz abgesehen von der Erbitterung, welche sie zur Folge haben müßte." Und besonders interessant ist, was Laband gegen das ungleiche Wahlrecht sagt, Aussagen, die sich speziell unsre sächsische Regierung hinter die Ohren schreiben mag:

Wie steht es nun mit dem gleichen Wahlrecht? Man könnte daran denken, an Stelle des Dreiflächensystems das Plurawahlrecht zu sehen, was bekanntlich in einzelnen Staaten geschieht ist. Aber auch dieses ist eine Ungerechtigkeit, erzeugt in den Wählern, welche nur eine Stimme haben, das Gefühl der Zurückhaltung und ist willkürliche. Denn die Grünländer, aus welchen dem Wahlberechtigten 2, 3 oder 4 Stimmen beigelegt werden, beruhen auf den verschiedensten Erwägungen, können in ungemeiner Weise verzerrt werden und können zu den größten Unbilligkeiten führen. Je zahlreicher übrigens die Grünländer sind, aus denen eine zweite oder dritte Stimme gewährt wird, desto wirkungsloser ist dieses System. Auch das gleiche Wahlrecht darf daher nach meiner Ansicht nicht angestellt werden.

Als Korrektur nun dieses Majoritätssystems schlägt Laband die Proportionalwahl vor, also just das gleiche, was die Sozialdemokratie in ihrem Programm verlangt. Das ist für einen deutschen Professor schon alles mögliche, zumal für einen Laband, der nicht gerade im Rufe eines besonderen "Liberalismus" steht.

Wir geben, wie gesagt, nicht allzu viel darauf, was Deutschlands Hochschullehrer von den Forderungen des Tages und den Bedürfnissen der politischen Situation halten. Doch wenn sich, um mit der Neuen Zeit zu reden, unter diesen Büffeln einmal ein brauchbarer Gaul findet, auf dem sich reiten läßt, warum sollen wir uns nicht auf seinen Rücken schwingen? —

## Deutsches Reich.

### Eine Dusche

verabreicht die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den alldutschen Geoposteln. Sie bringt an der Spitze ihrer Sonnabendnummer die folgende, zweifellos vom Auswärtigen Amt stammende Juristenauffassung:

Die Tägliche Rundschau veröffentlicht unter der Überschrift *Civis Germanus sum?* eine Darstellung des Falles des Pflanzers Rudolf Hahn aus Venezuela, die einen Beweis dafür erbringen soll, daß das Auswärtige Amt deutsche Rechtsansprüche im Ausland schutzlos lasse. Der Artikel beginnt mit der Behauptung, die Firma Henschhausen in Tanger habe ihre Geschäfte an Franzosen veräußert, weil es sich für Deutsche nicht mehr lohnt, im Vertrauen auf den Schutz des Reiches zu arbeiten. Ferner wird gefragt, der Gesandte v. Pilgrim sei auf einen toten Winkel abgehoben und habe Caracas mit Göttingen vertauschen müssen, weil er sich in der Verteidigung deutscher Interessen zu starr gezeigt habe.

In Wirklichkeit hat Herr v. Pilgrim-Baltazzi, der nicht Gesandter, sondern interimsföderaler Geschäftsträger in Venezuela war, Caracas seinerzeit zugleich mit dem englischen Vertreter infolge des vorübergehenden Abrucks der diplomatischen Beziehungen verlassen und erhielt sodann unter

erheblichem Avancement den neu errichteten Posten eines Ministerresidenten in Göttingen. Der die Firma Henschhausen betreffenden Behauptung stellen wir die Tatsache gegenüber, daß gestern hier an amtlicher Stelle ein Telegramm eingegangen ist, in dem Herr Henschhausen durch Vermittlung des Kaiserlichen Gesandten in Tanger dem Auswärtigen Amt seinen Dank für die "häufigste tatkräftige und wertvolle Unterstützung" bei seinen Unternehmungen in Marokko ausspricht. Was den Fall Hahn anbelangt, so trifft es zu, daß dieser ungünstliche Mann auf Grund ärztlicher Gutachten vor kurzen zur Beobachtung seines Gesetzesstands in eine Irrenanstalt überführt worden ist. Die ärztlichen Gutachten kommen zu dem Ergebnis, daß Hahn an typischem Querulantenvirus erkrankt ist. Damit stimmt die Ansicht der ihm zunächst stehenden Personen überein, die ihn nach seinem ganzen Verhalten bei Verfolgung seiner Rechtsansprüche vor den venezolanischen Behörden wie auch vor den deutschen Behörden für geisteskrank halten.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung ist über diese amtliche Juristenauffassung wütend. Sie kündigt die Veröffentlichung weiterer Materials zu dem Fall Hahn an, das die Unfähigkeit des Auswärtigen Amtes darum soll, und wünscht dessen Leiter, dem Staatssekretär v. Schoen, zehn neue Orden, wenn er nur recht bald seinen Posten verlassen würde. Auch die Tägliche Rundschau zeigt sich natürlich wenig entzückt von der offiziösen Korrektur ihrer Behauptung. Sie antwortet mit einer Anzahl neuer Behauptungen zu dem Fall Hahn, die darum sollen, daß die deutsche Regierung die Rechte des Hahn gegen Venezuela nicht genügend gewahrt habe, während sie über die beiden zuerst aufgeführten Fälle mit einigen nichtssagenden Nebendarstellungen hinweggleitet.

Herr v. Schoen ergeht es überhaupt andauernd schlecht von seinen alldutschen Freunden. Auch die Mannesmann-Affäre will noch immer nicht zur Ruhe kommen. Auf die offiziöse Darstellung der Angelegenheit, von der wir dieser Tage Notiznahmen, antworten jetzt die zunächst Beteiligten mit einer längeren Erwiderung, in der sie dem Auswärtigen Amt vorwerfen, es habe "durch Entstehung der tatsächlichen Vorgänge" den Zweck verfolgt, "die klare Rechtslage zu verwirren und gegen unsre Konzessionen Stimmung zu machen". Das Berggesetz, auf dem die Mannesmannschen Konzessionen beruhen, sei 1907 von der deutschen Regierung selbst unter Juicing der bergtechnischen Abteilung des Handelsministeriums Punkt für Punkt ausgearbeitet und dann dem Sultan Abdul Hafiz zur Unterzeichnung vorgelegt worden. Bei dieser Ausarbeitung habe Herr Reinhard Mannesmann auf gemeinsamen Wunsch des damaligen Sultans und der deutschen Regierung, also nicht heimlich, als bergtechnischer und landeskundlicher Sachverständiger mitgewirkt. Nach dem Sturz Abdul Hafiz' seien dann die Bemühungen, das Berggesetz und damit die profitserhöhenden Konzessionen ins Trockne zu bringen, von den Brüdern Mannesmann fortgesetzt worden, und zwar mit Erfolg. Wörtlich heißt es dann in der Erwiderung weiter:

Noch bevor wir im Oktober 1908 die Annahme des Entwurfs mit unwesentlichen Abweichungen und damit die Legalisierung unsrer Konzessionen durch Mulay Hafid erreichten, hatten wir die deutsche Regierung von unsren Bemühungen unterrichtet, ohne daß die Regierung Einwendungen erhoben hätte. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Berggesetzes durch Mulay Hafid wurde dem Vertreter des Deutschen Reichs in Tanger ein Bevollmächtigter des Sultans der Inhalt des Berggesetzes mitgeteilt und augleich unsre Konzessionsurkunde deponiert. Im Dezember 1908 überreichten wir ferner dem Reichstanzler einen ausführlichen Bericht über unsre Tätigkeit in Marokko gleichzeitig mit der deutschen Übersetzung des marokkanischen Berggesetzes und unsrer Konzessionsurkunde. Somit ist der Vorwurf, wir hätten hinter dem Rücken unsrer Regierung uns Rechte gesichert, ebenso hallös, wie die Verdächtigung, unsre Konzession sei lediglich mit ein paar Paragraphen umrundet.

Diese Darstellung beweist nur von neuem, was wir schon früher schrieben, daß nämlich Herr v. Schoen die angeblichen oder wirklichen Rechte der Herren Mannesmann früher mit ganz andern Augen betrachtet hat als jetzt und daß er auch heute noch gern bereit sein würde — um der "nationalen Ehre" willen selbstverständlich — das Deutsche Reich zugunsten einiger kapitalistischer Freibeuter in neuem Abenteuer zu stützen, wenn diesmal nur nicht der Knüppel gar zu dicht beim Hunde läge.

### Schnusshut nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die ländlichen Arbeiter

bekunden wieder einmal die Agrarier. Wie eine Korrespondenz berichtet, hat sich auf Ersuchen des preußischen Landesökonomiekollegiums die Landwirtschaftskammer der Provinz Hannover statthaft mit dem Kontraktbruch ländlicher Arbeiter im Jahre 1908 beschäftigt. Aus den Erhebungen geht deutlich hervor, daß die kleinen Höfe und Wirtschaften wesentlich mehr unter den Nachteilen des Kontraktbruchs der Arbeiter leiden als die Großbetriebe. Im ganzen wurden von 10 000 Arbeitern, auf die Beug genommen wird, fast 9 Prozent kontraktbrüchig. Hieron entfielen auf den Großgrundbesitz von einheimischen Kontraktbrüchigen Arbeitern 3,57 Prozent, von ausländischen 11,8 Prozent. Die kleinen Höfe und Wirtschaften waren dagegen mit einem Prozentsatz von 10,58 und 35,08 Prozent betroffen. Wenn man aus diesen Feststellungen, die offenbar noch sehr der Nachprüfung bedürfen, überhaupt einen Schluss ziehen will, dann den, daß die Arbeitsverhältnisse bei den kleinen bäuerlichen Grundbesitzern für die ländlichen Arbeitskräfte noch viel miserabler sind als bei den Großgrundbesitzern, die durch ihre Humanität und Arbeitersympathie auch nicht gerade Verübungsfähigkeit erlangt haben. Ganz anders malt sich natürlich in den Köpfen unsrer Agrarier die Welt. Die erwähnte Korrespondenz teilt mit, daß die Ergebnisse der agrarischen Statistik „in beteiligten Kreisen wieder den Wunsch nach einer gesetzlichen Regelung des Kontraktbruchs für ländliche Arbeiter“ hätten regen werden lassen. Altenkirchen noch aber sei wenig Hoffnung vorhanden, daß man sich regierungsetzlich mit einem entsprechenden Gesetzentwurf beschäftigen wird. Im Jahre 1904 war (im preußischen Landtag) bereits ein Entwurf eingebracht worden, der in der Kommission stecken blieb. Der Minister erklärte damals, daß die Regierung einstweilen keinen Wert auf die Vorberatung lege. Ebenso hätten die dann angestellten Erörterungen keinen Inhalt dafür gegeben, daß eine gebedeckte Fortsetzung der gesetzgeberischen Aktion zu erwarten sei.

Wenn die preußische Junckerregierung so wenig Neigung zeigt, sich an einem Kontraktbruchgesetz die Finger zu verbrennen, so offenbar nur deshalb, weil sie sich doch nicht ganz und gar der Erkenntnis verschließen kann, daß diese Materie Reichsangelegenheit ist und ein gesetzgeberisches Vorgehen Preußens in der Richtung den schärfsten Protest hervorrufen müsse. Sie begrüßt sich deshalb vorläufig damit, die Schlinge des ebenfalls ungebrachten Legitimationsausweises für ausländische Arbeiter schärfster anzuziehen.

### Die Hamburger Auseinandersetzung der Ley Heine.

Die Hamburger Nationalliberalen haben, mit der Erzreaktion eng verbunden, einem Antrage des Dr. Moendeberg zugestimmt, in dem — wie Herr Moendeberg selbst erklärt — die erneute Vorlage der Ley Heine vom Jahre 1900 gefordert wird. Es wurde mit 80 gegen 40 Stimmen beschlossen, den Senat zu ersuchen, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß „zum Zweck

eines besseren Schutzes der Jugend die Bestimmungen der §§ 184 und 184 a und b des Strafgesetzbuches und §§ 56, 12 und 42 a der Reichsgewerbeordnung ergänzt und entsprechend erweitert werden“.

Denkt man an die konservativ-klerikale Mehrheit des Reichstages und an die Haltung der Nationalliberalen, so wird man der Hamburger Ley Heine einige Aussichten auf Erfolg zu erkennen müssen. Hoffentlich beginnt die Sittenrettung in — St. Pauli.

Berlin, 3. Januar. Wie offiziös versichert wird, soll noch im Januar dem Reichstage der Notenwechsel zu gestellt werden, durch den der Ende 1910 ablaufende Handels- und Schiffsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Schweden vom 8. Mai 1906 bis zum 1. Dezember 1911 verlängert worden ist. Die schwedische Regierung beabsichtigt angeblich, ihren neu ausgearbeiteten Zolltarif am 1. Dezember 1911 in Kraft treten zu lassen.

Trotz noch einer Novelle zum Talontenergesetz? Der Frankfurter Zeitung wird aus Berlin berichtet:

Eine hiesige Korrespondenz verbreitet die Nachricht, daß die Reichsregierung von der Einbringung eines Talontenergesetzes absehen würde, weil ein solches inzwischen durch die Vereinwilligkeit der Gesellschaften zur Zahlung der Talontener für vorzeitig ausgegebene Zinsbogen überflüssig geworden sei. Die Nachricht ist in dieser Form ungut zu lesen. Awar haben in der letzten Zeit wiederum einige größere Gesellschaften, für die erhebliche Steuerbeträge in Frage kommen, sich der Auflösung des Reichschausamts entzogen; immerhin fehlt noch eine Reihe kleinerer Gesellschaften.

Der Sinn dieser Notiz ist etwas sehr dunkel. Man weiß danach immer noch nicht, ob die Reichsregierung wirklich beabsichtigt, ihre und des Schnapsblocks Unfähigkeit in der Steuerfabrikation durch eine Novelle zum Talontenergesetze zu belegen, oder ob sie mit der Ankündigung eines eventuellen gesetzgeberischen Vorgehens nur die Steuerdrückeberger schrecken will, damit sie ihrer Steuerpflicht freiwillig nachkommen.

Vorbereitungen für die Staatsberatung. An den Beratungen über den Kolonialetat im Reichstag wird diesmal der Gouverneur von Ostafrika, Freiherr v. Meckenberg, teilnehmen. Er hat Ostafrika bereits am 10. Dezember verlassen und läuft Mitte Januar in Deutschland eintreffen. v. Meckenberg ist namentlich von den alldutschen Blättern in der schärfsten Weise angegriffen worden, weil er sich weigerte, die von den Farmern und Kolonialspkulanten geforderte Gewaltpolitik gegenüber den Eingeborenen widersprüchlich mitzumachen. Als sein Gegner läuft er im Reichstag der Reichsverbandsgeneral v. Liebert aufstreiten, der einige Jahre als Gouverneur von Ostafrika nicht gerade rühmlich gewirtschaftet, daß er aber als Aktionär einer Union von kolonialen Gesellschaften sich nachträglich noch die nötige „Sachkenntnis“ angeneigt hat.

Der Deutsche Bauernbund und die preußische Wahlreform. Der Bauernbund macht seinen Schöpfern nicht die erlöste Freude: er will nicht immer, wie sie wollen. Das Organ des Bundes veröffentlicht eine Mitteilung, in der sich die Bauernbündler entschieden gegen die auch von den Nationalliberalen geforderte Neuordnung der Wahlkreise wenden. Daß sie das Klassenwahlrecht weiter beibehalten wollen, wird ihren national-liberalen Weggefährten nur einigermaßen Trost zu gewähren vermögen, ebenso die Tatsache, daß die Bauernbündler die geheime Wahl im Interesse des ländlichen und städtischen Mittelstandes fordern. Die Nationalliberalen brauchen die Neuordnung der Wahlkreise, um einige Mandate herauszuwählen. Veragt der Bund in dieser Frage, so veragt er damit den Nationalliberalen — alles.

Die polnischen Abgeordneten Koriaty und Szyba sollen nach der Katowicer Zeitung vor ein Ehrengericht ihrer Partei berufen werden, weil sie sich durch ihr lästiges Verhalten einer groben Disziplinwidrigkeit gegen die polnische Fraktion schuldig gemacht haben sollen. Beide hatten in einer Versammlung das Verhalten ihrer Fraktionsgenossen Napierański, Kapita und Brandys einer absäßigen Kritik unterzogen und bekanntlich auch in ihrer Presse die Politik der Mehrheit ihrer Fraktion scharf angegriffen.

Es wird weiter gemahngestellt. Wie die bürgerliche Presse meldet, ist weiteren elf Postunterbeamten in Katowic, die bei der Stadtordnerwahl für die polnischen Kandidaten gestimmt, eröffnet worden, daß sie zum 1. Februar verfehrt werden.

Hoffentlich nehmen sich die reaktionären Parteien auch diese Maßregelung sorgfältig ad notam, damit sie um Material nicht verlegen sind, wenn es gilt, wieder einmal über den Terrorismus der — Sozialdemokratie zu zerren.

Belohnung für artige Kinder. Nach einem den Regierungspräsidenten fürlich übermittelten Erlass des Ministers des Innern ist der Mitgebrauch der litauischen Sprache in öffentlichen Versammlungen in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen gestattet, ohne daß es einer vorherigen Anzeige bei der Ordnungspolizeibehörde bedarf.

Zur Beschlagnahme russischer Depots. Die russische Regierung hat sich, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bestätigt, bereit erklärt, die Ansprüche des Herrn v. Hellsfeld durch ein Schiedsgericht festzustellen zu lassen.

Ein Handelsgeschäft. Zwischen der bayrischen Staatsregierung und dem Hause Thurn und Taxis soll ein Vertrag zustande gekommen sein, wonach dieses auf sein bisheriges Privileg der Portofreiheit verzichtet. Dafür soll der Fürst von Thurn und Taxis gewisse Ehrenrechte eingehandelt haben, die ihm am bayrischen Hofe eine bevorzugtere Stellung gewähren als bisher.

Das Privileg der Portofreiheit stand der Familie Thurn und Taxis bekanntlich noch von der Zeit her zu; wo der deutsche Postbetrieb in ihren Händen lag. Hoffentlich entschließt man sich nun auch endlich dazu, mit der Portofreiheit der deutschen Fürsten aufzuräumen.

gt. Das gute Herz als Hindernis sozialer Belästigung. Die Heranziehung der Frauen zur öffentlichen Armenfürsorge hatte die bayrische Regierung den Gemeinden nahegelegt. Nur wenige Gemeinden haben bis jetzt einen kleinen Anlauf nach dieser Richtung gemacht, die meisten verhalten sich ablehnend. Mit einer ganz sonderbaren Begründung verneinte der Stadtgemeinderat Würzburg die Anfrage der Regierung. Er erklärte die Heranziehung des weiblichen Elements deshalb für unangebracht, weil das gute Herz der Frau sie oft verhindere, den notwendigen Unterricht zwischen den Aufgaben der Armenfürsorge zu machen! — Die Würzburger Stadtvoide haben das richtige getroffen: für die Art Sozialpolitik, wie sie in Deutschland betrieben wird, ist ein gutes Herz nicht brauchbar.

Kleine politische Nachrichten. Zur endgültigen Festlegung der Kongostafelsgrenze gegenüber Deutsch-Ostafrika und Uganda wird am 6. Januar in Brüssel eine Konferenz zusammengetreten.

— Wie das neutrale Bureau erzählt, überreichte die chinesische Regierung dem portugiesischen Gesandten eine Note, worin sie in aller Form ablehnt, die Frage der Abgrenzung Macass

einem Schiedsgericht zu unterbreiten; diese Frage könne nur von China und Portugal entschieden werden. — Die portugiesische Cortes wurde am Sonntag vom König eröffnet. — Der schwedische Finanzminister teilte im Staatsrat mit, er werde im Reichstag die Erhöhung des Kassezolles um sechs Daler, von 12 auf 18 Daler pro Kilogramm, beantragen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wahrheit und Recht.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Agricola: Heute nachmittag wurden die wegen des Hochverrats verurteilten Serben auf den Beschluss des Kassationshofes aus der Haft entlassen, mit Ausnahme der Brüder Prizewitsch, die aus formalen Gründen in Haft bleiben müssen. Wahrscheinlich kostete die Septembervorlast das Urteil loszulassen.

Nach den Enthüllungen des Friedensprozesses verlor das Agricola Urteil auch den leichten Schein der Gesetzlichkeit und deshalb dürften die Hoffnungen der Frankfurter Zeitung voraussichtlich erfüllt werden. Interessanter ist, daß das ungarische offizielle Nachrichtenbureau bereits vor Monaten die Begnadigung der inhaftierten Serben der staunenden Welt gemeldet hatte —, und daß an dieser Begnadigung — wie nun erschlich — kein wahres Wort war.

## Rubland.

Geliebte Fürsten.

Petersburg, 3. Januar. Für die heutige Besetzung des Großfürsten Michael Nikolajewitsch sind ganz außerordentliche Vorsichtsmahregeln getroffen. Die Straßen, durch die der Leichenzug vom Nikolajabahnhof nach der Peter-Pauls-Kirche geht, werden von 7 Uhr früh ab gänzlich gesperrt. Den Ladenbesitzern wurde verboten, Fremde in ihre Geschäfte einzulassen. Dem Publikum wird nur gestattet, an den Bürgersteigen des Nevskiproletaria zu stehen, aber auf das strengste untersagt, dem Leichenzug zu folgen.

## Die russische Ordenshalle.

Petersburg, 3. Januar. Im Mästort des russischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten sind große Unterschleife festgestellt worden. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

## Karpow's Gehilfen.

Die liberale Russische Korrespondenz meldet: Der Tod, den der Polizeichef Karpow in seiner Provokationsrolle erlitten hat, lenkt wieder die Aufmerksamkeit auf die kleinen Loskopf, die der Staat für billiges Geld in Massen walten läßt. Einer der unzähligen Fälle, die jeden Tag zum Vorschein kommen, soll demnächst Gegenstand einer Interpellation in der Duma sein. Am 16. Juli 1908 fand bei einem Fabrikarbeiter Tokarew im Gouvernement Tschekaterinoslaw eine Hausdurchsuchung statt. Auf dem Tische Tokarew wurde dabei ein Säcken aufgefunden, in dem sich unter Gips und Mehl zwei Bomben und verschiedene Explosivstoffe befanden. Eine der Bomben war in Papier mit der Aufschrift "In Gori Boborykin eingewickelt". Darauf wurde auch bei Boborykin, der ebenfalls Vorstandsmitglied des professionellen Arbeiterverbandes war, eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die jedoch nichts an dem Tag brachte. Am 4. Juni kam die Sache vor das Kriegsgericht. Angeklagt waren Tokarew, Boborykin und noch ein Vorstandsmitglied desselben Verbandes Chorolsky, wegen Aufbewahrung von Explosivstoffen für terroristische Ziele". Die Verhandlung gegen Tokarew wurde infolge seiner Krankheit ausgesetzt. Chorolsky, der sich später als Polizeiaugen entpuppte, wurde freigelassen und Boborykin zu sechs Jahren Zwangsarbeit mit den üblichen Folgen verurteilt. Am 25. November 1908 kam nun auch die Sache Tokarew vor Gericht. Und das Kriegsgericht hat nicht nur den Tokarew freigelassen, sondern auch festgestellt, daß die Bombe und Explosivstoffe 2 bis 3 Stunden vor der Hausdurchsuchung vom Polizeiaugen Chorolsky in die Wohnung Tokarews während dessen Abwesenheit gebracht worden seien, so daß er nichts davon gewußt habe. Der unglückliche Boborykin war, wie schon erwähnt, in derselben Angelegenheit zu sechs Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

## Spanien.

Gärung.

Madrid, 3. Januar. Die Haltung der Arbeiterschaft Kataloniens gibt Anlaß zu Befürchtungen der Machthaber. Generalkapitän Wenler ist nach Barcelona abgereist, wo die Anarchisten im Zusammenhang mit der Proklamierung des Generalstreiks Meetings abhalten. Zweck der Bewegung ist, eine allgemeine Amnestie für die Verurteilten der Julikämpfe durchzuführen.

Madrid, 3. Januar. Anlässlich des mit Jahreswechsel erfolgenden Amtsantritts der neuen Munizipalräte kam es in Bilbao und mehreren benachbarten Orten zu Demonstrationen gegen die Reaktion. Die Gendarmerie griff ein, mehrere Personen wurden verletzt.

Madrid, 3. Januar. Zum Generalstreik in Barcelona wird gemeldet, daß mehrere große Getreidemagazine gezwungen worden sind, die Arbeit in ihren Betrieben einzustellen, was zur Verschlechterung der Situation beigetragen hat. Gegenwärtig ist es sehr schwer, aus Barcelona Nachrichten zu erhalten, da diejenigen alle Depeschen, welche über den Streik sprechen, zurückhält. Alle Truppen sind in den Kasernen konzentriert. Auch Verstärkungen von auswärts sind eingetroffen.

## Griechenland.

Die Kreise.

Athen, 2. Januar. Die durch die Demission des Ministers des Inneren Triantaphylllos am Sonnabend eingetretene Krise ist, wie hier verlautet, beigelegt. Der König bewog den Ministerpräsidenten Pavromichalis, der ursprünglich diese Demission nicht annehmen wollte, seine Einwilligung zu geben, da ein Rücktritt des gesamten Kabinetts wieder Schwierigkeiten nach sich gezogen hätte.

Die Kammer wird morgen ihre Arbeiten fortsetzen und bis zum Ende des Jahres (alten Stils) tagen, sie hat am 1. Januar den Gesetzentwurf betreffend das Zuckermonopol in dritter Lesung angenommen. Die Militärliga hat den Abgeordneten Rhalis und Theotolis Schreiben zugehen lassen, in denen die Bevollmächtigung der Militär- und Finanzreformen dringend verlangt wird. Rhalis und Theotolis haben zustimmend geantwortet.

## Nordamerika.

Vorbereitungen gegen Japan.

Washington, 31. Dezember. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der amerikanischen Interessen im fernsten Osten sowie aus technischen Gründen hat das Marindepartement beschlossen, die jetzige Pacificflotte in eine Asiatische und eine Pacificflotte zu teilen.

Berdammlungsurteile der „leidlich verübung“ Regierungsverordnung eingestimmt, die „guten Gründe“ der Dresdner Volkszeitung haben wir gewissermaßen übersehen. Es hat auch entdeckt, daß wir unser Standpunkt in dem zweiten Artikel, der sich gegen die Dresdner Volkszeitung richtete, bereits geändert haben. Wir sehen überparteiliche Wendungen hinweg und wenden uns zu den sachlichen Darlegungen unsres Bruderblatts.

Die Dresdner Volkszeitung schreibt, sie habe der Regierungsverordnung nicht eine Richtung gebende Tendenz beigegeben, sondern im Gegenteil verurteilt, daß die Regierung sich nicht lediglich darauf beschränkt habe, Richtlinien aufzustellen. Die Regierung habe bereits in einem Kommentar zu der Verordnung einen Juristiege gemacht. In dieser zweiten Auslassung der Regierung, die unser Parteiblatt wörtlich mitteilt, wird ausgeführt, daß die Verordnung von einem Teile der Presse falsch aufgefaßt worden sei, und daß sie keine Bestimmungen, sondern nur Grundsätze habe aufstellen wollen. Von den Aufsichtsbehörden wird sie, wie der Schneeberger Fall zeigt, trotz des Kommentars zu der Regierungsverordnung, mit positiven Charakter ausgestattet. Wir verurteilten das, unser Dresdner Parteiblatt jedoch billigte das Vorgehen des Zwicker Kreisausschusses. Darauf kommt es an, nicht wie die Verordnung aufzufassen ist. Uebrigens scheint auch die Zwicker Kreishauptmannschaft in diesem Falle, wenn die von uns in der letzten Nummer wiedergegebene Meldung des Vogtländischen Anzeigers richtig ist, den Beschluss des Zwicker Kreisausschusses, der die Anleihe zu dem Rathausbau nicht genehmigte, geändert zu haben.

Doch das ist ziemlich nebensächlich. Der strittige Punkt selbst ist der, ob die Gemeinden, wenn sie eine gefunde Finanzpolitik treiben wollen, Anleihen zu unproduktiven Zwecken, d. h. für Rathäuser, Schulhäuser usw., machen dürfen oder nicht. Wir meinen, daß es verkehrt wäre, unter allen Umständen diese Frage zu verneinen, weil wir es schlechterdings für ausgeschlossen halten, daß bei den ständig wachsenden Jahren die Ausgaben der Gemeinden Rathäuser, Schulhäuser, Krankenhäuser und ähnliche Bauten aus den regelmäßigen Steuern erbaut werden könnten. Wenn die Gemeinden, meint unser Dresdner Parteiblatt, für Schulbauten und die Errichtung neuer Verwaltungsgebäude keine ausreichenden Fonds haben, so liegt das nur an der kurzfristigen Finanzpolitik dieser Gemeinden. Als sprechendes Beispiel wird uns Dresden vorgeführt, das allein für Schulbauaufschulden jährlich mehr als 1½ Millionen Mark Zinsen aufzutragen müsse. Diese Zinsenlast werde noch um jährlich eine Million vermehrt, die für den nötigsten Bedarf an Schulhäusern verwendet werde. So seufzt die Stadt Dresden jetzt unter der antisemitisch-konservativen Zukunftspolitik der 90er Jahre. Kann das uns verlocken, eine solche Zukunftspolitik unverschuldeten Schuldenmacher zu befürworten, wir, die wir von den Gemeinden fordern, daß sie in Zukunft in umfassender Weise für Kulturaufgaben und das persönliche Wohl der Einwohner sorgen sollen? Niemand wird bei ruhiger Überlegung (!!) diese Frage mit Ja beantworten wollen. Wir Sozialdemokraten haben vielmehr alle Veranlassung, gegen die kurzfristige bürgerliche Finanzpolitik in den Gemeinden mit ihrer gemeingefährlichen Schuldenmacherei Front zu machen.

Unsre „ruhige Überlegung“ sagt uns dagegen, daß das Dresden Beispiel gar nichts beweist. Wenn in Dresden, einer Stadt mit jetzt weit über 500 000 Einwohnern, jährlich allein 1½ Millionen Mark Zinsen für Schulbauzinsen aufgebracht werden müssen, so ist das allerdings ein Beweis für eine ziemlich schlampige Finanzierung. Mit 1½ Millionen Mark können, wie unser Parteiblatt richtig sagt, in einem Jahre beinahe ein paar Schulhäuser gebaut werden. Aber Dresden ist eben, wie es gelag, eine Stadt von über 500 000 Einwohnern. In einer kleineren Stadt mit 50 000 Einwohnern, die nicht nur verhältnismäßig weniger, sondern in der Regel auch schwächer Steuerkräfte hat, sieht die Sache schon anders aus. Und aus armen Landgemeinden wissen wir, daß sie häufig nicht in der Lage sind, ihre laufenden Schulausgaben aufzubringen, viel weniger dazu auch noch ein neues Schulhaus, auch wenn es lange nicht so viel kostet, wie in einer Großstadt, aufzubringen. Die Dresdner Volkszeitung allerdings meint, daß in solchen Fällen der Staat mit ausreichenden Unterstützungen eingreifen müsse. Da aber die Ausgaben in einem Gemeinwesen auch relativ um so schneller wachsen, je größer das Gemeinwesen ist, so ist gar nicht daran zu denken, daß der Staat bei seiner chronischen Finanznot den armen Gemeinden mit solchen Unterstützungen in ausreichendem Maße aufwarten könnte. Große Städte brauchen aber nicht nur Schulhäuser, sondern auch Rathäuser, Krankenhäuser usw., und solche Bauten kosten bekanntlich mehr als Schulhäuser. Wir haben darauf hingewiesen, daß das Leipziger Rathaus 8 Millionen Mark gekostet hat, das neue Leipziger Krankenhaus 2½ Millionen Mark beansprucht wird, die Leipziger Bahnhofsgebäude verschlingen alles in allem wohl an 20 Millionen allein aus Gemeindemitteln. Das sind alles Anlagen, die auf Generationen hinaus ihrem Zwecke dienen bestimmt sind. Nun werden ja allerdings derartige Summen ratenweise in mehreren Jahren beansprucht. Indes ist es auch den größten Gemeinwesen nicht möglich, solche Summen aus laufenden Mitteln aufzubringen. Hier geht es in den meisten Fällen auch bei der wirtschaftlichsten Finanzierung ohne Anleihen schlechterdings nicht. Wenn diese Anleihen entsprechend amortisiert werden, ist das auch kein Schaden für eine Gemeinde.

Rekapitulieren wir: So wünschenswert es ist, daß Ausgaben zu unproduktiven Zwecken nicht auf Anleihen genommen werden, so wird ein solcher Grundsatz doch nicht unter allen Umständen durchführbar sein. Hier wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein. Wenn die Regierung mit ihrer Verordnung nur vor einer ungefundenen Schuldenwirtschaft warnen wollte, so ließe sich gegen diese Verordnung an sich nichts einwenden. Die Anwendung der Verordnung aber durch den Zwicker Kreisausschuß im Schneeberger Fall zeigt, daß sie von den Aufsichtsbehörden nicht in diesem Sinne aufgefaßt wird. Und die Auslegung der Verordnung speziell durch die Zwicker Behörde hat nicht nur unsre, sondern alle gemeine Misbilligung gefunden. Ja, für unsre Auffassung spricht sogar der Kommentar der Regierung zu den Anleihen ihrer eigenen Verordnung.

## Kadavergehorsam

m. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Reservist Ulrich erhielt im Wahl v. X. vom Dresdner Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, sich im Juni zu einer 14 tägigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde er infolge chronischer Magenkatarrhs bettlägerig; es war ihm diesbezüglich nicht möglich, sich rechtzeitig einzufinden. Der Res

der Landstrassen von 1000 auf 2000 M. erhöht worden. In der Hauptfache wird die Bezirkssteuer verwandt zur Bildung dreier Fonds, für die jährlich 8000 M. zurücksgelegt werden, sobann erhalten die Gemeinden an Begebauhilfen jährlich rund 7000 Mark mehr als früher. Dr. Dertel nannte die Steuer ein Unrecht und wies darauf hin, daß die Stadt Bittau einmal aus dem Bezirk ausscheiden werde und dann die aufgespeicherten Fonds zwischen Stadt und Land geteilt werden müßten, und zwar nach dem Steuersuße. Diesen Hinweis nahm allerdings der Amtshauptmann nicht tragisch, da er weiß, daß die Regierung gar nicht daran denkt, weitere Städte aus den Bezirksverbänden herauszulassen, bevor sie es auf circa 100 000 Einwohner gebracht haben, und dann auch nur, wenn sie sich zu großen Dotations für die Bezirke verstehen, von denen sie sich trennen wollen. Ein Antrag Dertels, die Bezirkssteuer auf 8000 M. herabzusehen, weil lediglich die Fürsorgeerziehung als neue Last des Bezirksverbands in dieser Höhe in Betracht komme, wurde mit allen Stimmen gegen diejenigen der Vertreter der Stadt Bittau abgelehnt. Auch zwei Herren aus Bittau stimmten mit der ländlichen Mehrheit.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Einen längeren Aufenthalt mußte der nachmittags 4 Uhr 24 Minuten von Görlitz nach Löbau abfahrende Personenzug in der Station Reichenbach (O.-D.) nehmen. Die Ursache war, wie man später erfährt, darin zu suchen, daß in Löbau, wahrscheinlich durch den um diese Zeit losbrechenden Sturm, eine Lori abgetrieben worden war, welche auf der Strecke nach Görlitz zu weiterfahrt und erst wieder aufgefangen werden mußte, weil diese sonst dem Personenzug gefährlich werden könnte. — In Cospitz in der sächsischen Schweiz lag ein älterer Herr mit einer jungen Dame im Hotel ab, der sich tot in Bett aufgefunden wurde. Ein Herzschlag wurde als Todesursache konstatiert. Die Begleiterin reiste, ohne ihren Namen anzugeben, ab. — Verunglückt ist der neunjährige Sohn des Holzarbeiters Oswald Kleckling in Oberoderwitz. Er schritt sich beim Aufschneiden von Treibgarn so unglücklich ins rechte Auge, daß dessen Kraft wohl verloren gehen dürfte. — Auf dem Sogenannten Gottes-Tisch in Deuben wurden in vorangegangener Nacht zwei Bergleute durch hereinbrechende Kohlen verschüttet. Während der eine mit leichten Hautabschürfungen davonging, mußte der andre schwerverletzt ins Knappenhäuschen-Krankenhaus gebracht werden. — Als Freitag abend ein mit 4 Pferden bespannter leerer Möbeltransportwagen in Chemnitz die Reichenhainer Straße entlang fuhr, schleuderten die Pferde und gingen durch. Der Geschilderfahre wurde vom Rutschbord herabgeschleudert und etwa 10 Meter weit mit Kopfschleift und kam dann so zu liegen, daß die beiden rechten Närder des schweren Wagens über ihm hinweggingen. Durch zwei hinzugekommene Schuhleute wurde der Bedauernswerte in bestunnunglosem Zustande nach der Polizeiwache des Südbahnhofs getragen. — Der Bergarbeiter Ott aus Osenthal ist in der Wulze ertrunken. Ob Unfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht aufgelistet. — In dem Unbekannten, der sich in Cainsdorf von einem Eisenbahngespann hat überfahren lassen, ist der 18 Jahre alte Böhmische Berthold aus Planitz ermordet worden. — Freiwillig in den Tod gegangen ist die 28jährige Städteleiterin-Cheffrau Schmidt in Plauen. Sie sprang in den Mühlgraben und ertrank. Die Leiche wurde heute geborgen. Die Frau, die außer ihrem Mann noch zwei Kinder hinterläßt, hat die Tat in einem Anfälle von Schwermut ausgeführt. — Am Donnerstagabend wurde ein aus Borna gebürtiger Brotkutscher auf dem Heimweg zwischen Sonnewitz und Kleinragow bei Oschatz überfallen und durch Steinwürfe schwer am Kopfe verletzt. Gegen die Annahme, daß es sich um einen Raubanschlag handle, scheint der Umstand zu sprechen, daß bei dem überfallenen Kutscher das Geld, das er bei sich führte, unvermindert vorgesunden wurde. Vom Täter fehlt jede Spur.

## Hus der Nachbargebieten.

**st. Aus Thüringen.** Die dritte Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in den Thüringer Kleinstaaten tagte am 2. Januar in Gotha. In den sieben Kleinstaaten, in deren Landtagen Sozialdemokraten sitzen, hat sich die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten von 30 auf 33 im letzten Jahre erhöht. Von diesen waren 28 erschienen. Genosse Molkenbuhr als Vertreter des Parteivorstands und Genosse Betsch als der einzige Thüringer Reichstagsabgeordnete nahmen ebenfalls an den sehr interessanten Verhandlungen teil. — Einen weiten Raum in der Debatte nahm die Meininger Hofsängerfrage ein. Nach eingehender Aussprache und weiterer Auflösung durch die anwesenden Meininger Abgeordneten fand diese Angelegenheit ihre Erledigung. — Über die Einwirkung einer erhöhten Reichsverbahts- und einer Erdbebahtssteuer auf die Finanzlage der Thüringer Kleinstaaten sprach Abg. Böck-Gotha. In der Debatte über diesen Punkt wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch die Reichsverbahtssteuer den Kleinstaaten eine gute Einnahmequelle verhindert worden sei. Eine einstimmig angenommene Resolution wendet sich gegen die Hurrapolitik des Reiches und erblidt die beste Finanzreform in der Einschränkung der Flottenrüstungen und Verkürzung der Dienstzeit im Heere. — Naturalisation und Staatsangehörigkeit lautete der weitere Punkt der Tagesordnung, über den Abg. Bauer-Welmar sprach. Es wurden hierbei die Schwierigkeiten erörtert, die gerade bei der politischen Terriftenheit Thüringen sich bei der Erwerbung dieser Rechte oft bemerkbar machen. — Die Domänenfrage in den Thür. Kleinstaaten wurde unter Behandlung der Verhältnisse in Meiningen vom Abg. Knauer-Sonneberg erörtert. Bei der außergewöhnlichen Wichtigkeit dieser Frage kam schließlich die Konferenz zu dem Beschluss, diese Angelegenheit eingehender auf der nächsten Konferenz, unter Berücksichtigung der einschlägigen Verhältnisse in den einzelnen Ländern, durch den Abg. Höfmann-Saalfeld behandeln zu lassen. — Eine sehr interessante Debatte reichte sich an den Punkt: Grund- oder Vermögenssteuer. Abg. Bettelein-Gera konnte sich mit der Forderung: Aufhebung der Grundsteuer nicht vollständig einverstanden erklären, da ja eine Klärung dieser Frage noch nicht erfolgt sei. Entgegengesetzter Ansicht waren eine Anzahl der übrigen Abgeordneten, weil sie die Art und Weise der bisherigen Grundsteuererhebung als eine ungerechte betrachten. Schließlich einigte man sich dahin, daß für die Aufhebung der Grundsteuer einzutreten ist, sofern ein Erfolg durch andre Steuern, die von der besitzenden Klasse getragen werden, geschaffen wird. Die nächste Konferenz soll im Jahre 1911 in Gera stattfinden.

**Erfurt.** Die steuergeschebberische Pflichtarbeit des Pottentotenblöds wird auch durch folgenden Vorgang beleuchtet: Die Stadtverordneten nahmen einen Magistratsantrag an, nach dem die Talonsteuer für städtische Anleihen auf die Stadt übernommen wird. In der Vorlage des Magistrats wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Tendenz der parlamentarischen Verhandlungen, die doch darauf gerichtet gewesen sei, mit der Talonsteuer eine Besteuerung zu schaffen, bei der Durchführung des Gesetzes in Gegen teil verkehrt wurde. Denn mit der Bestimmung, daß die Stempelabgabe vom Ausgeber des Zinsbogens getragen werden müsse, legte man die Steuerlast nicht dem Gläubiger, sondern dem Schulden auf. — In einer großen Gemeinde mußte die famose Talonsteuer auf die Gemeindeklasse übernommen werden. Ungerecht und miserabel, das ist die einzige zulässige Note für die Steuermacherel des Blocks.

**Kloster-Mansfeld.** Am Donnerstag abend explodierte in dem Hause des Betriebsleiters des Bierkesschachts, Obersteiger-Schimph, eine Dynamitpatrone. Durch den Aufdruck wurden einige Fensterscheiben zertrümmt. Die mit einer Blindschurz verkleidete Patrone muß von einer vorübergehenden Person an das Haus geworfen worden sein. Der Täter ist unbekannt.

**Halle a. S.** Dieser Ausehnung lohnt sich. Der Saalzeitung ist ein Vertrag vorgelegt worden, wonach sich die Direktion des Walhallatheaters verpflichtet, dem Impresario des Schimpfens Moritz I. für ein halbjährliches Gastspiel eine Gage von 6000 M. zu zahlen. Der gelehrte Ausehnung muß sich jeden Abend in allerlei Künsten produzieren. Ein Spielhonorar von 100 M. pro Abend für einen Aufführung ist sicher ein Rekord.

## Hus der Partei.

**a. Ein Breslauer Polizeistreich.** Am Neujahrstage veranstaltete der Breslauer Sozialdemokratische Verein eine Feier zum Jubiläum seines 20jährigen Bestehens. Auf dem Festprogramm stand als gemeinschaftlicher Gesang das Lied: „Wer schafft das Gold zutage“. Die Polizei erhob aber Einspruch gegen diesen Gesang und drohte mit einer Anklage wegen Anregung zu Gewalttätigkeit! Der gemeinschaftliche Gesang mußte deshalb unterbleiben. — Der Breslauer Geist wurde auch im Laufe der Feier durch den Festredner, Genosse Schiß, gelegentlich. Danach wurden im Laufe der letzten 19 Jahre über Polizeibedienstete 12%, Jahre Gefängnis und über 4000 M. Geldstrafe verhängt.

**gt. Von der Parteipresse.** In der Redaktion der Frankfurter Tagesspost in Altenberg treten einige Veränderungen ein. Am

1. Januar ist der erste politische Redakteur Genosse Dr. Weill ausgeschieden, um wieder nach Straßburg überzusiedeln und dort als freier Schriftsteller zu leben. In seine Stelle ist Genosse Bernstein, bisher in Gablonz in Österreich, getreten. Genosse Erwin Barth, der jüngst eine schwindelige Gefängnisstrafe wegen Offiziersbeleidigung verbüßt, wird ebenfalls Altenberg verlassen und in die Redaktion des Sachsen-Volksblattes in Döbeln eintreten.

**Sozialdemokratische Balkankonferenz.** Die serbische sozialdemokratische Partei und die bulgarische sozialdemokratische Arbeiterpartei sind überkommen, eine sozialdemokratische Balkankonferenz einzuberufen. Dieselbe tagt in Belgrad am 7., 8. und 9. Januar. Neben den Vertretern der genannten Parteien sollen die Delegierten der rumänischen Genossen, der sozialdemokratischen Gruppen aller Nationen in der Türkei (Türken, Serben, Bulgaren, Griechen, Armenier), der Genossen in Griechenland und Montenegro und der südslawischen Parteien in Österreich-Ungarn sich beteiligen. Die Konferenz wird der Besprechung der Zustände und Verhältnisse im Südosten Europas, besonders auf dem Balkan gewidmet sein. Der erste Punkt der Tagesordnung ist: Balkanfrage und Sozialdemokratie; der zweite: Das Verhältnis der Arbeiterbewegungen in diesen Ländern zueinander.

**Feier vor seinen Wählern.** Vor einem Wahlkreislongress hat Ferri am 28. Dezember seinen Wählern Menschenhaft über seine Haltung abgelegt. In einer mehrstündigen Rede griff er einige Genossen der Parlamentsfraktion in der allerersten Weise an, indem er sie als giftige Schlangen, lässende Löter usw. bezeichnete. Die erwarteten Anklagen über die Giolittifreundlichkeit der Fraktion bescherten sich auf alte und bekannte Dinge, wie auf einen Besuch Turatis in Giolittis Landhaus, auf eine Bemerkung der Critica Sociale, die eine Proletariermeile nicht dem Ministerium, sondern einer „verirrten Angel“ zur Last legte, auf die notorisch energielose Haltung der Fraktion bei der Verbilligung der neuen Militärausgaben usw. Zum Fall Bettolo begnügte sich Ferri zu bemerken, daß Turati vor dem Kriegsgericht im Jahre 1898 seine Überzeugung verlängert hätte, ohne daß ihm die Partei daraus einen Vorwurf gemacht hat. Ihm, Ferri, wollte man aber gar nichts zugute halten. Mit merkwürdiger Inkonsistenz erhob er gegen die Reformisten den Vorwurf, ihm während des Prozesses Bettolo nicht unterstellt zu haben und wiederholte dann, daß er den Marineminister persönlich für einen Ehrenmann hält. Die lange Rede endete mit der Frage: „Hebt jetzt Ihr selbst, Freunde und Genossen, die Ihr mich seit 23 Jahren kennt, ob Ihr mich für fähig hältst, die sozialdemokratische Partei zu vertreten?“

Da es sich in Wirklichkeit gar nicht darum drehte, ob Ferri die Partei verraten hat oder nicht, sondern er sich lediglich von dem Vorwurf charakterlosen Opportunismus reinigen sollte, scheint uns die ganze Angelegenheit durch die Rede von Suzara wenig gesordert. Es ist nicht einzusehen, weshalb der ministerielle Reformismus im Unrecht sein sollte, wenn Giolitti, und im Rechte, wenn Sonnino am Ruder ist. Daß hier ein grundsgäzlicher Unterschied vorliegt, hätte Ferri beweisen und nicht voraussehen müssen. Trotz der offenkundigen Lücken in Ferris Rede nahm der Kongress eine Tagesordnung an, die seine Erklärung, sich der Parteidisziplin zu beugen, zur Kenntnis nimmt, die Frage des Ministerialismus dem Partietag zur Entscheidung überläßt, die ferner die Überzeugung ausspricht, daß Ferri's Tätigkeit lediglich auf die Verteidigung der Klasseninteressen der Arbeiterschaft gerichtet sei und ihm schließlich das Vertrauen seiner Wählerschaft bestätigt. Wie sich Ferri nach seinem Austritt aus der Parlamentsfraktion in Einklang mit der Parteidisziplin sehen will, ist schwer zu verstehen. Mit dem Besluß, die prinzipielle Entscheidung über den Ministerialismus der einzigen zuständigen Instanz, dem Partietag, zu überweisen, hat der Wahlkreislongress jedoch recht getan.

## Eingelaufene Schriften.

**Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer).** Ist soeben das 14. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Immer langsam voran. — Zum preußischen Partietag. Von Hans Bloch. — Zur Methode der politischen Ökonomie. Von Gustav Eichstein. (Schluß.) — Eine Geschichte der Jesuiten. Von Hermann Wendel. — Die neue Fernsprechgebührenordnung. Von Richard Wagner. — Literarische Rundschau: Räte Schimph, Die moderne Frauenbewegung. Kamill Theimer, Frauenarbeit in Österreich. Von Th. Sch. — Notizen: Arbeiterbildungsbüro auf dem Lande. Von Ludwig Andresen. — Zeitschriftenschaup.

**Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 8.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.**

**Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.**

**Die Neujahrsnummer des Wahrs Jacob ist soeben 16 Seiten stark erschienen.**

**Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteur zu beziehen.**

**Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns seelen Nr. 7 des 20. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Kampf voran! — Heft erst reicht die Ausnahmewirtschaft. Von gl. — Die persönlichen Verhältnisse der Ehe. I. Von Ernst Oberholzer. — Der fünfte Kongress sinnlicher Proletarierinnen. Von M. M. — Frauennot und Frauenarbeit in Mittelalter. Von K. — Freiwill. Von M. Kt. — Neuhausarbeit einer Arbeiterin. Von R. S. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Das Frauenwahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. — Bremer Frauenchor. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von Hj. — Die Geisselinnen von Linde im Kampf für das Organisationsrecht der Fleischergesellen. — Notizteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Verschiedenes. — Zur Beachtung.**

**Für unsre Mütter und Haushfrauen: Jahrwende. Von Klara Müller. — Die Ernährungsweise der Naturvölker. Von Hannah Lewin-Dörfel. — Kampf gegen die Unterernährung im Haushalt. Von M. Kt. — Die Mutter als Erzieherin. — Hygiene. — Feuilleton: Aus: Unser Kraft. Von Böhrner-Böhrnerin Böhrner.**

**Für unsre Kinder: Neujahrswünsch. Von Ludwig Uhland. (Gedicht.) — Um die wölfte Stunde. Von Ulrich Brand. — Neujahr in der Druckerei. Von ed. — Johanna Sebus. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht.) — Etwas über die Entstehung der Schrift. Von Anna Blos. — Der Vater und der Sohn. — Herr Spah. Von Emma Döhl. (Gedicht.)**

**Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgebühr 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2.80 Mark.**

**Zentralblatt der Reichsversicherung, Zeitschrift für sozialrechtliche und sozialmedizinische Fragen. Herausgeber: Professor Dr. Ettore Semlo, Bonn, Verlag: Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a. M.**

## Auskunft in Rechtsfragen.

Bei allen Anfragen an die Redaktion ist die Abonnement-  
quittung vom letzten Quartal mit einzusenden. Anfragen,  
denen die Quittung nicht beigelegt ist, werden nicht beantwortet.  
A. A. 1. Wenn diese Extraleistungen nicht vereinbart sind,  
hat der Vermieter keinen Anspruch darauf. Wenn Ihnen durch  
die Maßregeln des Hausherrn Schaden entsteht, können Sie  
Schadenersatz verlangen. 2. Sie sind nur verpflichtet, etwaigen  
Mietsturz den Zutritt zur Richtigstellung zu gestatten. Der  
Mietsturz hat, so lange Sie einen Rechtsanspruch auf die Wohnung  
haben, nicht darüber zu verfügen.

A. C. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

A. H. 28. 1. Wenn die Gegenstände zum Erwerb notwendig  
sind, können sie nicht gespäntet werden. 2. Der Vermieter kann  
sofort auf Räumung der Wohnung klagen.

A. G. 102. In diesem Falle fällt Ihnen die Hälfte des  
Rücklosses zu.

A. A. 11. Am besten ist, Sie klagen gegen H. auf Erfüllung  
der eingegangenen Verpflichtung. Über das Soja können Sie  
nicht nach Belieben verfügen. Stellen Sie es H. zur Verfügung.  
Sollte Ihnen durch eine Verzögerung weiter Schaden entstehen,  
haben Sie Anspruch auf Entschädigung.

30. Der Freimaurerbund ist nach dem 18. Jahrhundert  
aus den Brüderchaften der Steinmeier und deren Bauhütten

hervorgegangen und ist eine geschlossene Gesellschaft, die sich  
hauptsächlich auf gegenseitige Unterstützung beschränkt. Mit der  
Religion hat der Bund nichts zu tun.

A. B. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

## Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Gebäcktypus): Kuchen mit Mandelkern.

Speiseanstalt II (Zubereitung): Kartoffelschalen und Möhren mit Mandelkern.

Speiseanstalt III (Milchtypus): Weißkraut mit Schinken.

Speiseanstalt IV (Brotzeitrezepte): Brotzeit mit Mandelkern.

Speiseanstalt V (Würzer Sir.): Milchsuppe mit Mandelkern.

Speiseanstalt VI (Kraut. Hähnchen Sir.): Weißkraut mit Mandelkern.



# Nickau-Biere

ringfrei

führen sich wegen vorzüglicher Qualität  
und Bekömmlichkeit immer mehr ein.



## Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag, den 2. Januar: 2. Abonnement-Vorstellung (2. Seite, rot):

### Der Biberpelz.

Eine Liebesgeschichte in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.

Regie: Oberregisseur Dolmetscher.

o. Wehrhahn, Amis. Dr. Demme  
Herrlicher, Rentier Dr. Guib  
Doktor Fleisch Dr. Decart  
Hilfsw., dessen Sohn Edith Althe  
Motes Dr. Bellermann  
Krau Motes Dr. Schippang  
Glaeserh., Amis. Dr. Schippan  
Schreiber Dr. Heiden  
Der des Geschehens Paufe nach dem 2. Akt.

Eintritt 5 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Chauspiel-Welt.**  
Spielplan: Dienstag, Carmen. Anfang 7 Uhr.

### Altes Theater.

Montag, den 2. Januar, abends 10 Uhr:

### Die geschilderte Frau.

Operette in 3 Akten von Victor Leon. Musik von Leo Fall.  
Regie: Oberregisseur Karl. — Staatliche Zeitung: Kommissar Hindenbusch.

Karel van Delfswege, Dr. Einwells  
Hofsekretär Dr. Einwells  
Jano, seine Frau Dr. Einwells  
Vater, seine Tochter Dr. Einwells

Wieder, seine Ehefrau Dr. Einwells  
ihre Tochter Dr. Einwells  
Herrlicher, General-  
direktor der Schaf-  
wagen-Gefellschaft

in Brüssel Dr. Haas  
Von der Zoo Dr. Haas  
Königshaus der Stadt Dr. Haas

Von drei Monaten später in der Villa Delfswege in Amsterdam, der 2. Mittwoch, 10 Uhr.

einen Tag später auf der Armee in Waffam.

Tänze und Evolutionen arrangiert von Oberregisseur Karl.

Paufen nach dem 1. und 2. Akt.

Eintritt 7 Uhr. Anfang 9 Uhr. Ende 11 Uhr. **Gewöhnliche Preise.**

Spielplan: Dienstag: Der schicke Ruf; Nur ein Traum. Anfang 7 Uhr.

### Rechtsstaat u. Klassenjustiz

von Dr. Karl Liebknecht.

Preis 20 Pf.

Volksbuchhandlung Leipzig

Tauchaer Straße 19/21.

### Religion Sozialismus

und von Dr. Panekot

Preis 30 Pf.

Volksbuchhandlung Leipzig

Tauchaer Straße 19/21.

## Krystall-Palast-Theater

### Gänzlich neuer Spielplan.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Januar Battenberg. Januar 1910.

### Hans Hauser

Humorist.

### Acosta

Jongleur.

Miss Victoria, Trapezkünstlerin.

Anny Hiller, Soubrette.

Horace Goldin

## Jeanne Fransioli

König aller Illusionisten.

Charles Pauly, Tierstimmen-Imitator.

American Biograph, Neue Serie.

Truppe Welson

### Dort & Leonard

Excentrics.

Battenberg-Theater

Heute: Abends 8 1/2 Uhr: Husarenfeier. Lustspiel in 4 Akten.

Morgen: Abends 8 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Schwank.

Verkauf ausserer Billette bei Franz Stein, Markt 16, und Paul Pfügner, neben Battenberg.

## Verein für Mutterschutz

Auskunftsstelle:  
Grimmaischer  
Steinweg 6, II.

Sprechstunden: Montag, Mittwoch, Freitag (v. 10—12 Uhr)  
erteilt echlichen und unechten Müttern Rat und gibt in ge-  
eigneten Fällen Unterstüzung.

Bürgerliches Gesetzbuch. Goethe. Faust I. und II. Teil, in  
30 Pf. Goethe. Faust I. und II. Teil, in  
Volksbuchhd. Leipzig u. Filialen. Volksbuchhd. Leipzig und Filialen.

# „Das gute Riebeck-Bier.“

## Kleiner Anzeiger.

### Vermietungen.

#### Westen.

Plagwitz, Lauohstädter Str. 48, pt.,  
Logis, 2 Stu., 2 Ra. u. Küb, 320 M.,  
zum 1. 4. 10 s. verm. Zu erf. I. I.

475 Mk. sechöni-  
Eckwohnung.\*

Marktstr. 10 sofort.

#### Großzschocher.

Wohnungen in allen Preisl., v.  
270 M. an, per sofort ob. später zu  
verm. Land- u. Baugeschäft, Groß-  
zschocher, m. b. H., Herm., Beyer, St. 2.  
Knautekleberg, Leipzig, Str. 7,  
Logis zum 1. April zu verm.  
Elzsch., Windorf, Str. 82c, III., Ede-  
Klarstr., Schloßstr. i. Herrn bld. a.v.

#### Norden.

In Schkeuditz  
find in neuen Häusern modern  
eingekleidete [1418\*]

Wohnungen  
im Preise von  
**240—750 Mk.**

zu vermieten.

Näheres durch den Hausver-  
walter K. Berthold, Schkeuditz,  
Wilhelmstraße 30 a.

### Vorkäufe und Käufe.

Hasenklein, Kochfleisch,  
täglich frisch [23-120]  
Wihandlung Kolonnadenstr. 27.

Möbel billig, Teilzahlung gestatt.  
St. M., Merseburger St. 62.

### Handler

für Vanille u. Mürbtkäuse  
gef. Wer üb. 10 Ml. verfügt,  
kann schon bezahlen. hoher  
Verdienst. Off. u. Dr. 2295  
an die Exped. d. VI. [1293\*]

F.über 10.4. Frak. Windmühle 14.11.

### Totaler Ausverkauf

Eisenbahnstr. 128  
zu noch nie dagewesenen billigen  
Preisen der noch vorhand. Waren.

Haus- und Küchengeräte

Puppen und Spielwaren etc.

Die Laden-Einrichtung, Schau-

kästen und Gaslaternen sehr billig.

+ Hygien. Frauenartikel +

sowie Brotz., Kinderkleider u. klein

Ende 30 J., bei Warenhaus unionist.

Auf Bestellung kommt ins Haus.

K. Otto, Sch., Seumestr. 88, pt.

### Monatsgarderobe

v. Kavalieren, Herrschaften,  
nach Maß gearbeitet, wenig  
getragen, Pälzots, Jackett.,  
Rock- u. Frack-Anzüge, alle  
Weiten, à 6, 10, 16, 22 J.,

ebenso moderne Damen-

kleider spottbillig nur bei

Ebel Hanst. Steinw. 13, L.

Freundl. Besuch ohne Kauf-  
zwang erb. — Sonnabends

bis 6 Uhr abends geschlossen.

### Küchen-Handtücher

grau, gefäumt, à Stück 30 Pf.  
Elseab. Heldorn, Dorotheenstr. 2.

### Reelle neue Betten

Gebett 12.50, 14, 18, 25, 38 M.,  
b. Selmar Kraft, Lindenau, Markt

Nene u. gebr. Möb. v. k. p. bill. [098\*]

Neu-Mockau, Grunertstr. 10. Nähe

an die Exped. d. VI. [1293\*]

Sofa, Schrank, Spiegel u. a.

Sofa mit gefülltem Bezug, neu,

Matratze, 88×177, gebr., wie neu,

bill. z. verf. Schl., Dammstr. 4, II.

F.über 10.4. Frak. Windmühle 14.11.

Orchestrions

in Miete und Verkauf.  
25428\* Klostergasse 3, I. Etage.

Sprechen, m. Pl. 12 M., neue 25 cm

Doppelpl. à 90 Pf. Körnerstr. 1, I. \*

Fast neue Webers Reformzither u.

Reisekorbm. bill. z. Unterr. a. Orte.

I. Erf. Tisch., Waisenhausstr. 2, p. r.

F. über 14.5. M. Windmühle 14.11. Sch.

Band- u. Geschäftswag. ill. A. Wörthstr. 17.

Arbeitsmarkt.

Orchestri.

in Miete und Verkauf.  
25428\* Klostergasse 3, I. Etage.

Sprechen, m. Pl. 12 M., neue 25 cm

Doppelpl. à 90 Pf. Körnerstr. 1, I. \*

Fast neue We

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. Januar.

Geschichtskalender. 1868: Der Komponist Moritz Hauptmann in Leipzig gestorben (\* 1792). 1890: Der Kirchenhistoriker Karl August von Hase in Jena gestorben (\* 1800). 1896: Wilhelm II. richtet an den Präsidenten Krüger eine Glückwunsch-Deklaration gegen „räuberische Einfälle“.

Sonnenaufgang: 8,18, Sonnenuntergang: 3,55.  
Monduntergang: 11,53 vorm., Mondaufgang: —.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 4. Januar:  
Westwind, bedeckt, warm, Niederschlag.

## Bauarbeiterabschuss.

Es ist eine alte Forderung der Bauarbeiter: die Anstellung von Baukontrolleuren. Wiederholt hat die Bauarbeiterabschusskommission in Leipzig an Rat und Stadtverordnetenkollegium diese Forderung gestellt; im Jahre 1905 überwiesen auch die Stadtverordneten diese Eingabe an den Rat zur Kenntnisnahme. Aber der Rat vermochte die „Zweckmäßigkeit der geforderten Einrichtung nicht anzuerkennen“ und ließ die Eingabe „auf sich beruhen“. Anders aber als der Rat dachte die Bauarbeiterabschusskommission über die Zweckmäßigkeit der Anstellung von Baukontrolleuren und über den Schuh von oft arg gefährdeten Menschenleben. Die Kommission richtete am 12. April 1907 eine zweite Eingabe an den Rat. Lange hat diese Eingabe in dem Dunkel der Kommission gelagert; erst am 3. Juni 1908 kam sie im Stadtverordnetenkollegium zur Besprechung. Überzeugend wiesen die sozialdemokratischen Redner nach, wie notwendig die Erfüllung gerade dieser Forderung wäre. Die Folge war auch, daß die wiederholte Eingabe nun dem Rat „zur Berücksichtigung“ überwiesen wurde. Aber auch diese entschiedener Stellungnahme der Stadtverordneten hat den Rat noch nicht „von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Anstellung von Arbeiterbaukontrolleuren zur Überwachung des Bauarbeiterabschusses überzeugen können“. Jetzt nach beinahe zwei Jahren teil der Rat den Stadtverordneten dieses mit, verbrämt die Ablehnung aber mit dieser Bemerkung:

Nach alledem können wir weder die Zweckmäßigkeit der Einführung von Bauarbeiterkontrolleuren, noch ein Bedürfnis dazu anerkennen. Wir haben aber im Einverständnis mit dem gesuchten Baupolizeiausschuß beschlossen, einen bestimmten abschließenden Beschluß vorerst nicht zu fassen, sondern abzuwarten, zu welchem Ergebnis eine die gleiche Forderung erhebende Petition führt, die dem deutschen Reichstag unterbreitet und von diesem in seiner Sitzung vom 14. Januar 1909 dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen worden ist.

Die Begründung seines ablehnenden Verhaltens macht sich der Rat sehr leicht. Es seien Beamte der Baugewerbe- und Bauunternehmungen und städtische Baurevisoren mit der Bautenkontrolle betraut, die in „viel höherem Maße als die Bauarbeiter selbst“ zu erkennen vermögen, was zur Sicherheit der Bauarbeiter notwendig sei.

Zwar hat die vom Rat veranstaltete Umfrage ergeben, daß dort, wo Bauarbeiter als Kontrolleure tätig sind, die Zahl der Unfälle auf Bauten zurückgegangen sind und daß die Erfahrungen mit Arbeiterkontrolleuren „im großen und ganzen nicht ungünstig“ sind, aber — eine größere Stadt Bayerns habe geantwortet, „daß um dasselbe Geldtückige Absolventen von Baugewerbeschulen zu erhalten gewesen wären, deren Wissen und Können auch im Dienstbetriebe der Bauaufsicht (d. s. Bauarbeiterkontrolleure) den der letzteren überlegen und deren Verwendungsort eine vielseitigere sei“.

Und weiter muß dann ein gewagtes Rechenelement dazu dienen, die Richtigkeit der Anstellung von Arbeiterkontrolleuren zu beweisen. In den Jahren 1899 bis 1907 ist die Zahl der Unfälle überhaupt im Verhältnis zu den gesamten Bauausführungen gestiegen. Das glaubt der Rat als ausschlaggebendes Argument gegen die Eingabe ins Feld führen zu müssen; als ob nicht gerade diese Tatsache deutlicher als jede andre Beweisführung für die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren spräche. Dazu leistet sich dann die rätliche Abweisung dieses Fundamentalsatzes:

Für die Frage der Zweckmäßigkeit der Einführung von Bauarbeiterkontrolleuren in Leipzig ist nicht wesentlich, ob nach Anstellung derartiger Baukontrolleure anderswo in bezug auf die Verminderung der Unfälle gute Erfolge erzielt worden sind, sondern darauf, ob damit bessere Erfolge erzielt worden sind als in Leipzig.

Die Erfahrungen mit Arbeiterkontrolleuren sind nicht ungünstig, sagt der Rat; wo Arbeiter angestellt sind, gehen die Zahlen der Unfälle zurück, „aber in München (wo Arbeiterkontrolleure angestellt sind) führten 191, in Leipzig nur 131 Unfälle zur Entschädigung“, und deshalb brauchen die Bauarbeiter Leipzigs keine Kontrolle, die von Arbeitern selbst ausgeführt wird.

Der Rat wird sich hoffentlich überzeugen lassen müssen, daß seine Beweisführung auf recht schwachen Füßen steht. Die Stadtverordneten werden hoffentlich Gelegenheit nehmen, in dieser Sache ein ernstes Wort zu reden.

## Eine Heldentat der „Leipziger“.

Die Vorgänge, die wir in Nr. 285 unter dieser Überschrift geschildert haben, beschäftigten die längste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Köln. Bekanntlich hatten etwa dreißig Mitglieder des Leipziger Arztekreisverbundes während eines Fortbildungskurses an der Kölner Akademie für praktische Medizin einen regelrechten Streik veranstaltet, um zwei Kölner Krankenassoziaten wegzuwerfen. Die Herren blieben, als sich einer der vom Kölner Krankenkassenverband angestellten Ärzte bereits in den Zuhörerraum begeben hatte, demonstrativ im Vorraum stehen. Sie sandten einen städtischen Amtsschreiber — der Vortrag spielte im städtischen Augustahospital — zu dem Kassenarzt, Dr. Bulla, hinzu und ließen ihm sagen, daß sie gemeinsam mit den Kassenärzten die Fortbildungskurse nicht besuchen würden. Dann erschien der Amtsschreiber wieder und überbrachte den Vorschlag des Dozenten, Professor Höchhaus, des Chefarztes der inneren Abteilung des Augustahospitals, — also ebenfalls eines städtischen Arztes, — die Kassenärzte möchten auf den Kursus verzichten. Als der Kassenarzt sich auf leinerlei Ausstiegsweg einließ, wurde der Vortrag abgelegt, und da Dr. Bulla weg in den Saal verweilte, da er glaubte, nach seinem

Vorlesungen würde der Vortrag doch stattfinden, drohte der Amtsschreiber mit „seinem“ Haussrecht, und er stellte schließlich das Licht ab, so daß Dr. Bulla im Dunkeln sah.

Diesen Vorgang hatten die Mitglieder des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln zum Gegenstand einer Eingabe an den Oberbürgermeister gemacht. Sie legten Verwahrung dagegen ein, daß die Fortbildungskurse der Akademie für praktische Medizin, „eine städtische Einrichtung, zu agitatorischen Zwecken einer Gruppe des ärztlichen Standes in Gebrauch werden durften“. Die Akademie verursache den Bürgern bedeutende Kosten, und sie müsse deshalb allen Kölner Aerzten zu ihrer Fortbildung zur Verfügung stehen. Durch das Verhalten beim städtischen Aerzte seien die Kassenärzte daran gehindert worden, und die mehr als hunderttausend Kassenärztenmitglieder Kölns würden dadurch empfindlich in ihren beredten Interessen geschädigt.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung nahm Oberbürgermeister Wallraf Gelegenheit, eine Erklärung in der Sache abzugeben. Er sprach gegenüber dem Verhalten der „Leipziger“ aus: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Weigerung der Herren vom ärztlichen Verein, in Gemeinschaft der Herren Kassenärzte die Vorlesungen anzuhören, auf einer zu weit gehenden Ausdehnung des Standesbegriffes beruht, daß die ärztliche Wissenschaft einen neutralen Boden darstellt, auf dem sich jeder stellen kann, der dem hohen und idealen Beruf des Arztes lebt. Es steht mir kein Mittel zur Verfügung, die Herren, die anderer Auffassung sind, zu zwingen.“ Im Gegenzug zu diesen scharfen Vorhaltungen gegenüber den „Leipziger“ nahm der Oberbürgermeister die beiden städtischen Aerzte in Schuß; er behauptete, sie hätten weder die Unparteilichkeit noch die Höflichkeit verloren — trotz des „Vorschlags“ des Dozenten, trotz des Hinweises auf das Haussrecht und des Abstellens des Lichtes!

Die Angelegenheit wurde schließlich an das Kuratorium der Akademie für praktische Medizin verwiesen. Was dort herauskommt, kann man schon vorher sagen, wenn man weiß, daß sechs von den elf Mitgliedern des Kuratoriums zu der Gruppe der „Leipziger“ gehören. Vier von den Herren haben früher als Mitglieder des Lehrkörper der Akademie in einer öffentlichen Erklärung zur Zeit des Aerztrechts direkt für die „Leipziger“ Partei ergriffen. Die Mehrheit des Kuratoriums möchte wegen Besangenheit abgelehnt werden.

Die Einverleibung der Vorortsgemeinden ging am Freitag vor sich. Die formelle Übernahme erfolgte nacheinander in gleicher Form in den Rathäusern der 6 Vororte. Erfreulicherweise wurden viel Worte nicht gemacht, innerhalb vier Stunden waren alle Förmlichkeiten erledigt. Die Einverleibung bringt manngsache Veränderungen in den neuen Stadtteilen mit sich. Die vom Rat erlassenen Bekanntmachungen werden wir zusammenfassend veröffentlichen.

Die Leipziger Zeitung konnte am letzten Tage des alten Jahres ein ganz außergewöhnliches Jubiläum feiern: das Jubiläum ihres 250jährigen Bestehens. Ein gewiß ehrwürdiges Alter, das nur dadurch erreicht werden konnte, daß die Leipziger Zeitung bis über die Mitte des vorigen Jahrhunderts alle Vorteile ihrer staatlichen Privilegierung und Subventionierung für sich hatte. Die Leipziger Zeitung selbst führt in einem Jubiläumsartikel ihr Alter auf ihre „verlässliche Berichterstattung und die besonnene Einwirkung auf die öffentliche Meinung“ zurück. Resigniert muß sie freilich gestehen, daß sie seit den „sechziger und siebziger Jahren nicht mehr den Auschlag bei der Lesermasse gegeben“ hat und „aus der ersten Reihe der deutschen Tagespresse herausgekommen“ ist, wenngleich es ihr auch gelungen ist, sich den sicheren Anhang eines Publikums zu erhalten, der jenen Eigenschaften noch immer Wert beilegt, dem die in ihr maßgebenden Anschauungen nach wie vor zusagen“. Diese Anschauungen sind — konservative, wie es nicht anders zu erwarten ist.

**Stommagen.** Wiederum hatte der Rat der Stadt die Annonsenredakteure des Stadt- und Dorfangebers und der Abendzeitung mit Strafmaßdaten, und zwar mit der Maximalstrafe von 150 Mk. für jeden Fall belegt, wo die genannten Blätter Inserate eines Kaufmanns Schulze veröffentlichten, die bezweckten, dem Publikum das Geld für ein wertloses „Heilmittel“, Stommagen genannt, aus der Tasche zu lokken. Daß Schöffengericht ermäßigte die Strafen um ein wenig und belegte den Kaufmann Schulze mit 20 Mk. und den Redakteur Münch von der Abendzeitung mit 200 Mk. Gelbstrafe. Dagegen sprach das Gericht den Redakteur des Stadt- und Dorfangebers frei, da es als erwiesen annimmt, daß dieser mit Arbeit überlastet sei und daher zwei andere Beamte mit der Prüfung der aufzunehmenden Annonsen beauftragt habe. Diese seien erfahrene Männer und dennoch sei ihnen die Strafbarkeit des Inserats nicht aufgefallen. Mit dieser Begründung darf der Stadt- und Dorfangeiger in Zukunft ohne irgendwelche Besorgnisse sein Inseratengeschäft weiter betreiben, denn der verantwortliche Redakteur ist überlastet und die beiden erfahrenen Beamten sind nicht zu fassen. Herrn Kürstens Geschäft wird also blühen.

**Anträge der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an den Reichstag usw.** Eingaben der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an gesetzgebende Körperschaften sind durch das Gewerbegerichtsgesetz und das Gesetz über Kaufmannsgerichte vorgesehen. Solche Anträge an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches oder des Staates können diese Gerichte künftig den Körperschaften unmittelbar einreichen. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sollen aber eine Abschrift der Eingaben der Aufsichtsbehörde mitteilen, die diese dem Handelsminister vorlegt.

**Aufzugsflammen mit Spiritusflammen untersagt.** Beim Ministerium des Innern ist aus Aufzugsfernschreiben angeregt worden, daß Aufsteigenlassen von Luftballons zu verbieten, deren Auftrieb mit Spiritusflammen bewirkt wird. Dazu wird geschrieben: Veranlassung zu dieser Anregung gab ein Vorfall, der sich vor kurzem ereignete: Vor dem Aufsteigen des Aufzugsferrers näherte sich seinem Ballon eine freigelassene Montgolfiere mit offener Flamme; sie konnte erst unmittelbar vor der Aufzugsstelle des großen Ballons unschädlich gemacht werden. Seitdem sich das allgemeine Interesse der Aufzugsfahrt zugewendet hat, muß auch damit gerechnet werden, daß bei der Kinderwelt das Aufsteigenlassen von Aufzugsflammen überhand nimmt und dadurch mit Menschen ausgestiegene Aufzugsflammen gefährdet werden. Mag aber diese Gefährdung für sich allein gering sein, um das angelegte Verbot zu rechtfertigen, die mit offener Flamme aufgetriebenen Ballons sind auch sonst feuergefährlich. Es sei daran erinnert, daß am 19. April 1886 zu Döbra (Amtshauptmannschaft Delitzsch) tatsächlich ein großer Brandshaden durch einen Aufzugsballon aus Papier verursacht worden ist. Durch einen Windstoß waren brennende Teile des Papierballons auf das Dachdach einer 6 Meter entfernten Scheune gefallen. Die Scheune ist hierdurch in Brand geraten, und es sind insgesamt 19 Gebäude, darunter die Kirche, einacärtig und teils

weise beschädigt worden. Der Gesamtschaden belief sich auf 17 172 Mark. Der Lehrer Möckel, der den Ballon steigen ließ, ertrankte sich aus Verzweiflung in einem Teiche. — Das Ministerium des Innern hat deshalb das Aufsteigenlassen von Luftballons mittels erhöhter Lust unter Strafandrohung untersagt.

Im Museum für Völkerkunde sind die Stereoskopserien gewechselt worden. Die neuen Bilderserien sind folgende: im Südssaal Indien, im asiatischen Saal eine Serie über Kleidung und Wohnung, eine zweite Serie über Handwerk und Technik der Ostslaven, im afrikanischen Saale ägyptische Altertümer und Rosen, im Amerika-Saal moderne amerikanische Kultur.

**Hohes Besuch in der Rebaktion.** Heute vormittag stattete uns eine hübsche Blondine von 18 Jahren, im Kostüm der Mutter Germania einen Besuch ab. Während der kurzen Unterredung sah die junge Dame, die mit einem mächtigen Schwert bewaffnet war, recht liebenswürdig auf uns herab: sie erfreut sich der für ein junges Mädchen recht respektablen Körpergröße von 2,28 Meter. Fräulein Brunnhilde, ein Berliner Kind, zeichnet sich vor anderen Mischungen durch schönen und ebenmäßigen Körperbau aus; dabei ist sie hübsch und geistig geweckt. Die Dame produziert sich im Zwitauer Hof.

**Samariterkursus für Männer.** Der nächste Samariterkursus, an dem sich jedermann beteiligen kann, beginnt am 10. Januar, abends 8 Uhr, und wird jeden Montag und Donnerstag, abends von 8—10 Uhr, im Vortragssaal der Stettiner Gesellschaft, Nikolaikirchhof 2, abgehalten. Anmeldungen werden in der Geschäftsstelle (Eingang Nikolaistraße) entgegengenommen.

**Sittlichkeitseinheitsrat.** Als ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft in vergangener Nacht ein Grundstück der Jakobstraße kontrollieren wollte, vernahm er aus demselben dumpfen Wimmern und Hilferufen. Als er das Haustor aufschließen wollte, mußte er Gewalt anwenden, um dasselbe aufzudrücken. Im Haustor stand ein Dienstmädchen, dem ein Mann gefolgt war, der sich, nachdem das Mädchen das Tor aufgeschlossen hatte, nachdrängte und die Tür mit dem dort befindlichen Stübholze zuschlug, um das Mädchen von außen zu verhindern. Der Kerl knebelte sodann das Mädchen und versuchte es zu vergewaltigen. Das hinzukommen des Wächters verhinderte die Unrat, denn in der Zeit, die der Beamte brauchte, um die Tür mit Gewalt zu öffnen, war der Täter in das Treppenhaus geflüchtet und durch ein Fenster der ersten Etage in den Hof und von da über die niedrige Mauer durch ein Nachbarsgrundstück geflohen. Die Verfolgung des Täters hatte leider kein Resultat. Dem ganz fassungslosen Mädchen wurde Beistand geleistet.

**Unfälle.** Auf der Kreuzung der Bayrischen Straße und Lohen Straße wurde gestern nachmittag ein Sattler aus Harbisch leben mit seinem Fahrrad von einem Geschirr überschlagen. Der Radfahrer hat bei dem Unfall einen Fußknöchel gebrochen, weshalb er in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

In der Croitorfer Straße wurde ein Kaufmann von Krämpfen heimgesucht. Wegen einer bei dem Fall erlittenen Gehirnerschütterung mußte er in das Krankenhaus gebracht werden.

**Plötzlicher Tod.** Von einem plötzlichen Tode wurde am Silvesterabend der Baumaterialhändler Paulert aus L-Connewitz in einer hiesigen Badeanstalt ereilt. Die Todesursache war Herzähmung.

Im Grundstück Südstrasse 58 wurde am Neujahrsmorgen eine in diesem Hause wohnende 54 Jahre alte Maurer tot aufgefunden. Der Mann war von einem Herzschlag ereilt worden.

In der Rabenerstraße in L-Lindenau hat sich gestern das einjährige Töchterchen eines Briefträgers im Bettchen so gewälzt, daß es mit dem Hals auf die Lehne des am Bett stehenden Stuhls zu liegen kam. In dieser Lage ist das Kind gestorben.

**Revolverspielerei.** In der Berliner Straße hat ein 14-jähriger Knabe einen andern 10-jährigen Knaben mit einem Revolver in den linken Unterarm geschossen. Der Knabe hatte mit dem Revolver gespielt. Dabei war die Waffe losgegangen.

**Selbstmorde und Unfälle im Dezember 1909.** In dem letzten Monat des vergangenen Jahres haben 12 Selbstmorde, 9 Selbstmordversuche und 10 Unfälle mit tödlichem Verlaufe verzeichnet werden müssen. Von den freiwillig aus dem Leben getretenen — 7 männliche und 5 weibliche — Personen haben sich 4 erschossen, 3 ertränkt, 2 vergiftet, 2 erhängt und 1 durch Herausstürzen getötet. 2 Personen versuchten sich zu vergiften, 1 zu ertränken, 1 zu erhängen, 1 zu ersticken und 1 durch Herausstürzen zu töten. Ein dreijähriges Kind wurde von der Straßenbahn und ein 18-jähriger Knabe von einem Postgelehrer getötet; ein 22 Jahre alter Maurer wurde beim Zusammenbruch eines Schornsteins erschlagen; eine 22-jährige Arbeiterin erstickte in dem einem Ofen entströmten Kohlenoxydgas, ein dreijähriges Kind starb an den beim Spielen mit Zündhölzchen erlittenen Brandwunden; ein 29-jähriges Dienstmädchen starb infolge einer Dampfexplosion eines Dampfschlosses erlittenen schweren Verbrühung das Leben ein, ein 16-jähriger Schnellerlehrling starb an den Folgen eines Sturzes beim Turnen und ein 52-jähriger Kupferschmid infolge eines Sturzes bei einem Krampfanfall und ein 45-jähriger Baumaterialhändler starb beim Baden infolge einer Herzähmung. Im November sind 18 Selbstmorde, 12 Selbstmordversuche und 12 Unfälle mit tödlichem Verlauf zu verzeichnen gewesen.

Am Silvester wurde in der Pleiße hinter dem Feuerwehrdepot der Leichnam eines unbekannten Mannes aufgefunden. Der tote hat schon längere Zeit im Wasser gelegen. Er wurde an die Anatomie abgeliefert.

Durch Erhängen entlebte sich am Neujahrstage eine in der Mariannenstraße wohnende 40 Jahre alte Arbeiterin. Der Vergrund ist unbekannt.

Im Möckern hat gestern die 38-jährige Ehefrau eines Kaufmanns ihrem Leben ebenfalls durch Erhängen ein Ende gemacht. Ein Nervenleiden ist der Vergrund gewesen.

**Großfeuer** wurde am Silvester aus dem Hause Wintergartenstraße 8 gemeldet. Der Brand hatte den Dachstuhl des Gebäudes ergreift. Die Feuerwehr war eine Stunde am Brandort tätig.

In der Burgmeisterstraße waren die in einem Schuppen lagernden Briefporto in Brand geraten. Der Brand ist von der Feuerwehr bald unterdrückt worden.

**Kunst** war in einer Wohnung der Pfaffenstorfer Straße ein Bassenbrand entstanden, zu dessen Unterdrückung die Feuerwehr herren werden mußte.

**Verhaftungen.** Gelegentlich einer Schlägerei, die sich in der Silvesternacht auf dem Rohrplatz ereignet, wurde ein 15-jähriger Bursche durch drei Weißgerber schwer verletzt. Wegen des Ver-

dacht, daß Messer geführt zu haben, wurde ein 32 Jahre alter Arbeiter aus Neustadt in Haft genommen.

Ferner wurde in der Silvesternacht in der Kaiserstraße in Lindenau ein polnischer Arbeiter verletzt aufgefunden. Der Mann war von Landsleuten heftig geschlagen worden.

Wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten im Amt wurde ein 25 jähriger Postbote festgenommen.

Ein 35 Jahre alter Uhrmacher aus Zwickau wurde in Haft genommen, weil er wertlose Karten, die zum Eintritt in ein Kinematographentheater berechtigen sollten, zu verkaufen versucht.

Ferner wurde ein 17 jähriger Koch aus Grottau festgenommen, weil er von einem Fleischer in der Ludwigstraße Waren zu erschwindeln versucht hat.

## Aus der Umgebung.

Schneidels. Aus der Gemeinderatssitzung vom 29. Dezember. Der Verlauf einiger Baupläne an der Lindenallee ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Der Kaufpreis beträgt rund 110 000 M. — Zur Ausführung von Hauswasserleitungen sollen hinstatt nur hiesige Klempnermeister zugelassen werden. — Der Voranschlag des Haushaltplans zur Wasserwerksfasse für 1910 wurde mit 65 000 M. Einnahme und 45 400 M. Ausgabe genehmigt. — Das Ortsgesetz über die Umlegung des Aufwands für die Anlegung öffentlicher Pläne auf dem Bebauungsplan Nr. 1 (umfasst das Gelände zwischen Lindenallee, Leipziger, Selen- und Gartenstraße) soll auch auf den südlich der Leipziger Straße gelegenen Bebauungsplan Anwendung finden. Dem vom Rat der Stadt Leipzig vorliegenden Bebauungsplan Leipziger-Ost-Pehscher Markt (Mühlebachstraße, Pöhliger Weg) konnte nicht zugestimmt werden, weil auf dem Leipziger Gelände westlich von der Parthe gewerbliche Anlagen in unbeschränktem Umfang und ohne Unterschied des Gewerbes errichtet werden können. Die Gemeinde Schneidels glaubt sich dadurch benachteiligt. Es sollen in der nächsten Umgebung Parkanlagen geschaffen werden, und dann sind auch in der Lindenallee Landhäuser geplant. Ferner hat der Rat der Stadt Leipzig eine Straße an der Parthe entlang nach dem Parthenmüllhäuschen vorgesehen. — Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, die Arbeiten zu dem Sonnenbad zu vergeben. — Nachdem das Ortsgesetz über den Bebauungsplan genehmigt ist, soll bei der Amtshauptmannschaft als Baupolizeibehörde beantragt werden, die Ortsbaupolizei dem jeweiligen Gemeindevorstand zu übertragen. Der Gemeinderat zu Mockau hat seine frühere Zusage wegen der Übernahme der Hälfte Kosten zur Parthenregulierung zurückgezogen. Da zu seinem jetzigen un durchführbar erscheinenden Voranschlag die Zustimmung der Bevölkerung nicht zu erwarten ist — der Gemeinderat von Mockau schlägt vor, den Rat der Stadt Leipzig zu ersuchen, die Kosten verlagsweise zu übernehmen —, können die Verhandlungen als geschiedet betrachtet werden. Der Aufsichtsbehörde soll demnächst berichtet werden. — Auf Grund des augensten der Gemeinde abgegebenen Schiedsgerichtsurteils ist die Firma Odrovic, Dresden, zur Befestigung einiger Decken- und Balkenrinnen im Rathaus aufzufordern. Die Auszahlung der Rechnung der Stadt Leipzig für die Klärung der Schneideler Schleifennösser in Höhe von 7187,35 M. wurde genehmigt. — Weiter wurde mitgeteilt, daß der Mätskellerwirt den Mietvertrag gekündigt hat. — Wie in anderen Gemeinden, so soll auch in Schneidels Berufsvormundshaft eingeführt werden. Altmärkische Geißhuhn soll beim Bormundheitsgericht als Berufsvormund vorgeschlagen werden. — Die Gemeinde- und Armenrechnungen von 1908 wurden richtig gesprochen. — Mit der Einführung des Wegefürstücks an der Windmühle erklärte sich der Gemeinderat einverstanden.

Stünz. Die Anmeldung der Ostern 1910 schulpflichtig werdenden Kinder hat Montag, 10. Januar (Knaben) und Dienstag, 11. Januar 1910 (Mädchen), in der Zeit von 8 bis um 12 Uhr vormittags und von 2 bis um 4 Uhr nachmittags durch die Erziehungspflichtigen im Direktionszimmer der Schule zu geschehen. Dabei ist vorzusehen: 1. das Geburts- und Taufzeugnis bzw. Geburtsurkunde mit pfarramtlicher Tauscheinigung; 2. der Impfschein des Kindes. Anmeldungen durch Kinder sind ungültig. Schulpflichtig werden alle Kinder, die bis Ostern 1910 das 6. Lebensjahr erfüllen. Auf Wunsch der Eltern können auch die Kinder aufgenommen werden, die dieses Alter bis zum 30. Juni 1910 erreichen.

Sommerfeld. Aus dem Gemeinderat. In der Sitzung vom 30. Dezember teilte der Vorsitzende die Auskünfte mit, die er über den Beitritt zum Gemeindeverband für Haftpflichtversicherung erhalten hat. Die Versicherung gegen Unfälle auf höchsten Straßen und in öffentlichen Gemeindegrundstücken kostet bei der "Stuttgarter" (bei 1000 angemessenen Einwohnern) jetzt jährlich 33,90 Mark, beim Gemeindeverbande (bei jetzt 1900 Einwohnern) 38,80 Mark; die "Stuttgarter" zahlt aber bei Unfällen nur 75 Prozent der Entschädigung, während der Gemeindeverband 100 Prozent entschädigt. Der Finanzausdruck soll nun sämliche Versicherungsverträge prüfen, ebenso die Schriftsätze des neuen Gemeindeverbands, ehe ein definitiver Beschluss gefasst wird; es soll deshalb bei der Amtshauptmannschaft um eine Bedenfreizeit bis zum 1. April 1910 nachgefragt werden. — Betreffs des neuen Darlehens von 100 000 Mark zu Beschleunzungszwecken wurde beschlossen, daß bezüglich des Gesuch bei der Landesversicherung in Dresden für die Jahre 1910/11 aufrechtzuhalten. — Die Thüringer Gasgesellschaft teilt mit, daß sie von einer Abvalung der Reichsteuer für Glühkörper auf die Konsumenten vorläufig absche, bis eine Klage, die eine Konkurrenzgesellschaft in dieser Angelegenheit angestrengt habe, durch die ordentlichen Gerichte entschieden sei. — Die Amtshauptmannschaft versügt, daß in den Gemeinden ihres Bezirks neue Rechnungsbücher für die Gemeinde-, Armen- und Feuerlöschkasse einzuführen sind, um das gesamte Rechnungswesen einheitlich und übersichtlich darzustellen. Auch sollen alle Gemeinderäte Kommissionen wählen, die mehrere mal im Jahre unverhoffte Kassenrevisionen vorzunehmen haben. — Das R. Dahnsche Gut geht in andre Hände über. Es ist eine Besitzwechselabgabe von 5 Prozent zu entrichten, da es sich bei dem neuen Besitzer um einen Abkömmling handelt. Der Gemeinderat, Schulvorstand und Kirchenvorstand sind über die Abschätzung des Grundstücks zu hören. Zur Grundwertsteuer ist das Grundstück mit 107 400 Mark veranlagt; der Gemeinderat schloß sich dieser Abschätzung an. Doch soll eine Wiese und ein Villengrundstück in Abrechnung kommen, die sich der Vorbesitzer vorbehalten hat. — Der Bauunternehmer Lubomski-Leipzig soll beauftragt werden, die Voranschläge für die Herstellung der Schnitterrine und Vorblanten im kommenden Frühjahr anzufertigen, damit die Arbeiten rechtzeitig ausgeschrieben werden können.

Borsdorf. Gemeinderatssitzung vom 30. Dezember. Der Verkehrsverein wiederholte ein schon früher eingereichtes Gesuch an die Eisenbahndirektion, in dem um Verlängerung des Bahnsteig-Tunnels und Schaffung eines Ausgangs an der Gleislage ersucht wird. Der Gemeinderat unterstützte das Gesuch durch Unterschrift. — Ein Baugesuch des Kaufmanns Thiede in Leipzig konnte in der vorliegenden Form nicht bekräftigt werden, weil das projizierte Landhaus auf die im Bebauungsplane vorgesehene Straße K. zu stehen kommt. (Straße K. soll vis-à-vis der Verblendsteinwerke in der Leipziger Straße eintreten; mehrere Grundstücksbesitzer möchten diese Straße beseitigt haben.) — Ein Baugesuch Deherts, wegen der Erhöhung des Steinengebäudes, wurde mit den üblichen Auflagen-Bedingungen (harter Belag), genehmigt. — Neben dem Baugesuch von Lindner in Leipzig entspann sich eine lebhafte Debatte, L. beabsichtigt, in der Grimmaischen Straße ein Grundstück zu errichten. Die Amtshauptmannschaft hat bekanntlich

in leichter Zeit für diesen Ortsteil Gesuche nicht genehmigt wegen der bestehenden Differenzen mit der Baugesellschaft. Es wurde beschlossen, das Gesuch ohne weitere Bemerkungen an die Behörde abzugeben. — Eine Aufforderung zum Beitritt zum Rentenfonds sämtlicher Gemeindebeamten wurde dem Wohlfahrtausschuß überwiesen. — Das übliche Unterstützungsgebot der Kolonie Hoffnungstal wurde abgelehnt. — Der 5. Sparfassantrag wurde vom Ministerium genehmigt, danach verzinst steht die Sparfasse alle Einlagen vom Tage der Einzahlung ab mit 3% Prozent.

Taucha. Die Verwaltung unserer Stadt hat mit dem Neujahrstag 1910 eine Umänderung erfahren. Taucha ist vom 1. Januar ab in die Reihe der Städte mit Neudörfer Städteordnung eingerückt und wird nun nach dem neugeschaffenen Ortsgrundgesetz verwaltet. Durch den Verfassungswechsel sind mancherlei Veränderungen in der inneren und äußeren Verwaltung eingetreten, doch bleiben für den Stadtbezirk Taucha die bisher von der Amtshauptmannschaft Leipzig und vom Stadtgemeinderat bzw. vom Bürgermeister zu Taucha erlassenen amtlichen Bekanntmachungen und Verordnungen bis auf weiteres (auch nach erfolgter Verfassungänderung im Sinne der Neudörfer Städteordnung vom 24. April 1873) in Kraft. Zur öffentlichen Bekanntmachung von öffentlichen politischen Versammlungen wird jedoch für den Stadtbezirk vom 1. Januar 1910 ab anstatt dem Wochenblatt und Anzeiger für Taucha nur noch die Leipziger Zeitung zugelassen. Die bisher von der Amtshauptmannschaft Leipzig sowie vom Bürgermeister zu Taucha als Verwaltungs- und Polizeibehörden in der 1. Instanz vorgenommenen Amtshandlungen werden in Zukunft durch den hiesigen Stadtrat erledigt.

Gautsch. Eine Messerstecherei spielte sich in der Nacht zum 1. Januar im Restaurant zum goldenen Ochsen ab. Ein Spinner von hier hatte einem Mädchen, das ihm einen Tanz abgeschlagen hatte, eine Ohrfeige gegeben. Als der Vater des Mädchens, der Arbeiter Herrmann Langrock, den schlagfertigen Tänzer zur Rede setzte, griff dieser zu einem spitzen Küchenmesser und stach Langrock in die rechte Schlafengegend. Der Getroffene sank bewußtlos zusammen und wurde schwerverletzt in das Leipziger Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist sehr ernst. Der Messerherr wurde verhaftet.

Die Anmeldung der schulpflichtigen Kinder hat durch die Eltern oder durch die Erziehungspflichtigen — nicht aber durch Kinder — Montag, den 10. und Dienstag, den 11. Januar in der Zeit von 8 bis um 12 und von 2 bis um 4 Uhr zu geschehen. Mitzubringen ist der Impfschein; für auswärts geborene Kinder müssen außerhalb Urkunden vorgelegt werden, aus denen die Geburt und die Taufe zu erkennen ist. Familienschein mit diesen Einträgen genügen.

Markranstädt. Städteordnungseröffnung vom 30. Dezember. Als Sachverständige für Entnahmen im kommenden Jahre wurden die bisherigen Herren wiedergewählt. — Bei der Festlegung einer Gehaltsstaffel für den ersten wissenschaftlichen Lehrer am Progymnasium beantragten der Stadtrat und der Finanzausschuß einen Grundgehalt von 2500 M., der sich in dreijährigen Zulagen um 300 M. bis zum Endgehalt auf 4000 M. erhöhen soll. Hierzu stellte Herr Lehner den Antrag, die zweite Zulage schon nach zwei Jahren zu gewähren. Mit 11 gegen 10 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. — Bei der Verfassung des Haushaltplanes nahm zu dem Konto Konsumsteuer Genosse Meister das Wort und beleuchtete in längeren Ausführungen die Ungerechtigkeit der Steuer. Er wies darauf hin, daß dieselbe lediglich einen finanziellen Charakter trage und nicht den Bestimmungen des Ministeriums entspreche. Dabei stellte er fest, daß der Konsumverein Leipzig-Plagwitz im vergangenen Jahre allein 168 000 M. an Steuern gezahlt habe. Die Krämer hätten bei einem gleichen Umsatz diese Steuern nicht gezahlt. Die Umsatzsteuer, die für die Städte Markranstädt gezielt wird, ist ein Viertel der Rückvergütung für die laufenden Mitglieder, eine 25prozentige Besteuerung der Ersparnisse armer Leute. Ferner wies der Redner darauf hin, daß man in vielen sächsischen Gemeinden diese Erdrosselungssteuer wieder aufgehoben resp. ermäßigt habe, weil sie ihren Zweck nicht erreicht habe. Er ersuchte die Stadtvorordneten, dieses Beispiel nachzuhauen. Er wies weiter auf die mustergültigen Einrichtungen des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz hin und hob hervor, daß diese Einrichtungen eigentlich Anerkennung in allen Kreisen der Gesellschaft verdienten. In Markranstädt aber strafe man den Verein, indem man ihn mit Umsatzsteuern belege. Zum Schluß erklärte er die Stadtvorordneten, seinem Antrag, die Umsatzsteuer aufzuheben resp. zu ermäßigen, zuzustimmen. Der Antrag wurde gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die bürgerlichen Abgeordneten hörten die Ausführungen des Genossen Meister mit eisigem Schweigen an, um dann den Antrag, mit einer Ausnahme, abzulehnen. — Das Staatssteueroll ist auf 58 000 M. festgesetzt. Für die Städteklasse beträgt der ungedeckte Bedarf 18 429,77 M. gleich 30 Prozent, für die Schulfasse 55 381,85 M. gleich 110 Prozent, für die Kirchenkasse 7020,15 M. gleich 15 Prozent. Somit macht sich ein Zuschlag zur Deckung des Bedarfs von 180 Prozent notwendig. Vor der Abstimmung über den Haushaltplan gab Genosse Meister noch eine kurze Erklärung ab, mit der er die ablehnende Haltung der 3. Klasse begründete. Gegen die 5 sozialdemokratischen Stimmen wurde der Haushaltplan dann nach dem Voranschlag des Stadtrats angenommen. Ein Antrag des Genossen Dreher, die Abstempelung der Bezeichnung für Arbeitserfahrungen kostenslos auszuführen, wurde vertagt.

Lüben. Die Militärfreiwilligen, die im Jahre 1890 geboren sind und gegenwärtig ihren gesetzlichen Wohnsitz hier haben, oder sich hier als Dienstboten, Lehrlinge, Handlungsdiener oder in anderer vorübergehender Weise aufzuhalten, sowie diejenigen, die vor dem Jahre 1890 geboren sind, bis jetzt aber noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben, die sie vom Militärdienst in Friedenszeiten befreit, haben sich zur Aufnahme in die Stammrolle in der Zeit vom 3. bis einschließlich 12. Januar 1910 im Magistratsbüro zu melden. Für die zurzeit abwesenden Militärfreiwilligen sind die Eltern, Bormünder, Lehr-, Brot- und Fabrikherren derselben verpflichtet, die Anmeldung zu bemühen. Von den auswärts Geborenen sind die Geburtsurkunden für Militärzwecke — andre Geburtsurkunden sind ungültig — oder die Zeugnisse über etwaige frühere Gestellungen bei der Meldung vorzulegen. Auch diejenigen Militärfreiwilligen, die sich in früheren Jahren zur Aufnahme in die Stammrolle gemeldet und ihren Wohnsitz nicht verändert haben, sind zur Wiederholung der Anmeldung verpflichtet.

Ellenburg. Zur Städteordnungseröffnung, die aus Anlaß des Todes des Bankiers Hause für die 1. Abteilung vorgesehen ist, haben die Herren "Erstklässler" den Fabrikbesitzer Alexander Monastji jun. als Kandidaten aufgestellt.

— Vandale. In der Neujahrsnacht haben vandalerende

Vorschen am Müllerschen Grundstück in der Wallstraße den eisernen Gartenzäunen mit den massiven Pfosten und 10 Meter

des elterlichen Gartenzäunes umgedrochen.

## Vereine und Versammlungen.

Die Steinholzleger

hielten am dritten Februar ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende betonte in dem Geschäftsbericht, daß der Verband bezüglich der Mitgliederzahl in diesem Jahre große Fortschritte gemacht habe. Sind doch jetzt 90 Prozent der Leipziger Steinholzleger organisiert gegen 60 Prozent im Vorjahr. Wie notwendig die Agitation war, zeigte das Verhalten des Verbandes

Deutscher Steinholzfabrikanten beim Ablauf des Tarifvertrages. Obwohl der Fabrikantenverband die Forderungen der Arbeiter als gerechtfertigt bezeichnete, erreichten die Arbeiter erst nach 1½-wöchigem Streik, daß die Unternehmer in Verhandlungen einzutreten, die zum Abschluß eines Tarifvertrages führten und eine Lohnhöhung von 10 Prozent brachten. Trotz alledem haben es einzelne Kollegen noch nicht für nötig gehalten, ihre Pflichten ganz zu erfüllen. Zwei Mitglieder haben noch nicht einmal ihr Verbandsbuch seit dem Streik vom Kassierer abgeholt. In der Diskussion wurde das Verhalten dieser Kollegen scharf gerügt und beschlossen, die Namen derjenigen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, in der Zeitung bekannt zu geben. Weiter wurde beschlossen, daß die Kollegen, die den Versammlungen nicht beiwohnen können, sich durch eine Postkarte nach dem Volkshaus zu entschuldigen haben. In den Vorstand wurden die Kollegen Michael, Willkomm, Ruppert, Seelig, Täschner, Otto Kirsten, Blasius und Schubert gewählt. In Anbetracht der großen Ausgaben, die die Geschäftsführung infolge der größeren Streiks und Aussperrungen in diesem Jahre gehabt hat, wurde einstimmig beschlossen, die Beiträge von 50 Pf. auf 65 Pf. für Leger und auf 55 Pf. für Hilfsleger und Arbeiter zu erhöhen und 50 Pf. pro Mark an die Geschäftsführung abzuzahlen. — Der Vorsitzende referierte noch über die Verschmelzung unseres Verbandes mit dem zustätzlichen Deutschen Bauarbeiterverband. Er betonte, daß nach den ganzen Organisationsbewegungen der Unternehmer es auch für die kleineren Organisationen der Arbeiter von großem Vorteil sei, wenn sie Anschluß an einen großen Verband suchen. Besonders die Holzleger und Steinholzleger könnten noch größere Erfolge erzielen, wenn sie an einen großen Verband angeschlossen wären. In einer Resolution erklärte sich die Versammlung für eine Verschmelzung und ersuchte die Geschäftsführung, diese Frage den übrigen Bahnhöfen zu unterbreiten, damit sie in der Lage ist, noch vor der Konferenz mit dem Deutschen Bauarbeiterverband in Verhandlung zu treten.

## Bur gefälligen Beleidigung!

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der Neudörfer Städteordnung alle Gemeindemitglieder berechtigt, die 1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben; 2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben; 3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben; 4. unbefristet sind; 5. ein direkte Staatsbeleidigungsteuer von mindestens 3 M. bezahlt; 6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindeabgaben vollständig berichtet haben; 7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder 8. in einer andern Stadtgemeinde Sachsen bisher stimmberechtigte Bürger waren.

Bei der Einreichung des Antrags auf Verleihung des Bürgerrechts sind beizubringen, falls der Antragsteller Sachse ist:

1. der Geburtschein (event. Familienbuch, Konfirmationschein oder Bergschein);
2. Militärausweis;
3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahre.

Bei Nichtsachsen muß zugleich das Gesuch an den Rat gerichtet werden, bei der Kreishauptmannschaft die Aufnahme als sächsische Staatsangehörige zu vermiteln. Außer den bereits für Sachen angegebenen Papieren sind beizubringen:

1. Staatsangehörigkeitsausweis eines deutschen Bundesstaates;
2. bei Verheiraten Familienbuch; wo das nicht vorhanden, Trauschein sowie Geburtschein von Frau und Kindern.

Die meisten Umstände verursachen die Verleihung eines Staatsangehörigkeitsausweises, doch ist die Materie gesetzlich geregelt. Die Ausstellung eines Ausweises hängt nicht vom guten Willen einer Behörde ab. Im Deutschen Reich besteht ein Indigenat (Staatsbürgerschein) mit der Wirkung, daß jeder Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem andern Bundesstaat als Ausländer zu behandeln, und demgemäß zur Erlangung des Staatsbürgerscheins ist, wie der Einzelne auszuweisen ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obigkeit seiner Heimat oder durch die Obigkeit eines andern Bundesstaates beschränkt werden.

Urkunden über Staatsangehörigkeit können nur von den höheren Verwaltungsbehörden des Heimatlandes ausgestellt werden. Dem Gesuch sind beizufügen: Familienbuch oder Geburtschein, Militärpapier sowie 3 M. für Stempelgebühren.

## Bericht über die Leipziger Produkte-Förse.

Freitag, den 31. Dezember 1900.

(Mitgeteilt von Dr. Glas.)

Getreide per 1000 kg netto	inländischer	218—218 bez. Br.
fest	Argentinier	—
	Russ.-Rheisser	240—246 bez. Br.
	Silb.	242—252 bez. Br.
	Australischer	—
Roggen per 1000 kg netto	ruhig	100—105 bez. Br.
	Pfeifer	feuchter unter Rotis
	Posener	102—107 bez. Br.
	ausländischer,	—
	russischer	180—192 Br.
Gerste per 1000 kg netto	fest	168—178 bez. Br.
	Braugerste, hiesige	feinstes über Rotis
	Saale-Gerste	174—184 bez. Br.
	Mahl- u. Futterw.	feinstes über Rotis
	fest	184—184 bez. Br.
Hafser per 1000 kg netto	ausländischer	165—172 bez. Br.
	inländischer	—
Mais per		



seiner einmaligen Majestät führt. Die kolossalnen Perioden sind oft eine direkte Wirkung vorausgehender, gewaltig spannender Crescendi; gleich das innen Allegrothema des ersten Satzes versteht sich zum Teil nur als die Wirkung des vorangegangenen Drucks, der Spannung, die in dem Crescendo des einleitenden Andante liegt. Und mit solchen Wirkungen arbeiten alle schnellen Sätze der Sinfonie auffallend stark. Es liegen da rein musikalische Gesetze angrunde, zu deren erschöpfender Erklärung es einmal der Tonpsychologie in Verbindung mit der Physik bedürfen wird, wobei man sicherlich zu den interessantesten Ergebnissen über das Wesen der Musik kommen wird. Dies genügt einzige die Anerkennung, dass die Crescendi und ihre Wirkungen einen Grund für die mäuselose Ausdehnung des Werks geben.

Vom Standpunkt des reinen Musikgenusses lässt sich keine schönere Sinfonie als diese denken. Herrlichste Melodien in Überfülle, eine Klangfreudigkeit sondergleichen, der wunderbarste Wechsel in den Stimmungen, Modulationen von einer Ruhigkeit und einer Überzeugungskraft, dass einem die ganze moderne Moduliererei ihrl daneben vor kommt, dann die frappernde Rhythmus, dieses und noch vieles andre machen die C-Dur-Sinfonie eben zu einem Ausnahmewerk. Ich willte auch keinen Meister, der die Tonart C-Dur, die von den modernen Komponisten gewissermaßen abgedeutet ist, weil ihnen in dieser Sinfonie gar nichts einfällt, herrlich behandelt hätte als Schubert; man denkt nur noch an sein großes C-Dur-Quintett, das Klangfreudigste in der ganzen Kammermusikliteratur. Einzig Mozart bietet als C-Dur-Komponist einige Vendantos zu Schuberts Werken. Auch die Wahl der Tonarten hat ihre Geschichte, wie sie auch wieder für einen einzelnen Meister charakteristisch ist. Sie gerade in C-Dur völlig heimisch zu fühlen, aus dieser Tonart die wunderbarsten Ausdruckswerte herauszuholen, das ist etwas ganz Besonderes. Wagner hat in den Meistersingern hierin den leichten großen Griff getan.

Die Aufführung des Werks hatte vor allem vom dritten Satz an prächtigsten Schwung. Hier lebte in Prog. Althilf wieder einmal jenes Feuer auf, das in früheren Jahren zu den regelmäßigen Erscheinungen seines Dirigierens gehörte, heute aber bei klassischen Werken sich etwas rar macht. In diesen Sätzen gab es Stellen, wo das Orchester förmlich jauchzte, der Ausdruck erreichte eine Rechtigkeit, eine Klangfassheit, die nicht zu übertreffen sind. Und die Klangschönheit besonders im Trio des Scherzo war so festiglich wie nur möglich. Hingegen habe ich den ersten Satz gerade von Althilf schon inspiriert gehört; es war, als ob er selbst erst wieder allmählich immer stärker von den einzigen Klängen dieses Langdithyrambischen Werks gepackt würde.

Auch der Beginn des Konzerts war festlich; mit Webers Kurzante-Öuvertüre lässt sich voraliglich Feststimmung erzeugen. Mit dem deutschen Begriff von Festlichkeit verträgt sich indessen Tschaillows Violinkonzert weniger, so ungewöhnlich in ihrer Art die Festlichkeit D-Dur in diesem Werk auch zur Verwendung kommt. Das Konzert gehört zu den Werken, die man gründlich soll bekommen kann, selbst wenn sie so vortrefflich gespielt werden, wie dieses Violinkonzert von Herrn Rimbalist aus Petersburg, dem Solisten des Abends. Dieser, ein noch blützünger Geiger, versingt über eine blühbaure Technik, einen höchst voluminösen Ton und einen sehr angenehmen Vortrag, dem man vor allem etwas mehr Mannigfaltigkeit wünschen möchte. Ich glaube, auf die Daner direkt Herr Rimbalist vorläufig nicht interessieren; auch die angegebene G-Moll-Fuge von Bach liest dies ahnen. Es fehlt diesem ausgezeichneten Violinisten noch etwas an der Differenzierung sowie überhaupt an einer wirklich charakteristischen Ausfassung.

Mann. Er wäre vielleicht da auch etwas geworden, wenn er noch mehr Mäzen gehabt hätte. Nun aber hat er nichts Größeres mehr zusammengebracht; die aus Nebeln weislich herauflaufende Kriegsgöttin Minerva ist nur groß gewollt, nicht groß gekonnt. Sie wirkt, wie eine Schadowsche Zeichnung, zum Monumentalfarben verzerrt. Überhaupt ist nun für Variierung die Entscheidung gefallen. Es ist blutarme Biedermeier. Daran ist wohl die Jahrhundertausstellung deutscher Malerei vor drei Jahren in Berlin schuld: Bartning wirkte ganz und gar wie ein um ein Jahrhundert zu spät gekommener Schadow-Schüler. Es wäre lächerlich, sagen zu wollen, die Sachen seien schlecht — nur langweilig sind sie, alle diese Porträts, Landschaften, Naturstudien aus Pfanzendetaills. Von lyrischer Dekadenz keine Spur mehr; jede Dekadenz bedeutet doch noch Schaffendlust, sogar oft Schaffenswollust, Kräftevergängung. Ich kann aber mit dem besten Willen jetzt nur noch einen Inhalt, eine Empfindungsrichtung in diesen Sachen entdecken: ein buddhistisches Nabelbeschaufen, einen Willen zur Leere, zum Nichts, Entzückung, Entzweiung, Kontemplation des Pfanzendetalls, des Vegetierend. Wir haben hier noch eine Witte an die Kunstvereinsbüroausstellungen. Es ist sehr schön, wenn die Zeitungen rechtzeitig und genaue Nachrichten über Ausstellungsveränderungen erhalten. Es ist aber eine Enttäuschung, wenn die Nachrichten besagen, dass Werke von bedeutenden Malern, z. B. Zwirnicher, „ausgestellt“ werden, während die neuerlich zusammengebrachten Werke wohl die großen Namen tragen, aber aus den Ateliers von Kunsthändlern nur gelegentlich, oft vor langer Zeit oder aus Nachlässen entnommen sind, sich auf den Spekulationsmärkten herumzutreiben, wie sie denn auch hier zu Kaufszwecken zusammenkommen. Erst wenn man das weiß, kann man sich entscheiden, kann man das Sammlermuseum von Leistikow, Corinth, Stuck, Bölling usw. vergnügen durchstreben und ab und zu feststellen, wie interessant es sein kann, Erstes und Verspekulierte des Kunsthändels zu sehen. Dr. S.

**Neues Theater.** Dienstag: Carmen. Mittwoch: Die Maientänzerin; Venus im Grün. Donnerstag: Die Welt, in der man sich langweilt (Gastspiel der Dresdner Hofchansellerin Pauline Ulrich). Freitag: Tannhäuser. Sonnabend: Roter Lampe. Sonntag, 7 Uhr: Carmen. Montag, 10. Januar: Der schlechte Ruf; Nur ein Traum. — Altes Theater. Dienstag: Der schlechte Ruf; Nur ein Traum. Mittwoch, nachmittags 1 Uhr: Heidell-Deibeli (ermäßigte Preise), abends 1/8 Uhr: Kabale und Liebe (Ferdinand Kurt Gerdes vom Dortmunder Stadttheater; halbe Preise). Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: Heidell-Deibeli (ermäßigte Preise), abends 1/8 Uhr: Die geschiedene Frau. Freitag: Der schlechte Ruf; Nur ein Traum. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: Heidell-Deibeli (ermäßigte Preise), abends 1/8 Uhr: Tanzszenen, Operette in 3 Akten, Musik von Dr. Albert Szirmai (Erstaufführung). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Heidell-Deibeli (ermäßigte Preise), abends 1/8 Uhr: Tanzszenen. Montag, 10. Januar: Die geschiedene Frau.

Die Oper des Leipziger Stadttheaters bereitet als nächste Novität die Elektra von Richard Strauss vor, die Ende Januar in Szene gehen soll. Sodann ist von Neuenheiten die kleine Oper von Wolf-Ferrari *Suzanne's Geheimnis*, die bereits an mehreren Bühnen mit größtem Erfolg gegeben wurde, zur Aufführung erworben worden. Von älteren Opern sollen zunächst in das Repertoire wieder Regimentsstötchen und Aida aufgenommen werden und ebenso der in der vorigen Saison in der Originalaufführung neu eingesetzte Barbier von Bagdad, der infolge von Befreiungsschwierigkeiten lange zurückgestellt werden musste.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/8 Uhr. Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Dienstag, 1/4 Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends 1/8 Uhr: Der dunkle Punkt. Mittwoch, 1/4 Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends 1/8 Uhr: Nora. Donnerstag, vormittags 11 Uhr: Vorstellung für den Gewerksverein O.D. (Wie der Wald in die Stadt kam), nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Evangelischen Arbeiterverein (Mamill Angot), abends 1/8 Uhr: Der dunkle Punkt. Freitag, 1/4 Uhr: Vorstellung für den Bund deutscher Militär-Anwälter (Wie der Wald in die Stadt kam), abends unbestimmt. Sonnabend, 1/4 Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends 1/8 Uhr: Der Befehl des Fürsten (Erstaufführung). Sonntag, vormittags 11 Uhr: Vorstellung für den neuen Verein städtischer Beamten (Wie der Wald in die Stadt kam), nachmittags 1/4 Uhr: Vorstellung für das Arbeitsbildungsinstitut (Des Pharao's Tochter von Strudorff), abends 1/8 Uhr: Der Befehl des Fürsten. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomastrasse). Dienstag: Der Jockeyklub. Mittwoch: Ein Herbstmärchen. Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Verein Gutenberg (Der Arzt, am Scheibenweg), abends 1/8 Uhr: Der Jockeyklub. Freitag, Sonnabend: Der Jockeyklub. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerksverein O.D. (Die Försterkrift), abends 1/8 Uhr: Der Jockeyklub.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, 1/8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr. **Battenberg-Theater.** Dienstag: Der Raub der Sabineinnen. Mittwoch, nachmittags: Prinzessin Edeltraut, abends: Der Theatersessel. Donnerstag: Der Raub der Sabineinnen. Freitag: Die Logenbrüder. Sonnabend, nachmittags: Prinzessin Edeltraut, abends: Mein Leopold.

Der Direktor der Dresdner Gemäldegalerie, Karl Wörmann, wird am 1. April von seinem Amt zurücktreten. Sein Nachfolger wird der Kunsthistoriker Dr. Hans Posse, Direktorialassistent am Kaiser-Friedrich-Museum in Berlin, ein Mann von 32 Jahren, der sich der besonderen Schätzung Wilhelm Bodes erfreut. Der junge Mann, der den Direktor des Königlichen Staatsarchivs zu Dresden zum Vater hat, ist etwas slink avanciert und wird nicht gerade freundlich begrüßt. Der Leipziger Kunsthistoriker Professor August Schnarow hat im letzten Heft der Grenzboten die Kononation schon eröffnet, noch eher die Erinnerung bekanntgegeben war. Er spricht von dem Gerücht, dass man drauf und dran sei, Wörmann durch einen Ansänger zu erziehen, einen jungen Reusing, der, den vorgefeierten Behörden gefügt, keine unbekannten Forderungen stelle, die man dem langbewährten und weitbekannten Kunsthistoriker doch auf die Dauer nicht abschlagen kann, zumal sie nur allzu berechtigt sind und von jedem Sachverständigen als dringend anerkannt werden. Schnarow fährt dann fort: Ein junger Ansänger als Nachfolger Wörmanns in Dresden! der Gedanke schon wird nicht allein die Gesamtheit der Fachgenossen empören, sondern auch alle Besucher der herrlichen Sammlung, die sie jemals mit Wörmanns Katalog in der Hand durchwandert haben. Was aufopfernde Hingabe hier zusammengetragen hat an Ergebnissen unausgesetzter Forschung, soll unverschauten Händen ausgeliefert werden, die nichts Eiligeres zu tun haben, als die reisen Freuden des Vorgängers preiszugeben. Denn — da ein Jahrzehnt unbeweglicher Beschäftigung bevorsteht — wo soll sich die junge Kraft sonst betätigen? — sie verfügt auf Neuerungen im vorhandenen Bestande und stärkt die bewährten Erkenntnisse über den Hausen, wie wir das anderwärts erlebt haben. Das nennt sich dann Großtaten und Verdienste der neuen Generation. Wörmanns Rücktritt bedeutet einen unerheblichen Verlust an Kennerhaft und Wissen, die sich unter besonders günstigen Lebensumständen in ihm zusammensanden, da er wie selten einer Gelegenheit gehabt und genommen hat, alle öffentlichen Sammlungen Europas zu durchforsten, mit

alle irgend jugendlichen Privatbesitz den Verkehr immer wieder zu erneuen. Meint man denn wirklich, seine Stelle sei durch einen beliebigen andern Beamten auszufüllen, der wohl die technischen Arbeiten der Katalogisierung und die Obligiertheiten des Galeriebetriebs allesamt erlernt haben mag, aber von solcher Kennerhaft und solchem Wissen unmöglich schon viel bestehen kann? Es reicht auch nicht aus, wenn sich jemand in irgend einem deutschen Wirkungskreise, einer Provinzalverwaltung oder einem unserer Kleinstaaten sonst ehrlich und eifrig umgetan hat, die Denkmäler kennen zu lernen und die Kunstsammlungen zu organisieren. Genaue die Dresdner Galerie wird andere Ansprüche und verlangt nach der Herkunft ihrer Schätze und der Art ihrer Zusammenstellung ganz andere Eigenschaften von ihrem wissenschaftlichen Leiter. Da genügt nicht die nobilitätige erste Weise durch flüchtige Besuche im Ausland; da hilft kein Handtasten eines anderen noch so gerührten Museumsdirektors, kein noch so kräftiger Segen eines fremden Oberhirschen. Die Anschauung will selber erworben, die Erklärung des Bildes selber gesammelt sein. Mit dem Nachplappern eines Kenner-Jargons ist es ebenso wenig gelan wie mit dem Einblick in den Bilderhandel und die Gäßchenklüste. Wer noch nicht Jahrzehnte hindurch in unserem internationalen Kunstbesitz zu Hause ist und viele Pilgerfahrten an die Hauptkunststädte hinter sich hat, der ist Dresden nicht der rechte Mann. . . Wenn an so bevorzugter Stätte eine ungeschickte und leichtfertige Wahl auf ein Menschenleben hinaus das Schicksal entscheide, so würde das der sahrlässigsten Veruntreuung höchster Werte unseres Volkes gleichkommen, die kein Minister, und möge er keinen, wie er wolle, an dieser Erbschaft Sachsen begehen darf." Die Erinnerung hat hoffentlich den Erfolg, dass die Dresdner Museumsanstände und ihre Entwicklung im Laufe aufmerksam verfolgt werden wie bisher. — Paul Schlesinger muss, das ist nun be schlossene Sache, vom Posten des Burgtheaterdirektors weichen, den er seit 1898 innegehabt hat. Sein Nachfolger wird Baron von Berger, der seit 1890 Direktor des Hamburger Schauspielhauses gewesen ist und als Theaterleiter und Theatersachmann einen gewissen Ruf besitzt. Indessen wird es auch ihm nicht gelingen, Wien wieder die Vorherrschaft in deutschen Theaterdingen zu verschaffen, die es längst verloren hat; denn das ist nicht Sache eines einzelnen. Schlesinger, der früher Theaterkritiker der Vossischen Zeitung war, soll nach Berlin zurückkehren und, wie es heißt, Theaterkritiker des Berliner Tageblatts werden. —

## Die wichtigsten Himmelserscheinungen im Jahre 1910.

Das hat die Astronomie vor allen andern Wissenschaften voraus, dass sich ihre Erkenntnisse mit ebenso großer Sicherheit für die Zukunft berechnen, wie in der Vergangenheit zurückverfolgen lassen. Wir können beispielweise mit gleicher Bestimmtheit Tag, Stunde, ja Minute angeben, zu der sich im Jahre 2000 nach Chr. eine Finsternis ereignet wird, oder zu der sich im Jahre 2000 vor Chr. eine solche ereignet hat. Eine praktische Bedeutung für die große Allgemeinheit besitzen naturgemäß nur die nahe bevorstehenden Ereignisse, es sei daher hier auf die wichtigsten Himmelserscheinungen im Jahre 1910 kurz hingewiesen.

In ihrer Jahresbahn gelangt die Erde am 1. Januar um 12 Uhr mittags in Sonnennähe und am 5. Juli um 2 Uhr morgens in Sonnenferne.

Die Jahreszeiten beginnen folgendermassen: der Frühling am 21. März um 1 Uhr nachmittags, der Sommer am 22. Juni um 0 Uhr vormittags, der Herbst am 23. September um 11 Uhr nachmittags und der Winter am 22. Dezember um 6 Uhr nachmittags.

In Finsternisse ereignen sich im Jahre 1910 vier, und zwar zwei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse, von denen jedoch in unserer Gegend nur eine, die leichte Mondfinsternis, sichtbar sein wird. Es sind dies: 1. Totale Sonnenfinsternis am 9. Mai. Anfang der Finsternis um 4 Uhr 39 Min. vorm. Ende der Finsternis um 8 Uhr 40 Min. vorm. Sichtbar in Australien, Neu-Guinea, auf den östlichen Sundainseln und im südlichen Teile des Indischen Ozeans. Größte Dauer der totalen Finsternis 4 Minuten 18 Sekunden. — 2. Totale Mondfinsternis am 24. Mai. Anfang der Finsternis um 4 Uhr 47 Min. vorm. Ende der Finsternis um 8 Uhr 22 Min. vorm. Sichtbar in Australien, Neu-Guinea, auf den östlichen Sundainseln und im südlichen Teile des Indischen Ozeans. Größte Dauer der totalen Finsternis am 24. Mai. Anfang der Finsternis um 8 Uhr 28 Min. vorm. Sichtbar im südwestlichen Europa, in Afrika mit Ausnahme der nordöstlichen Gebiete, im Atlantischen Ozean, in Amerika mit Ausnahme von Alaska und in der östlichen Hälfte des Süßen Ozeans. Größe der Finsternis in Teilen des Mondbrechmusters gleich 1.000. Der Mond geht hier bereits vor Beginn der Finsternis unter. — 3. Partielle Sonnenfinsternis am 2. November. Anfang der Finsternis um 12 Uhr 51 Min. vorm. Ende der Finsternis um 5 Uhr 28 Min. vorm. Sichtbar im nordöstlichen Asien, in Japan, auf der Nordwestspitze Amerikas und in der mittleren nördlichen Hälfte des Süßen Ozeans. — 4. Totale Mondfinsternis am 16./17. November. Anfang der Finsternis überhaupt am 16. um 11 Uhr 44,1 Min. nachm., Anfang der totalen Finsternis am 17. um 12 Uhr 55 Min. nachm. Mitte der Finsternis um 1 Uhr 20,9 Min. Ende der totalen Finsternis um 1 Uhr 40,7 Min. und Ende der Finsternis überhaupt um 2 Uhr 57,6 Min. vorm. Sichtbar ist die Finsternis in fast ganz Asien mit Ausnahme der östlichen gelegenen Gebiete, im Indischen Ozean, in Europa, Afrika, im Atlantischen Ozean und in Amerika. Da der Mond kurz nach Beginn der Finsternis seinen höchsten Stand im Süden erreicht (kulminiert), wird der Vorgang bei günstiger Witterung in seinem ganzen Verlaufe zu beobachten sein. Wir sagen hinzu, dass diese Finsternis für längere Zeit die letzte in unserer Gegend sein wird; denn im Jahre 1911 finden zwar zwei Sonnenfinsternisse statt, keine von beiden wird aber in Europa zu sehen sein, und der Mond wird im Jahre 1911 überhaupt nicht vom Erdschatten getroffen.

Von den großen Planeten wird Jupiter in der ganzen ersten Hälfte des Jahres allmächtig seinen Glanz entfalten und vom Februar an schon den Abendhimmel schmücken. Venus bleibt bis in den Februar hinein Abendstern und wird dann auf Morgenstern, als welcher sie am längsten im August sichtbar sein und Ende Oktober wieder verschwinden wird. Mars ist in der ersten Jahreshälfte noch am Abendhimmel längere Zeit zu beobachten. Saturn, der sich in den drei ersten Monaten noch am Abendhimmel zeigt, kann aber in den Sonnenstrahlen verschwinden, taucht Mitte des Jahres wieder am Morgenhimme auf und bleibt dann stets länger, im September und Oktober die ganze Nacht hindurch sichtbar. Von Interesse ist eine selene Planetenkonjunktion in den letzten Oktober- und ersten Novembertagen, die aber leider wegen der Sonnennähe nicht beschleunigt werden kann: am 1. November nähert sich der Mond zwischen den Planeten Mars, Jupiter, Merkur und Venus, am 2. verläuft er eine Sonnenfinsternis, am 28. Oktober haben Venus und Mars, am 27. Merkur und Mars, am 28. Venus und Jupiter, am 30. Merkur und Jupiter, am 3. November Merkur und Venus und am 4. Mars und Jupiter Konjunktion.

Das Hauptaugenmerk wird ohne Zweifel der Konjunkt von Halle auf sich lenken. Für das bloße Auge wird es voraussichtlich im Februar oder März sichtbar, seine Sonnennähe erreicht er am 10. (oder 20.) April, seine Erdnähe am 19. Mai und die größte Helligkeit entwickelt er ebenfalls im Mai. Am 18. Mai soll sogar die Erde durch den Schweif des Kometen gehen.

**Kammermusikabend des Schewitschquartetts.** Der am Mittwoch im Kaufhause veranstaltete dritte Kammermusikabend des Schewitschquartetts war Max Meyer gewidmet; aus dem Programm standen die beiden Streichquartette in D-Moll (Werk 74) und C-Dur (Werk 100) und eine Reihe hier noch nicht gehörter Lieder. Die höchst interessante Nebenanderstellung der beiden Quartette war sehr dankenswert. Gelegentlich des vor kurzem vom Frankfurter Streichquartett gegebenen Konzerts ist an dieser Stelle das jüngere Werk 100 eingehend beprobt und auch mit dem älteren, damals nicht gespielten in Vergleich gestellt worden; ich darf daher von einer näheren Würdigung dieser zweifellos bedeutenden Kunstschröpfnungen absiehen. Damals ist auch die Vermutung ausgesprochen worden, dass das jüngere Werk bei einer Zusammenstellung mit dem älteren an innerlicher Wirkung das Werk 74 kaum erreichen werde, und diese Vermutung war richtig. So von bei Meyer selten gehörner, hoch erfreulicher Anapher in formeller Hinsicht im jüngeren Werk die Gedanken, so von ganz prächtiger Geschlossenheit die einzelnen Sätze an sich sind, so wenig schließen sich doch endlich die Teilstücke zu einem Einheitlichen zusammen, das und, rückblickend, die Mannigfaltigkeit der Einzelheiten vergessen lässt. Der an sich sammele huschende zweite Satz ist in dieser Beziehung der Hauptstörenfried, weil er dem stimmungsbähnlichen vierten (Schluß-)Satz gar manches vorausnimmt. Das ältere Werk ist viel ungezähmter; weit ausladend, ergeht es sich mit Lust in den reich verschlungenen Wegen des wild und läppig blühenden Ideengartens; durchweg erfüllt von Romantik, lässt seine schier über die Norm des Streichquartetts hinausgehende sinfonische Fassung und Variabilität kleiner Glieder doch in beschaulich gestimmten Hören ein ungemein ergreifendes Erlebnis entstehen, während man dem jüngeren Werk mit Ausnahme des ersten meisterlichen Satzes zu objektiv gegenübersteht. Hier aber erhält unsre Gesellschaft bedeutende Nahrung und Belehrung. Ueber die Aufführung der vom Publikum warm aufgenommenen Werke, durch das Prager Quartett kann nur Gutes gesagt werden, die Herren erwiesen sich sämlich als meisterliche Kammermusiker. Die zwischen beiden Werken gebotenen sechs neuen Gefüge aus Werk 70 und 88 vermag ich als eine wesentliche Verehrung des Neugierigen Liebhabers nicht einzusehen; ihnen fehlt es an echter Inspiration, und die allzu verstandesmäßige Gestaltung macht sich hier und da fast unliebsam bemerkbar. Die Texte sind auch gar nicht bedeutend. Am besten schien mir noch der Brunnensong und An den Frühlingsgögern. Frau Hildegard Bömer sang die vom Komponisten begleiteten Lieder musikalisch sicher und mischte sich, ihrer nicht unbedeutlichen, aber modulationsarmen Stimme Farbe und Seele zu geben.

**Leipziger Kunstverein.** Ludwig Bartning (Halensee bei Berlin) kommt nach fünf Jahren wieder und erhält den Gangsaal als Ausstellungssaal. Ludwig Bartning ist ein Verleger. Vor fünf Jahren hatte er einen Mäzen, der ihm einen Monumentalauftrag für die Wand einer Hamburger Villa gab; da malte Bartning monumentale stilistige Campagnenlandschaften und bedeutende abendstillerische Kompositionen schöner seelenfriedlicher Menschen. Die Malerei war vornehm, feinst farbige Empfindlichkeit, bewußtes Zurückhalten in alte Manieren. Man wurde sich nicht recht einig: was gewollte Frührenaissance, oder war es etwas blutarme Biedermeierei — schön und fein gestimmt ward jedenfalls, und man freute sich. Andre Verjuchi, christliche Wunderwerke, Blindenhilfungen, Verklärungen darzustellen, hatten etwas krankhaft Beängstigendes in außerordentlicher Visionärwirklichkeit; also war es doch wohl blutarme Willenslosigkeit zwischen Präraffaelismus und Biedermeier. Die Überempfindlichkeit in den zuerst erwähnten Werken der ruhenden Ausdruckung gab aber eine Aussicht für Bartning. Es war damals noch literarische Hochsonnentum für die semitisch-deutsche lyrische Dekadenz der Dichter Hofmannsthal, George, Daunheyden usw. Den Maler dieser lyrischen Dekadenz gab es nicht. Letzter war für jene zu stilvoll, aber Bartning war der richtige